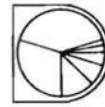


Landesamt  
für Datenverarbeitung  
und Statistik  
Nordrhein-Westfalen



---

# Statistische Rundschau

April 1986

für das Land  
Nordrhein-  
Westfalen

---



# Kurznachrichten

■ Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte Februar bis Mitte März 1986 um 0,2 % von 121,1 auf 120,8 Punkte (Basis 1980 = 100) zurückgegangen. Die jährliche Teuerungsrate beträgt 0,1 % (März 1986/85); im Februar d. J. hatte sie bei 0,6 % und im Januar bei 1,4 % gelegen. — Die Indexveränderung im März (1986/85) beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen + 0,1 % (120,8 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen + 0,2 % (121,6 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern + 0,5 % (121,3 Punkte).

■ Am 31. 12. 1985 waren in Nordrhein-Westfalen 2 288 392 Einwohner als Behinderte mit einer nicht nur vorübergehenden Behinderung, deren Grad mehr als 30 % betrug, anerkannt; jeweils die Hälfte davon waren Männer und Frauen. Damit war 1985, wie schon bei der letzten Erhebung 1983, jeder 7. Einwohner Nordrhein-Westfalens behindert, 1981 noch jeder 9. und 1979 jeder 15. In der Gruppe zwischen 60 und unter 62 Jahren waren 54 % der Männer und 29 % der Frauen als behindert anerkannt. In der Altersgruppe von 62 bis unter 65 Jahren erreichte der Anteil der Behinderten bei den Männern mit fast drei Fünfteln (58 %) und bei den Frauen mit knapp einem Drittel (30 %) einen Höhepunkt. Bei den über 65jährigen lag der Anteil der behinderten Männer bei 45 % und der der Frauen bei 35 %. 1979 waren erst jeder 6. Mann und jede 9. Frau im Alter von über 65 Jahren als behindert anerkannt.

■ 1985 lagen die Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen mit 6,6 Mrd. DM um ca. 12 % höher als im Jahre zuvor. 1984 hatte die Steigerungsrate gegenüber 1983 etwa 8 % betragen. Für Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen wurden 1985 mit knapp 3 Mrd. DM ca. 19 % mehr als im Vorjahre ausgegeben und für Sozialhilfe in Einrichtungen (3,7 Mrd. DM) knapp 8 % mehr. Die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt lagen 1985 mit 2,8 Mrd. DM um 20 % höher als im Vorjahre, für Hilfe zur Pflege (2,3 Mrd. DM) um ca. + 11 % und für Krankenhilfe (280 Mill. DM) um ca. + 8 %. An Eingliederungshilfe für Behinderte sind 1,2 Mrd. DM aufgewendet worden, d. s. etwa 2 % mehr als 1984.

■ Mit insgesamt 505 600 Ausbildungsverträgen wurde 1985 in Nordrhein-Westfalen erstmals die 0,5-Millionen-Grenze überschritten und der bisherige Höchststand aus dem Vorjahre nochmals um 17 200 Ausbildungsverhältnisse übertroffen; die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge blieb mit rd. 197 600 auf dem hohen Niveau von 1984 mit 198 500. — Wie auch im Vorjahre nahm die Zahl der weiblichen Auszubildenden 1985 mit + 4,8 % stärker zu als die ihrer männlichen Kollegen (+ 2,7 %). Inzwischen werden auf 40 von 100 Ausbildungsplätzen junge Frauen ausgebildet; vor zehn Jahren waren es erst 36.

■ In den ersten beiden Monaten des Jahres 1986 wurden in Nordrhein-Westfalen etwa 4 % mehr Güter produziert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit + 6 % war der stärkste Zuwachs bei den Investitionsgütern zu verzeichnen. Hier lag der Güterausstoß der Monate Januar/Februar 1986 z. B. im Straßenfahrzeugbau um 10 % über dem Vorjahresniveau. Ebenfalls beachtliche Produktionssteigerungen verzeichneten der Maschinenbau (+ 9 %) und der Stahlbau (+ 7 %). Die anderen Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes konnten den Güterausstoß um jeweils 2 % steigern.

■ Leasing als Variante der Investitionsfinanzierung setzt sich auch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zunehmend durch. Dies läßt die Entwicklung der Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen in den industriellen Betrieben Nordrhein-Westfalens deutlich erkennen. So belief sich ihr Volumen 1984 mit 3,4 Mrd. DM bereits auf 22 % der im selben Jahre getätigten Investitionen in Höhe von 15,4 Mrd. DM (1978: 13,8 % und 1983: 20 %).



# Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

38. Jahrgang  
April 1986

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.  
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und  
Statistik Nordrhein-Westfalen.  
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.  
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.  
Jahresabonnement: 48,— DM,  
Einzelheft: 5,— DM.  
Bestellungen nehmen entgegen:  
das Landesamt für Datenverarbeitung und  
Statistik Nordrhein-Westfalen,  
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,  
Fernruf 4 49 71,  
sowie der Buchhandel.  
Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8604

# Inhalt

- 211 Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Gemeinden
- 218 Künftige Entwicklung der privaten Haushalte
- 228 Bauabgänge 1981 – 1984

## Rundblick

- 237 Berufliche und sektorale Mobilität der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer 1982
- 239 Brut und Schlachtungen von Geflügel 1985
- 242 Subunternehmen im Bauhauptgewerbe

## Tabellenteil

## Zahlenspiegel

---

## Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- ( ) Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

## Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

**Zentrale Information und Beratung**

Tel. (0211) 44 97 525



# Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Gemeinden

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden als nationale und als regionale Rechnungen durchgeführt. Die nationale VGR, für die das Statistische Bundesamt zuständig ist, liefert Ergebnisse für das unaufgegliederte Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die regionale VGR obliegt den im „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zusammenarbeitenden statistischen Landesämtern. Als regionale Einheiten werden dabei die Bundesländer, die Kreise und kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden verwendet. Das Datenprogramm ist für die verschiedenen regionalen Ebenen stark unterschiedlich; es schrumpft um so mehr, je weiter das Gesamtgebiet aufgegliedert wird. Für das Bundesgebiet insgesamt ist die Darstellung des Wirtschaftskreislaufs in einem tief gegliederten Kontensystem möglich; die Berechnung des Sozialprodukts erfolgt als Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung von drei Seiten her. Für die Bundesländer ist zwar auch noch eine Darstellung des Wirtschaftskreislaufs möglich, jedoch nur in gröberer Form; die Drei-Seiten-Rechnung des Sozialprodukts bleibt dabei unvollständig. Für die Kreise und kreisfreien Städte kommt bisher nur die Berechnung mehrerer ausgewählter Aggregate in Frage, mit denen kein Kreislauf dargestellt werden kann. Dies gilt in verstärktem Maße auch für die kreisangehörigen Gemeinden, für die noch weniger Aggregate berechenbar sind. Der Grund für die Reduktion des Datenprogramms auf den unteren regionalen Ebenen liegt darin, daß gerade über diejenigen Größen, die bei kleineren Gebietseinheiten stärker ins Gewicht fallen, die unvollständigsten statistischen Informationen vorliegen. Die quantitative Darstellung des vollständigen Wirtschaftskreislaufs setzt voraus, daß alle wirtschaftlichen Transaktionen des betrachteten Gebietes mit der „übrigen Welt“ – das heißt den außerhalb dieses Gebietes ansässigen Institutionen und Personen – mit ausreichender Genauigkeit gemessen werden können. Zu den interregionalen Geld- und Güterströmen gehören im wesentlichen der interregionale Handel, der interregionale Einkommenstransfer, der interregionale Finanzausgleich und die die regionalen Grenzen überschreitenden Transaktionen innerhalb der multiregionalen Unternehmen. Diese vier Dimensionen der interregionalen Beziehungen haben selbst für größere Regionen innerhalb des Bundesgebietes – und in noch viel stärkerem Maße für kleinere Regionen – ein meist erheblich größeres Gewicht als für das Bundesgebiet insgesamt. Der Anteil des Außenbeitrags – als Ausdruck der Intensität des interregionalen bzw. internationalen Handels – am Bruttosozialprodukt und der Anteil des Saldos der über die regionalen bzw. nationalen Grenzen fließenden Einkommensströme am Volkseinkommen sind in der Regel um so größer, je kleiner das betrachtete Gebiet ist. Entsprechendes gilt für die prozentuale Abweichung des Volkseinkommens vom verfügbaren Einkommen; diese Abweichung umfaßt die laufenden Übertragungen zwischen Gebietskörperschaften sowie die über die Sozialversicherung vorgenommene Einkommensumverteilung von den Beitragszahlern zu den in einer anderen Region ansässigen Leistungsempfängern und damit den interregionalen Finanzausgleich im weiteren Sinne. Besonders charakteristisch für die Region sind die von den multiregionalen Unternehmen bewirkten Verflechtungen, die aus der Sicht der Nation gar keine Rolle spielen, weil die zu ausländischen Konzernen gehörenden institutionellen Einheiten innerhalb des Bundesgebietes – bzw. die zu inländischen Konzernen gehörenden institutionellen Einheiten außerhalb des Bundesgebietes – in der Form von rechtlich selbständigen Unternehmen geführt werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Unternehmen Niederlassungen in mehreren Regionen betreibt, wächst mit abnehmender regionaler Ebene.

Nationale und regionale Rechnungen

Dimensionen der interregionalen Beziehungen

Die genannten Dimensionen der interregionalen Beziehungen können in den regionalen wirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der in dieser Hinsicht mangelhaften Datenbasis nur schätzungsweise oder gar nicht quantifiziert werden. Der Außenbeitrag ist nicht direkt erfaßbar, sondern ergibt sich für die Bundesländer als stark schätzfehlerbehaftete Differenz zwischen dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen und den inländischen Komponenten der Endnachfrage (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoanlageinvestitionen, Vorratsinvestitionen); für kleinere regionale Einheiten ist er überhaupt nicht zu ermitteln. Bei den Einkommensströmen gilt Entsprechendes vor allem für den Saldo der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, der nur für die Bundesländer

und nur indirekt durch Gegenüberstellung der unabhängig voneinander berechneten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach dem Inlandskonzept einerseits – dieses fällt dabei nur als Differenz zwischen dem Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten und dem Inlandseinkommen aus unselbständiger Arbeit an, ohne daß dazu zusätzliche Informationen zur Verfügung stehen – und nach dem Inländerkonzept andererseits geschätzt wird. Der Unterschied zwischen dem Volkseinkommen und dem verfügbaren Einkommen ist Ausdruck des in erster Linie vom Sektor Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) veranlaßten Einkommensumverteilungsprozesses. Dieser Prozeß kann zu einem erheblichen Teil lediglich behelfsmäßig regionalisiert werden, weil die Gebietskörperschaft Bund und die bundesweit tätigen Träger der Sozialversicherung nur fiktiv regional aufteilbar sind; bei der Betrachtung kleinerer regionaler Einheiten vergrößert sich dieses Problem durch das Hinzutreten weiterer überregionaler – d. h. auf Landes- oder Kreisebene tätiger – Gebietskörperschaften bzw. Sozialversicherungsträger. Für die regionale Aufteilung der von den multiregionalen Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erbrachten wirtschaftlichen Leistung wurde vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen für den „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ein differenziertes Schlüsselverfahren entwickelt, das gesondert für jedes einzelne Unternehmen von dem regionalen Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ausgeht und unter den gegebenen Umständen immerhin bestmögliche und hinreichend abgesicherte Schätzwerte liefert<sup>1)</sup>. Außerhalb des Produzierenden Gewerbes können die von den multiregionalen Unternehmen bewirkten Verflechtungen dagegen im allgemeinen nur pauschal oder gar nicht berücksichtigt werden.

#### **Direktes und indirektes Berechnungsverfahren**

Die mit abnehmender regionaler Ebene sich verschlechternde Datenbasis hat zur Folge, daß bei manchen Aggregaten der VGR die den Werten des übergeordneten Gebietes begrifflich entsprechenden Werte der jeweiligen kleineren Regionen nicht einmal näherungsweise direkt ermittelt werden können; sie werden vielmehr nur indirekt aus den für das übergeordnete Gebiet bereits vorliegenden Ergebnissen abgeleitet. Die Ableitung erfolgt in der Weise, daß die auf der Ebene des übergeordneten Gebietes tiefstmöglich gegliederten bzw. in ihre Komponenten zerlegten Aggregate nach einem Schlüsselverfahren unter gesonderter Berücksichtigung der einzelnen Teilaggregate bzw. Komponenten auf die kleineren Regionen aufgeteilt werden. Die auf diese Weise für die kleineren Regionen geschätzten Teilaggregate bzw. Komponenten werden anschließend zu den Gesamtaggregate für diese Regionen zusammengefaßt. Bei diesem Verfahren wird von der Annahme ausgegangen, daß die Werte der Schlüsselgrößen von Region zu Region in demselben Verhältnis zueinander stehen wie diejenigen Werte der Teilaggregate bzw. Komponenten, die sich bei einer – in Wirklichkeit nicht durchführbaren – direkten regionalen Berechnung ergeben hätten. Diese Annahme wird dadurch gestützt, daß die auf der übergeordneten Ebene vorgenommene sehr tiefe Gliederung der Aggregate sowie die Verwendung spezieller Schlüsselgrößen für jedes Teilaggregat bewirken, daß die Aufteilung auf die kleineren Regionen jeweils für relativ homogene Bereiche erfolgt. Die indirekte Schätzung von Regionalwerten durch Aufteilung der übergeordneten Werte mit Hilfe von diesen begrifflich nicht entsprechenden Schlüsselgrößen braucht bei den Berechnungen für die Regionen „Bundesländer“ nur ausnahmsweise angewendet zu werden. Den Berechnungen für kleinere Regionen liegt dieses Verfahren dagegen bisher fast ausnahmslos zugrunde.

#### **Genauigkeitsverlust mit abnehmender regionaler Ebene**

Aus der Reduktion der Datenbasis mit abnehmender regionaler Ebene folgt nicht nur, daß für kleinere Regionen weniger oder weniger tief gegliederte Aggregate berechnet werden können; bei der Interpretation der bekanntgegebenen kleinräumigen Werte ist auch zu beachten, daß diesen im allgemeinen eine geringere Genauigkeit zukommen dürfte als den entsprechenden Werten für größere Gebietseinheiten. Aus diesem Grund werden zuerst die Werte für das Bundesgebiet, dann für die Bundesländer, dann für die Kreise und kreisfreien Städte und dann für die kreisangehörigen Gemeinden ermittelt. Beim indirekten Verfahren ergibt sich diese Reihenfolge zwangsläufig, weil hier aus den Werten der übergeordneten Regionen die Werte für die kleineren Regionen erst nachträglich abgeleitet werden können. Bei der direkten Berechnung von Regionalwerten empfiehlt sich dieselbe Reihenfolge, damit auf die genaueren Werte der übergeordneten Regionen zur Kontrolle zurückgegriffen und ggf. eine Anpassung an diese Werte vorgenommen werden kann. Die folgenden Aus-

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Statistische Einzelangaben als Grundlage der regionalen wirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg. Stuttgart 1984, S. 151 ff.



fürungen stellen das Datenprogramm der VGR für die untersten Regionen — d. h. kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden — dar. Das Programm gilt vollständig für Nordrhein-Westfalen, für die anderen Bundesländer dagegen nur eingeschränkt. Die Berechnungen für kreisfreie Städte nahmen unter den Arbeiten der statistischen Landesämter auf dem Gebiet der VGR zusammen mit den Berechnungen für Kreise stets eine hervorragende Stelle ein, was auf die starke Nachfrage der Datenkonsumenten nach kleinräumigen Informationen zurückzuführen ist. Das Bruttoinlandsprodukt aller kreisfreien Städte des Bundesgebietes wurde erstmalig für das Berichtsjahr 1957 von den statistischen Landesämtern gemeinsam berechnet. Ein wesentlicher Grund für das große Interesse an kleinräumigen Ergebnissen liegt in dem Datenbedarf für Zwecke der regionalen Wirtschaftspolitik. Der bundesweiten staatlichen regionalen Wirtschaftsförderung liegt in erster Linie das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. 10. 1969 (Bundesgesetzblatt 1969 Teil I S. 1861) zugrunde. Die danach betriebene Wirtschaftsförderung verwendete als Indikator der regionalen Wirtschaftskraft zunächst das Bruttoinlandsprodukt der Kreise und kreisfreien Städte. Dabei erwies es sich als störend, daß neben den Einzelergebnissen für jede kreisfreie Stadt für die kreisangehörigen Gemeinden nur kreisweise zusammengefaßte Ergebnisse verwendet werden konnten. Die bundesweite regionale Wirtschaftsförderung basiert auf sog. „Arbeitsmarktreionen“. Das sind Räume, die in sich die Funktionen „Arbeiten“ und „Wohnen“ der erwerbstätigen Bevölkerung vereinigen, so daß es im Idealfall Berufspendlerströme nur innerhalb der Regionen gibt, aber nicht dazwischen. Das Bundesgebiet wurde in 180 Arbeitsmarktreionen zerlegt, die dieser idealen Abgrenzung so weit wie möglich nahekommen. Die Grenzen der Arbeitsmarktreionen decken sich stets mit Gemeindegrenzen, aber im allgemeinen nicht mit Kreisgrenzen. Um den sich hieraus ergebenden Datenbedarf zu decken, berechneten die statistischen Landesämter auf Anforderung der Wirtschaftsministerien des Bundes und der Länder für die Jahre 1978, 1980 und 1982 das Bruttoinlandsprodukt der gemeindescharf abgegrenzten Arbeitsmarktreionen. Dabei mußten zunächst Gemeindeergebnisse ermittelt werden, die dann zu Ergebnissen für Arbeitsmarktreionen aggregiert wurden. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen hat danach die Berechnungen für Arbeitsmarktreionen in sein laufendes Arbeitsprogramm aufgenommen, so daß nunmehr neben den Ergebnissen für kreisfreie Städte zumindest intern auch Ergebnisse für kreisangehörige Gemeinden anfallen.

#### Datenbedarf der regionalen Wirtschaftspolitik

Das laufende Programm der VGR für sämtliche nordrhein-westfälischen Gemeinden umfaßt die Aggregate Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen; für die kreisfreien Städte kommt noch das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck hinzu. Die zu Marktpreisen bewertete Bruttowertschöpfung wird für kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden jährlich — zuletzt für 1983 — berechnet. Von der früher üblichen Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen wird dabei abgesehen, weil über die den Unterschied zwischen der Bruttowertschöpfung und dem Bruttoinlandsprodukt ausmachenden „Bereinigungsposten“ — unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben — keine kleinräumigen Informationen vorliegen. Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen wird für die kreisangehörigen Gemeinden nur insgesamt, für die kreisfreien Städte dagegen aufgegliedert nach den sechs Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft (nur alle vier Jahre, zuletzt für 1983), Verarbeitendes Gewerbe, Übriges Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen und Staat und private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck ausgewiesen. Die Ergebnisse dieser Berechnungen werden — für die einzelnen kreisfreien Städte, im übrigen (wie auch bei den anderen Aggregaten) für die zu Arbeitsmarktreionen zusammengefaßten Gemeinden — vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen in den Statistischen Berichten Nr. P II 1 (Titel „Die Wertschöpfung zu Marktpreisen ...“) veröffentlicht. Die zu Faktorkosten bewertete Bruttowertschöpfung wird ohne wirtschaftssystematische Gliederung für kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden alle zwei Jahre — zuletzt für 1982 — berechnet. Der Grund für den Verzicht auf die jährliche Periodizität und den Nachweis von Wirtschaftsbereichen liegt in dem großen Arbeitsaufwand und den besonderen Schätzproblemen, mit denen die Ermittlung der den Unterschied zwischen der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten ausmachenden Produktionssteuern und Subventionen verbunden ist. Die Ergebnisse werden ebenfalls in den Statistischen Berichten Nr. P II 1 (Titel „Die Wertschöpfung zu Faktorkosten ...“) veröffentlicht. Die Bruttoanlageinvestitionen — jeweils unterteilt nach Bruttoausrüstungs-

#### Datenprogramm für Aggregate der Sozialproduktsberechnung

#### Division durch „Bezugsgrößen“

investitionen und Bruttobauinvestitionen — werden für jede Gemeinde jährlich — zuletzt für 1983 — berechnet und für die kreisangehörigen Gemeinden ohne wirtschaftssystematische Gliederung, für die kreisfreien Städte dagegen aufgegliedert nach den drei Wirtschaftsbereichen Warenproduzierendes Gewerbe, Sonstige Bereiche des Sektors Unternehmen und Sektor Staat ausgewiesen. Die Veröffentlichung erfolgt in den Statistischen Berichten Nr. P II 3. Für die kreisfreien Städte wird jährlich — zuletzt für 1982 — ohne weitere Untergliederung das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen sowie das verfügbare Einkommen und damit indirekt auch der Unterschied zwischen diesen beiden Einkommensarten ausmachende Saldo der geleisteten und empfangenen laufenden Übertragungen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ausgewiesen und in den Statistischen Berichten Nr. P II 2 veröffentlicht; für die kreisangehörigen Gemeinden werden diese Aggregate bisher nicht berechnet. Um bei einem interregionalen Vergleich der Aggregate des Wirtschaftskreislaufs den Einfluß der unterschiedlichen Größe der Regionen auszuschalten, müssen die Werte der Aggregate durch geeignete Bezugsgrößen dividiert werden. Für die beiden Einkommensarten bieten sich die Gemeindeergebnisse der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes als Bezugsgrößen an. Dabei werden für die kreisfreien Städte und die Kreise Jahresdurchschnitte der Monatsergebnisse verwendet; für die nur jährlich fortgeschriebenen kreisangehörigen Gemeinden werden entsprechende Ergebnisse geschätzt, indem die Jahresdurchschnitte der Kreise im Verhältnis der Jahresendbestände der jeweils zugehörigen Gemeinden auf diese verteilt werden. Für die Bruttowertschöpfung und die Bruttoanlageinvestitionen sind statt der Einwohnerzahlen als regionale Bezugsgrößen eher Zahlen über die Beschäftigten geeignet. Da es bisher keine einzelne laufende und ausreichend regionalisierbare Statistik gibt, die sämtliche erwerbstätigen Personen — Arbeitnehmer und Selbständige — erfaßt, hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ein Schätzsystem entwickelt, das unter Ausnutzung verschiedener Datenquellen jährlich — zuletzt für 1984 — für jede Gemeinde jahresdurchschnittliche Gesamtbeschäftigtenzahlen liefert. Diese Beschäftigtenzahlen werden für die kreisangehörigen Gemeinden nach den zehn Wirtschaftsabteilungen, für die kreisfreien Städte außerdem nach 37 Wirtschaftsunterabteilungen der Ausgabe 1979 der amtlichen Systematik der Wirtschaftszweige<sup>2)</sup> gegliedert. Die Zahlen wurden erstmalig im Heft 539 der „Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen“ unter dem Titel „Die Beschäftigtenentwicklung in Nordrhein-Westfalen 1978 bis 1983 — Ergebnisse einer regional und sektoral disaggregierten Analyse“ veröffentlicht.

#### Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

Im folgenden wird auf die Schlüsselgrößen eingegangen, mit denen die Landeswerte der Teilaggregate bzw. Komponenten der zu regionalisierenden Aggregate auf die kreisfreien Städte und Kreise und die Kreiswerte weiter auf die kreisangehörigen Gemeinden aufgeteilt werden. Bei der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen geht die Rechnung auf Landesebene von 74 Wirtschaftsbereichen — darunter 34 im Verarbeitenden Gewerbe — aus. Als Schlüsselgrößen werden in diesen Bereichen verwendet (in Klammern ist die jeweilige Datenquelle angegeben):

- Landwirtschaft, Forstwirtschaft: Betriebseinkommen (Agrarberichterstattung)
- Binnenfischerei: Teichwirtschaftliche Wasserfläche (Binnenfischereierhebung)
- Seefischerei, Ausbaugewerbe, Bildung/Wissenschaft/Kultur/Verlagsgewerbe, Veterinärwesen, „Übrige Dienstleistungen“ soweit nicht anderweitig genannt: Steuerbarer Umsatz (Umsatzsteuerstatistik)
- Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe: Umsatz der Großbetriebe und der industriellen Kleinbetriebe (Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Industriebericht für Kleinbetriebe)
- Bauhauptgewerbe: Lohn- und Gehaltssumme (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe)
- Handel: Umsatz, fortgeschrieben mit der Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Handels- und Gaststättenzählung, Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit)
- Schifffahrt/Wasserstraßen/Häfen, Straßenverkehr/Transport in Rohrleitungen, Luftfahrt/Flugplätze, Spedition/Lagerei/Verkehrsvermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Arbeitgeberverbände, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck: Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit)
- Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost: für kreisfreie Städte und Kreise Anzahl der Bediensteten multipliziert mit Durchschnittsverdiensten (Personalstand-

<sup>2)</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979. Stuttgart/Mainz 1980.



statistik, dazu spezielle Berechnungen nach Besoldungs- und Vergütungstabellen); für kreisangehörige Gemeinden Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit)

- Wohnungsvermietung: für kreisfreie Städte und Kreise Mietwert, fortgeschrieben mit Wohnungsbestand (Gebäude- und Wohnungszählung, laufende Fortschreibung des Wohnungsbestands), für kreisangehörige Gemeinden nur Wohnungsbestand
- Gastgewerbe/Heime: für kreisfreie Städte und Kreise Umsatz, fortgeschrieben mit der Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Handels- und Gaststättenzählung, Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit), für kreisangehörige Gemeinden nur Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer
- Gesundheitswesen: für kreisfreie Städte und Kreise Anzahl der tätigen Personen (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens), für kreisangehörige Gemeinden Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit)
- Bereich Verteidigung der Gebietskörperschaft Bund: Anzahl der Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr (Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung)
- Bereich Zivilverwaltung der Gebietskörperschaft Bund: für kreisfreie Städte und Kreise Anzahl der Bediensteten multipliziert mit Durchschnittsverdiensten (Personalstandstatistik, dazu spezielle Berechnungen nach Besoldungs- und Vergütungstabellen), für kreisangehörige Gemeinden Wohnbevölkerung (laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)
- Gebietskörperschaft Land: für alle Gemeinden Anzahl der Bediensteten multipliziert mit Durchschnittsverdiensten (Personalstandstatistik, dazu spezielle Berechnungen nach Besoldungs- und Vergütungstabellen)
- Gemeinden und Gemeindeverbände: Personalausgaben (Gemeindefinanzzstatistik)
- Sozialversicherung: Anzahl der Bediensteten (Personalstandstatistik)

Die Bereiche Elektrizitäts-/Fernwärmeversorgung, Gasversorgung und Wasserversorgung stellen eine Besonderheit dar, weil hier die Bruttowertschöpfung der kleinen Regionen nicht durch Verteilung der aggregierten Landeswerte, sondern direkt durch Addition der Einzelangaben der Unternehmen bzw. ihrer Betriebe ermittelt wird. Das dabei angewendete Verfahren entspricht dem Verfahren bei der Berechnung der Landeswerte selbst<sup>3)</sup>; Datenquelle ist die Kostenstrukturerhebung in Verbindung mit dem Monatsbericht für Betriebe in der Energie- und Wasserversorgung. Diese unternehmens- bzw. betriebsindividuelle Berechnung ist erheblich aufwendiger als das indirekte Schlüsselverfahren, was jedoch durch den Genauigkeitsgewinn der sich ergebenden Regionalwerte gerechtfertigt wird. Mit dem beabsichtigten Übergang auf dieses Verfahren auch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wird sich die Qualität der kleinräumigen Ergebnisse der Bruttowertschöpfung wesentlich verbessern.

#### Verwendung von Individualdaten

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ergibt sich gemeindeweise aus den Gemeindewerten der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen nach Subtraktion der Gemeindewerte der Produktionssteuern und Addition der Gemeindewerte der Subventionen. Die Produktionssteuern – einschließlich steuerähnlicher Abgaben – werden gesondert nach 20 Steuerarten regionalisiert. Bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer fallen die Gemeindewerte des Ist-Aufkommens direkt aus der Gemeindefinanzzstatistik an. Bei der Biersteuer und der Tabaksteuer werden die Gemeindewerte der Verbrauchsteuer der betroffenen Wirtschaftszweige aus dem Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe verwendet. Die Mineralölsteuer wird nach dem mengenmäßigen Durchsatz von Rohöl und daraus hergestellten Halbfertigprodukten (Angaben der „Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -verarbeitung“) auf die Gemeinden verteilt. Die Kraftfahrzeugsteuer – abzüglich des von privaten Haltern aufgebrauchten Betrages – wird auf die kreisfreien Städte und Kreise nach dem Bestand an Personen- und Lastkraftwagen nicht-privater Halter (Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes), auf die kreisangehörigen Gemeinden nach der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen der wichtigsten betroffenen Wirtschaftsbereiche verteilt. Bei allen anderen Steuerarten wird als Schlüsselgröße für alle Gemeinden ebenfalls die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen der jeweils in Frage kommenden Wirtschaftsbereiche verwendet. Die Subventionen werden gesondert nach Wirtschaftsbereichen und Subventionsarten – insgesamt 44 Positionen – regionalisiert. Als Schlüsselgrößen stehen vor allem in der Landwirtschaft bei einigen Subventionsarten für kreisfreie Städte und Kreise spezielle Daten zur Verfügung: Bei der Kraftstoffverbilligung der Bestand an zulassungspflichtigen Zugmaschinen in der Landwirtschaft (Sta-

#### Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

3) Vgl. Wolfgang Gerß: Statistische Einzelangaben . . . , a. a. O.

tistik des Kraftfahrt-Bundesamtes), bei der Ausgleichszulage in Berggebieten und anderen benachteiligten Gebieten die landwirtschaftlich genutzte Fläche der in Frage kommenden Regionen (Bodennutzungshaupterhebung), bei den Prämien für die Nichtvermarktung von Milch sowie den Zahlungen aus dem EG-Agrarfonds die nicht an Molkereien gelieferte erzeugte Milch bzw. die erzeugte Milch insgesamt (Statistik der Milcherzeugung und -verwendung) und bei der – für Nordrhein-Westfalen nicht relevanten – Ausfuhrerstattung für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Hopfenanbaufläche (Bodennutzungshaupterhebung). Für kreisangehörige Gemeinden wird allerdings bei diesen Subventionsarten – mit Ausnahme der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und der Ausfuhrerstattung – notgedrungen auf die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen des jeweils begünstigten Wirtschaftsbereichs als Schlüsselgröße zurückgegriffen. Dieses Verfahren wird auch bei allen anderen Subventionsarten in der Landwirtschaft sowie bei fast allen Subventionen in den nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen für alle Gemeinden angewendet. Nur bei den Zinszuschüssen an die Werftindustrie und bei der Magermilchstützung dienen der Auslandsumsatz des Schiffbaus bzw. der Gesamtumsatz des milchverarbeitenden Gewerbes (Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe) sowohl für kreisfreie Städte und Kreise als auch für kreisangehörige Gemeinden als Schlüsselgröße.

## Bruttoanlageinvestitionen

Daten über die Bruttoanlageinvestitionen – untergliedert nach Ausrüstungen und Bauten – fallen für das Produzierende Gewerbe gemeindeweise direkt aus den laufenden Investitionserhebungen an<sup>4)</sup>. In den übrigen Wirtschaftsbereichen werden folgende Schlüsselgrößen verwendet:

- Land- und Forstwirtschaft (Ausrüstungen): für kreisfreie Städte und Kreise geschätzter Kapitalstock (Landwirtschaftszählung in Verbindung mit Angaben der Landwirtschaftskammer Rheinland, fortgeschrieben mit der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen), für kreisangehörige Gemeinden Anzahl der Betriebe (Bodennutzungshaupterhebung)
- Land- und Forstwirtschaft (Bauten): Baukosten (Bautätigkeitsstatistik)
- Handel (Ausrüstungen und Bauten): Umsatz (Handels- und Gaststättenzählung)
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Ausrüstungen und Bauten): für kreisfreie Städte und Kreise aufwendige Berechnungen mit verschiedenen stark differenzierten Schlüsselgrößen<sup>5)</sup> (Datenquellen v. a.: Buchhaltungsunterlagen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn, Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes, Angaben des „VDA-Verband der Automobilindustrie e. V.“, Statistik des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe, Angaben der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen“, amtliche Luftfahrtstatistik, Geschäftsberichte der Fluggesellschaften, Umfragen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen bei den Unternehmen des Bereichs „Transport in Rohrleitungen“), für kreisangehörige Gemeinden Anzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit)
- Wohnungsvermietung (nur Bauten; Ausrüstungen kommen hier nicht vor): Baukosten (Bautätigkeitsstatistik)
- Dienstleistungsunternehmen (soweit nicht anderweitig genannt), private Organisationen ohne Erwerbszweck: für Ausrüstungen Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, für Bauten Baukosten (Bautätigkeitsstatistik)
- Gebietskörperschaft Bund (Ausrüstungen), Gebietskörperschaft Land (Ausrüstungen), Sozialversicherung (Ausrüstungen und Bauten): für kreisfreie Städte und Kreise Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen
- Gebietskörperschaft Bund (Bauten): für kreisfreie Städte und Kreise Einzelangaben der Bundeshaushaltspläne
- Gebietskörperschaft Land (Bauten), Gemeinden und Gemeindeverbände (Ausrüstungen und Bauten): für kreisfreie Städte und Kreise Einzelangaben der im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen geführten Datei der Zweckzuwendungen aus dem Landeshaushalt, ggf. in Verbindung mit der Gemeindefinanzstatistik

## Einsatz der „Datei der Zweckzuwendungen“

Im gesamten Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherung (Ausrüstungen und Bauten) wird als Schlüsselgröße für kreisangehörige Gemeinden die Anzahl der Bediensteten (Personalstandstatistik) verwendet. Mit dem beabsichtigten Einsatz der Datei der Zweckzuwendungen auch für kreisangehörige Gemeinden wird sich die Qualität der Berechnungsergebnisse verbessern.

4) Zu Details vgl. Wolfgang Gerß: Bedeutung und Berechnungsmöglichkeit gesamtwirtschaftlicher Investitionsdaten für kleinere Regionen. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 8/1981, S. 509 ff.

5) Zu Details vgl. Wolfgang Gerß: Bedeutung und Berechnungsmöglichkeit . . . a. a. O.



Bei der Verteilung des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens und des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck auf die kreisfreien Städte und Kreise wird eine tiefe Untergliederung in 53 Komponenten – Einkommensarten bzw. Arten der empfangenen und geleisteten laufenden Übertragungen – vorgenommen. Als Schlüsselgrößen zur Regionalisierung dieser Komponenten dienen vor allem:<sup>6)</sup>

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Sozialbeiträge der Arbeitgeber): Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen (Lohnsteuerstatistik)
- Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen (Einkommensteuerstatistik)
- Direkte Steuern: Lohn-, Einkommen-, Vermögensteuer (Steuerstatistiken), Einkünfte aus Kapitalvermögen (Einkommensteuerstatistik), privater Kraftfahrzeugbestand (Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes)
- Sozialbeiträge: Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen (Lohnsteuerstatistik), Anzahl der Selbständigen (Volkszählung, Mikrozensus)
- Soziale Leistungen: Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, Einkünfte aus Gewerbebetrieb (Einkommensteuerstatistik)
- Sonstige geleistete laufende Übertragungen: Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen, Einkünfte aus selbständiger Arbeit (Steuerstatistiken), Bevölkerungsstand (laufende Fortschreibung), Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer (Ausländerstatistik)
- Empfangene soziale Leistungen in Zusammenhang mit tatsächlichen Sozialbeiträgen: Rentenzahlungen (Angaben der Deutschen Bundespost), Bevölkerungsstand (insgesamt bzw. im Rentenalter; laufende Fortschreibung, Volkszählung), Anzahl der Beitragszahler zu den landwirtschaftlichen Alterskassen (Landwirtschaftszählung), Anzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer (Arbeitsmarktstatistiken, Lohnsteuerstatistik, Mikrozensus), Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen und Einkünfte aus selbständiger Arbeit (Steuerstatistiken)
- Empfangene soziale Leistungen im Zusammenhang mit unterstellten Sozialbeiträgen: Anzahl der pensionierten Beamten und Richter (Volkszählung, laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes), Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen (Lohnsteuerstatistik)
- Empfangene sonstige soziale Leistungen von Gebietskörperschaften: Aufwendungen der örtlichen Träger der Sozialhilfe (Statistik der Sozialhilfe), Anzahl der Tuberkulosefälle (Tuberkulosestatistik), Ausgaben der Kriegsofferfürsorge (Statistik der Kriegsofferfürsorge), Anzahl der Arbeitslosenhilfeempfänger multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer (Arbeitsmarktstatistiken, Lohnsteuerstatistik, Mikrozensus), Kindergeldzahlungen der Arbeitsämter (Statistik der Bundesanstalt für Arbeit), Anzahl der im öffentlichen Dienst erwerbstätigen „Ernährer“ (Volkszählung, laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes), Wohngeldzahlungen (Wohngeldstatistik), Anzahl der ausbildungsbeihilfeberechtigten Schüler und Studenten (Volkszählung, laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)
- Sonstige empfangene laufende Übertragungen: Steuerbarer Umsatz der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Umsatzsteuerstatistik), Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen und Einkünfte aus selbständiger Arbeit (Steuerstatistiken), Bevölkerungsstand (laufende Fortschreibung)
- Empfangene unterstellte Sozialbeiträge der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit: Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

**Bruttoerwerbs- und  
-vermögenseinkommen  
sowie verfügbares Einkommen**

Ob das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen und das verfügbare Einkommen auch für kreisangehörige Gemeinden berechnet werden kann, hängt von der entsprechenden Regionalisierbarkeit der Schlüsselgrößen ab. Die für die kreisweise Berechnung verwendeten Schlüsselgrößen können überwiegend auch gemeindeweise aufbereitet werden; wesentliche Ausnahmen sind nur die Statistik der Sozialhilfe, die Statistik der Kriegsofferfürsorge, die Arbeitsmarktstatistiken, die Kindergeldstatistik und der Mikrozensus. Eine Berechnung der beiden Einkommensarten auch für kreisangehörige Gemeinden erscheint demnach durchaus realisierbar.

**Möglichkeit der Aufbereitung  
der Schlüsselgrößen nach Gemeinden**

<sup>6)</sup> Zu Details vgl. Hans-Jürgen Treeck: Materialgrundlagen, Berechnungsverfahren und Fehlerquellen bei der Ermittlung des verfügbaren Einkommens in den kreisfreien Städten und Kreisen. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1981, S. 765 ff.

## Anzahl der Beschäftigten

Die Anzahl der Beschäftigten wird wirtschaftsbereichsspezifisch, jedoch jeweils nach für kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden einheitlichem Verfahren ermittelt. Anders als die Aggregate der Sozialproduktsberechnung werden die Beschäftigtenzahlen in keinem Fall indirekt über Schlüsselgrößen, sondern direkt durch Kombination verschiedener fachstatistischer Daten über Teilmengen erwerbstätiger Personen berechnet. Als Datenquellen werden in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verwendet:

- Land- und Forstwirtschaft: Landwirtschaftszählung, laufende Arbeitskräfteerhebungen
- Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Spedition/Lagerei/Verkehrsvermittlung, von Unternehmen und Freien Berufen erbrachte Dienstleistungen (außer Gastgewerbe), private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck, Vertretungen fremder Staaten/Stationierungstreitkräfte/inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter: Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstättenzählung in Verbindung mit Mikrozensus
- Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe: Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Handwerkszählung in Verbindung mit laufender Handwerksberichterstattung
- Handel, Gastgewerbe: Handels- und Gaststättenzählung, Mikrozensus
- Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (außer „Vertretungen fremder Staaten . . .“): Personalstandstatistik
- Bereich Verkehr, soweit nicht anderweitig genannt: Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Mikrozensus

Für die – nationalen und regionalen – Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gilt allgemein, daß ihre Genauigkeit nicht quantifiziert werden kann. Möglich und nötig sind jedoch Plausibilitätskontrollen durch Vergleich der verschiedenen Aggregate untereinander sowie mit anderen wirtschaftsstatistischen Informationen. Da die Berechnungen mit abnehmender regionaler Ebene unsicherer werden, sind solche Kontrollen bei den Ergebnissen für Gemeinden als kleinste Regionen besonders wichtig. Mit dem angestrebten Ausbau der kleinräumigen Berechnungen sollen daher vorrangig Methoden der Plausibilitätskontrollen entwickelt werden.

Dr. Alexander Müller

## Künftige Entwicklung der privaten Haushalte

Modellrechnungen im Anschluß an die „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“\*)

### Vorbemerkungen

Vor dem Hintergrund der seit Mitte der 70er Jahre anhaltend niedrigen Geburtenzahlen zeichnen sich – sofern keine deutliche Erhöhung der Kinderzahl eintritt – zunehmend rückläufige Einwohnerzahlen ab. Dabei wird sich auch die Altersstruktur der Bevölkerung mehr und mehr zugunsten der Älteren verschieben.

Mit den Konsequenzen aus diesen demographischen Zukunftsperspektiven haben sich in jüngster Zeit Wissenschaft und Politik eingehend befaßt<sup>1)</sup>. Der Staat ist in Infrastruktur-Bereichen wie z. B. Bildungs- oder Gesundheitswesen direkt an der

\*) Vgl. „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“ in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1985, Seite 771 ff. und Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 545, LDS NW (Hrsg.), 1985. Hinzuwiesen ist auch auf Heft 48 der Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen: „Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen – Analysen-Prognosen-Perspektiven –“. Dort wird über die im folgenden erläuterten Perspektiven zur Entwicklung der privaten Haushalte, aber auch über andere im Auftrag der Landesregierung seitens des LDS erarbeitete Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungs-, Erwerbspersonen- und Beschäftigtenentwicklung informiert.

1) Vgl. insbesondere: „Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“, Teil 1: „Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung“, als „Bundestagsdrucksache (BT Drs.) 8/4437 vom 8. 8. 1980, und Teil 2: „Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft“, als BT Drs. 10/863 vom 5. 1. 1984.



Deckung menschlicher Bedürfnisse orientiert und hat die demographischen Tendenzen mit zu berücksichtigen, wenngleich das anzustrebende Versorgungsniveau jeweils natürlich auch eine Frage politischer Präferenzen darstellt.

Die folgenden Überlegungen gelten der künftigen Entwicklung von Zahl und Struktur privater Haushalte. Einige grundlegende Bedürfnisse gehen weniger von einzelnen Personen als von Haushalten aus, die sich — sieht man von Ein-Personen-Haushalten ab — aus mehreren Mitgliedern konstituieren. Typisch haushaltsspezifische Bedürfnisse sind im Bereich langlebiger Konsumgüter zu finden. Offensichtlich ist der Haushaltsbezug darüber hinaus bei der Wohnungsnachfrage.

Die Zahl von Haushalten kann rechnerisch auf zwei Komponenten zurückgeführt werden: Zum ersten auf die Zahl und Struktur der Bevölkerung (demographische Komponente) und zum zweiten auf die durchschnittliche Zahl von Personen, die einen Haushalt bilden (Verhaltenskomponente).

Es sei vorweggenommen, daß die Zahl von Privathaushalten sich künftig kaum parallel zur Einwohnerzahl entwickeln dürfte. Ein Blick zurück zeigt, daß es eine starre Beziehung auch in der Vergangenheit nicht gab. Während die Bevölkerungszahl seit 1970 kaum weiter angestiegen ist, gab es bei der Zahl der privaten Haushalte seitdem noch gut 15 % Zuwachs. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist in diesem Zeitraum von 2,7 auf 2,4 Personen zurückgegangen.

**Zahl der Haushalte nahm stärker zu als die Bevölkerung**

Entwicklung der Bevölkerung und Privathaushalte					
Jahr	Bevölkerung <sup>1)</sup>		Privathaushalte		Durchschnittliche Haushaltsgröße Personen
	Anzahl	1961 = 100	Anzahl	1961 = 100	
1961 <sup>2)</sup>	15 515 600	100	5 414 000	100	2,9
1970 <sup>2)</sup>	16 745 400	107,9	6 092 700	112,5	2,7
1977 <sup>3)</sup>	16 949 400	109,2	6 637 200	122,6	2,6
1982 <sup>3)</sup>	16 985 300	109,5	7 030 600	129,9	2,4

1) Bevölkerung in Privathaushalten — 2) Ergebnis der Volkszählung (6. 6. 1961 bzw. 27. 5. 1970) — 3) Ergebnis des Mikrozensus (26. 4. 1977 bzw. 21. 4. 1982)

Wie die Entwicklung der Zahl von Privathaushalten sich künftig fortsetzt, hängt von der künftigen Einschätzung von demographischer Komponente und Verhaltenskomponente ab. Für die vorliegende Modellrechnung waren hierfür Prämissen zu setzen, die auf ihre Ergebnisse starken Einfluß haben und bei ihrer Einschätzung von Bedeutung sind. Vor der Dokumentation der Ergebnisse wird daher zunächst auf das methodische Vorgehen, d. h. auf das Modell und die zugrundeliegenden Annahmen eingegangen.

## Methodische Überlegungen

Die Haushalts-Modellrechnungen basieren für die demographische Komponente auf den Ergebnissen der Hauptvariante der „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“. Diese Prognose dokumentiert die künftigen Bevölkerungsveränderungen, wenn Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge mit aus heutiger Sicht plausiblen Ansätzen fortgeschätzt werden, wobei überwiegend empirisch ermittelte Verhaltensparameter (z. B. Geburtenhäufigkeiten, Mortalitätsziffern und Wanderungswahrscheinlichkeiten) aus dem Referenzzeitraum der Jahre 1979 — 1983 eingesetzt werden (Status-quo-Prognose). Ausgehend von der an anderer Stelle ausführlich erläuterten Bevölkerungsprognose bleibt die Umsetzung der Bevölkerung in Haushalte<sup>2)</sup>, d. h. die Quantifizierung der Verhaltenskomponente, als zentrale Aufgabe.

2) Unter einem „Haushalt“ wird eine Gemeinschaft von Personen verstanden, die erstens zusammen wohnen und zweitens auch zusammen wirtschaften. Dies trifft i. d. R. auf Familien zu; der „Haushalt“ ist aber nicht auf Gemeinschaften verwandter Personen beschränkt.



## Überlegungen zur Modellbildung

### Haushaltsbildung — ein vielschichtiger Vorgang

Für die Haushaltsbildung sind zahlreiche demographische Vorgänge von Bedeutung. Verfolgt man die Entwicklung z. B. am Lebenszyklus eines Neugeborenen, so wird es typischerweise zunächst der elterliche Haushalt sein, der sich im Zeitablauf verändert. Er kann sich vergrößern durch nachfolgende Geburten oder die Aufnahme von nicht zur Familie gehörenden Personen; er kann sich durch den Tod eines Mitglieds verkleinern, und er kann sich im Zeitablauf teilen, z. B. durch Trennung/Scheidung der Eltern, insbesondere aber auch durch die Haushaltsgründung der Kinder selbst.

Nach der Lösung aus dem elterlichen Haushalt wird die erste Station häufig ein eigener Ein-Personen-Haushalt sein, der dann über den Zwei-Personen-Haushalt schließlich im Zuge der Familienbildung um Kinder erweitert wird, bevor sich später wieder durch Tod oder Teilung eine Verkleinerung vollzieht.

Die Bildung von Haushalten wird offensichtlich von einer Vielzahl von Ereignissen berührt<sup>3)</sup>. Ein Modell, das dem Haushaltsbildungsprozeß in seiner Komplexität Rechnung trägt, ist im Hinblick auf das verfügbare Datenmaterial derzeit bestenfalls in Bruchstücken zu quantifizieren; bereits eine entsprechend differenzierte strukturierte Basisbevölkerung ist nicht zu ermitteln. Daher beschränken sich Modellrechnungen für den Haushaltssektor in der Regel auf theoretisch weniger anspruchsvolle Ansätze, die aber durch statistische Daten fundiert werden können<sup>4)</sup>. Zurückgegriffen wird dabei auf die Volkszählungen (zuletzt 1970) und für die aktuellere Entwicklung auf Mikrozensuszählungen. Diese Zählungen weisen die Haushalte nach Größe und altersgruppenspezifischer Zusammensetzung der Personen aus.

Auf dieser Datenbasis haben zwei Verfahrensalternativen Eingang in die Praxis gefunden, das „Haushaltsvorstandsquoten-“ und das „Haushaltsmitgliederquotenverfahren“.

Der erste Ansatz basiert auf der Ermittlung des Anteils von Personen, die als Haushaltsvorstand bezeichnet werden<sup>5)</sup>. Wird diese Vorstandsquote auf die Zahl der Personen angelegt, so ergibt sich die Zahl von Haushalten. Unterschiede der Quoten nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit werden durch entsprechend gegliederte Berechnungen berücksichtigt. Zusätzlich kann die Quote nach der Haushaltsgröße differenziert werden<sup>6)</sup>.

### Mitgliederquotenverfahren angewandt

Die vorliegenden Modellrechnungen beruhen auf dem „Mitgliederquotenverfahren“. Hiernach wird der Haushaltsbildungsprozeß modellmäßig durch Quoten erfaßt, die die prozentuale Aufteilung der Bevölkerung auf Haushalte verschiedener Größe widerspiegeln. Da diese Aufteilung je nach Lebensalter starke Unterschiede aufweist, ist die Altersstruktur der Bevölkerung zu berücksichtigen. Kinder und Jugendliche leben z. B. im Regelfall bei ihren Eltern, d. h. in Drei-Personen-Haushalten oder — sofern es Geschwister gibt — in größeren Haushalten; unter 20jährige Personen sind daher lediglich zu weniger als 1 % in Ein-Personen-Haushalten anzutreffen. Für ältere Leute ist demgegenüber der kleine Haushalt charakteristisch; so leben z. B. mehr als 50 % der 75jährigen und Älteren in Ein-Personen-Haushalten und knapp 40 % in Zwei-Personen-Haushalten.

Da die bei uns wohnenden Ausländerfamilien im Durchschnitt mehr Kinder aufweisen als die Deutschen, ist neben dem Lebensalter auch die Staatsangehörigkeit als demographisches Merkmal für die Haushaltsstruktur von Bedeutung. Einen Eindruck von dem für die Berechnung verwandten Basisdatenmaterial vermittelt die nach der Haushaltszugehörigkeit gegliederte Altersgruppen-Pyramide; die Aufteilung auf die Haushalte nach der Größe wird übersichtlicher jedoch im unteren Schaubild erkennbar. Da die Ergebnisse des Mikrozensus 1985 sich noch in der Aufbereitungsphase befinden, wurde auf den 1982er Mikrozensus zurückgegriffen.

3) Die Vielfalt geht über das angeführte Beispiel hinaus, wie folgende Stichworte verdeutlichen mögen: Wiederheirat/Zweitehe, verheiratet getrennt Lebende, eheähnliche oder sonstige Formen (Wohngemeinschaften) des Zusammenlebens.

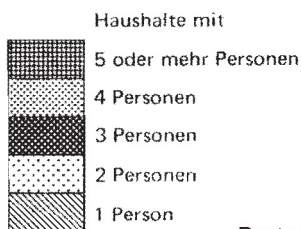
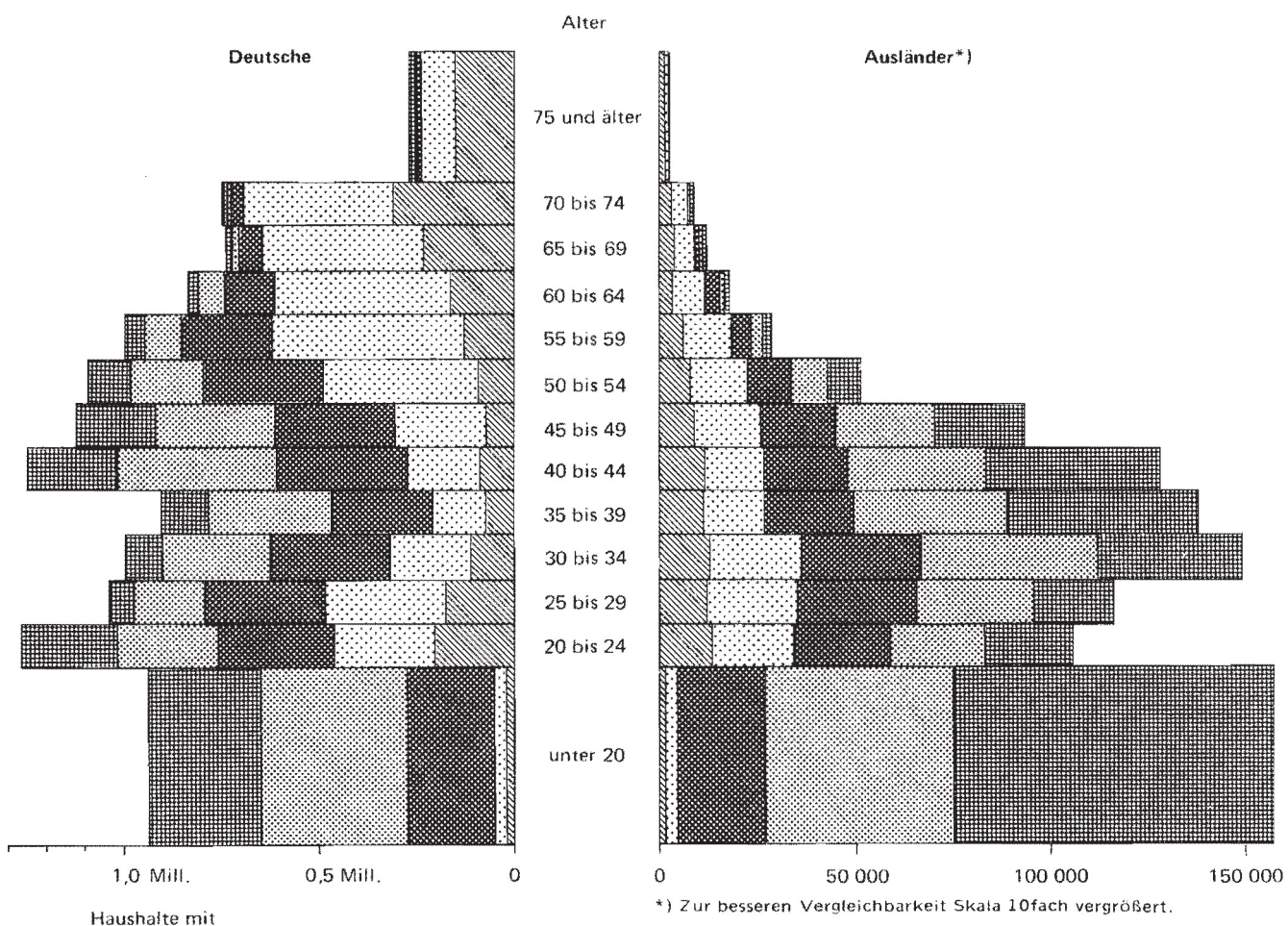
4) Vgl. hierzu: W. Linke: „Drei Verfahren zur Vorausschätzung der Privathaushalte“, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 1/1983, Seite 27 ff.

5) Praktische Anwendung gefunden hat dieses Verfahren zuletzt durch H. Bucher und L. Runge: „Regionalisierte Prognose der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000“, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12/1984, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Seite 1181 ff..

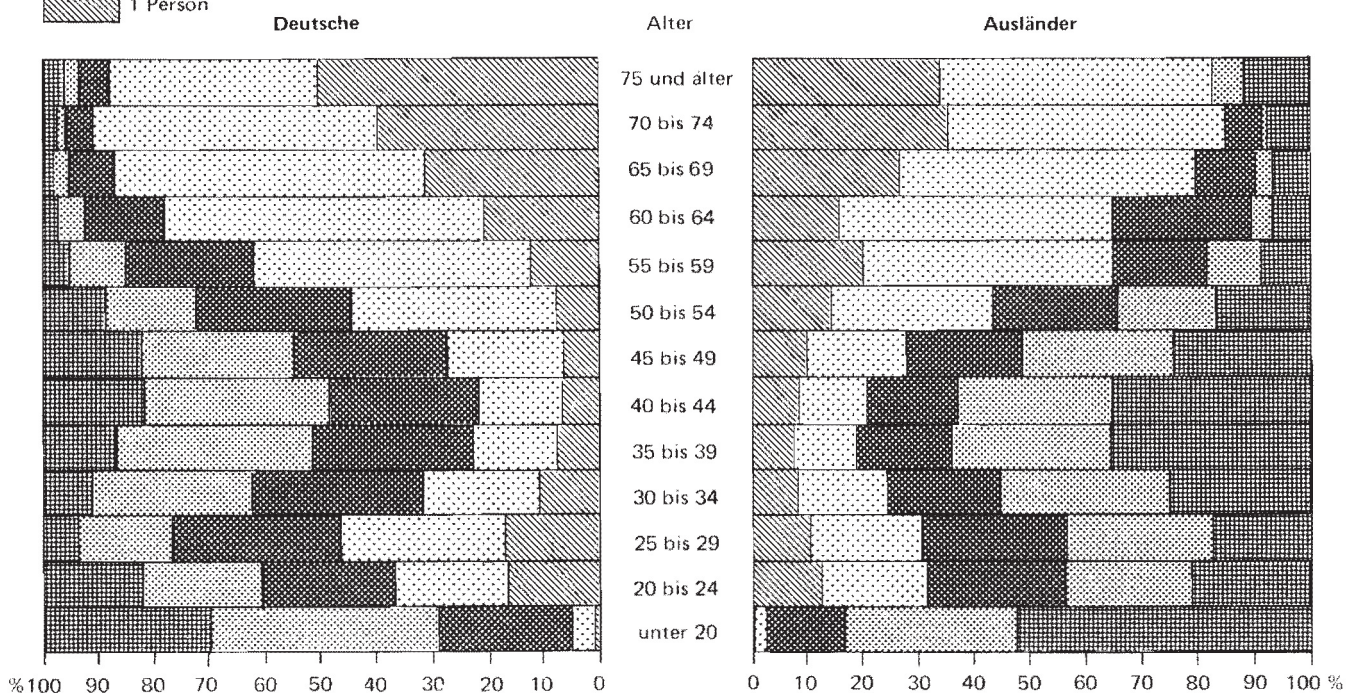
6) Dieser Ansatz, der auf den Haushaltsvorstandsquoten basiert, stößt allerdings zunehmend auf Probleme — zumal sich die Unterschiede des geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses zunehmend abgeschliffen haben. Es ist daher davon auszugehen, daß auf die Frage nach dem Haushaltsvorstand bei künftigen statistischen Erhebungen zunehmend verzichtet wird. Dies hat sich auch bei der Konzeption des Mikrozensus 1985 bestätigt, dessen Ergebnisse voraussichtlich im Sommer 1986 zur Verfügung stehen werden.



# Bevölkerung 1982 nach Haushaltszugehörigkeit Ergebnisse des Mikrozensus



## Haushaltsmitgliederquoten 1982 Ergebnisse des Mikrozensus





## Modell und Berechnungsverfahren

Das Grundprinzip des Mitgliederquoten-Ansatzes ist einfach; die Bevölkerung wird modellmäßig entsprechend der jeweiligen von Alter und Staatsangehörigkeit abhängigen Quotenstruktur in die Haushalte unterschiedlicher Größe aufgeteilt.

### Einfaches Berechnungsverfahren

In einem ersten Rechenschritt wird zunächst die demographische Basis der Fragestellung angepaßt. Die Bevölkerung in üblicher Abgrenzung<sup>7)</sup> ist für eine Haushalts-Modellrechnung einerseits zu weit, da ein Teil (etwa 1 %) der Gesamtbevölkerung in Alten- oder Pflegeheimen oder anderen Einrichtungen und nicht in Privathaushalten lebt. Andererseits ist diese Abgrenzung zu eng, da sie den Personen, die mehreren Haushalten gleichzeitig zugehören — z. B. Studenten, die neben dem elterlichen Haushalt noch einem weiteren zuzurechnen sind — nicht entsprechend Rechnung trägt. Ergebnis der Anpassung ist die „Bevölkerung in Privathaushalten“<sup>8)</sup>.

Hierauf ist das Haushaltsmitglieder-Quotengerüst zur Ermittlung der Zahl von Haushalten anzulegen. Bei den Deutschen im Alter von 20 — 24 Jahren ergibt sich dabei z. B. — wie aus den Grafiken zu entnehmen ist — nahezu eine Gleichverteilung; auf 100 Personen hätte man dann praktisch je 20 in Ein-, Zwei-, Drei-, Vier-Personen-Haushalten sowie in Haushalten mit fünf oder mehr Personen. Genau ergibt sich die Anzahl von Haushalten — indem die Zahl von Personen jeweils durch die Haushaltsgröße dividiert wird — hier wie folgt (auf 100 Personen bezogen):

$$\begin{aligned}\frac{16,1 \text{ (Pers. i. Ein-Pers.-Haush.)}}{1 \text{ (Personenzahl i. Haush.)}} &= 16,1 \text{ Ein-Pers.-Haush.} \\ \frac{20,7 \text{ (Pers. i. Zwei-Pers.-Haush.)}}{2 \text{ (Personenzahl i. Haush.)}} &= 10,4 \text{ Zwei-Pers.-Haush.} \\ \frac{24,1 \text{ (Pers. i. Drei-Pers.-Haush.)}}{3 \text{ (Personenzahl i. Haush.)}} &= 8,0 \text{ Drei-Pers.-Haush.} \\ \frac{21,1 \text{ (Pers. i. Vier-Pers.-Haush.)}}{4 \text{ (Personenzahl i. Haush.)}} &= 5,3 \text{ Vier-Pers.-Haush.} \\ \frac{18,0 \text{ (Pers. i. Haush. mit 5 oder mehr Mitgl.)}}{5,7 \text{ (durchschnittl. Personenzahl i. Haush.)}} &= 3,2 \text{ Haush. mit 5 oder mehr Mitgl.}\end{aligned}$$

Die sich ergebende Summe von 43 Haushalten je 100 Deutsche im Alter von 20 — 24 Jahren hat insoweit keinen realen Hintergrund, als Mitglieder von Haushalten sich typischerweise gerade aus verschiedenen Altersgruppen (z. B. Eltern/Kinder) rekrutieren; sie zeigt aber im Rahmen des verwandten Ansatzes den rechnerischen Effekt auf die Haushaltszahl — hier 43 Haushalte je 100 Personen, so daß sich je Person ein „Haushaltsfaktor“ von 0,43 ergibt.

Erst im Zuge der Berechnung über alle Altersgruppen läßt sich ein realistisches Bild zeichnen, wie die Gesamtbevölkerung sich zu Haushalten je nach Größe altersstrukturell aufteilt.

### Annahmen zur künftigen Entwicklung der Haushaltsmitgliederquoten

Zur Berücksichtigung der Verhaltenskomponente wurden zwei Varianten gerechnet, eine Konstanz- und eine Trend-Variante:

Bei der Konstanz-Variante wird von einem künftig unveränderten Quotengerüst gemäß Mikrozensus 1982 ausgegangen; Veränderungen in der Zahl von Haushalten sind danach lediglich auf Veränderungen der Bevölkerung (Anzahl und/oder Altersstruktur) zurückzuführen. Bei der Trend-Variante werden dagegen sich aus der Vergangenheit ergebende Entwicklungstrends aufgenommen.

7) Bei allgemeinen Zählungen (z. B. Volkszählungen) und der darauf aufbauenden Bevölkerungsfortschreibung wird jede Person gezählt — also auch z. B. die in Altersheimen. Alle Personen werden jedoch auch bei Vorliegen mehrerer Wohnungen nur genau einmal gezählt — i. d. R. am Ort des überwiegenden Aufenthalts. Dieser Abgrenzung folgt auch die „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“ im Grundsatz.

8) Für die Bevölkerung insgesamt führt dies nach dem Mikrozensus 1982 gegenüber der üblichen Abgrenzung einerseits zu einer Reduktion um 1,0 % und andererseits zu einer Anhebung um 0,9 % zur Berücksichtigung von mehrfacher Haushaltsmitgliedschaft. Der Nettoeffekt entspricht also einer Reduktion um 0,1 %, wobei die Richtung der Anpassung je nach Altersgruppen unterschiedlich ausfällt: Höchste Anhebung + 4,8 % bei den 20- — 24jährigen, stärkste Reduktion bei den 75- und Mehrjährigen mit — 4,9 %. Die Anpassungsfaktoren werden im Modellrechnungszeitraum unverändert eingesetzt.

Einen Eindruck, wie sich die Haushaltsstrukturen in der Vergangenheit entwickelt haben, vermittelt die Gegenüberstellung der Mikrozensusergebnisse aus den Jahren 1977 und 1982. Wegen der bestehenden Unterschiede ist eine nach deutschem und ausländischem Bevölkerungsteil differenzierte Darstellung angebracht.

Die folgenden Überlegungen gelten überwiegend dem deutschen Bevölkerungsteil, der mit derzeit rd. 92 % an der Gesamtbevölkerung maßgeblich auch die Entwicklung der Haushaltsstrukturen prägen wird und geprägt hat.

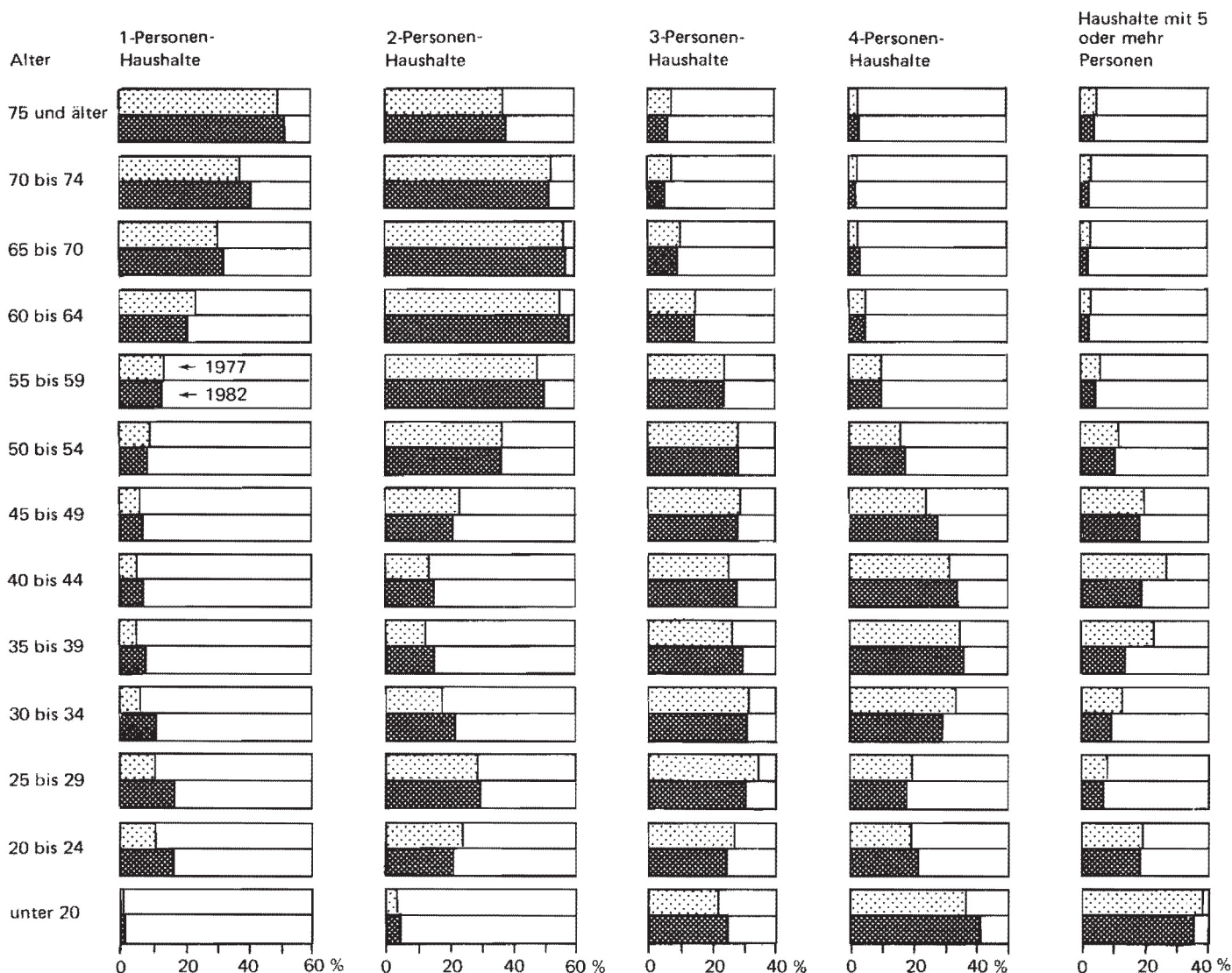
Der Vergleich 1982/1977 zeigt, daß sich bei einigen Altersgruppen zwischenzeitlich starke Quotenverschiebungen zugunsten kleinerer Haushaltsgrößen vollzogen haben, bei anderen dagegen nicht. Diese Entwicklung ist plausibel, wenn davon ausgegangen wird, daß Haushalte sich überwiegend aus Familien konstituieren. Der zwischen Mitte der 60er Jahre und Mitte der 70er Jahre zu verzeichnende drastische Geburtenrückgang hat nämlich dazu geführt, daß derzeit eher kleine wie aber auch noch große Familien gleichzeitig zu verzeichnen sind.

Die Generation der Eltern, die Mitte der 60er Jahre viele Kinder bekam, ist derzeit etwa 40 – 50 Jahre alt. Personen dieser Altersgruppe gehören daher heute noch vergleichsweise häufig zu größeren Familien, 18 % von ihnen leben in Haushalten mit fünf oder mehr Personen. Deutlich geringer ist dieser Anteil bei den jüngeren Personen (35- bis 39jährige: 13 %, 30- bis 34jährige: 9 %). Hierunter befinden sich die Eltern von Kindern, die vornehmlich in den 70er Jahren – als die Geburtenzahl

## Haushaltsgrößenstruktur unter dem Einfluß der Geburtenentwicklung

### Haushaltsmitgliederquoten für die deutsche Bevölkerung 1977 und 1982

Ergebnisse des Mikrozensus





ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte – geboren wurden. Da in diesen Altersgruppen merklich Haushaltszuwächse durch weitere Kinder nicht mehr zu erwarten sind, erscheint eine künftige Verkleinerung der Haushalte in den Anschlußaltersgruppen bereits angezeigt. Noch nicht vollständig erreicht hat der Geburtenrückgang z. B. auch das Mitgliederquotengefüge bei den unter 20jährigen. Die Ältesten dieser Gruppe gehören zu den geburtenstarken Jahrgängen aus den 60er Jahren; auch hierfür ist daher noch ein merklicher Abbau des Anteils von großen Familien in Rechnung zu stellen.

**Trend-Variante:**  
weitere Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße

Im Anschluß an diese Überlegungen wird im Rahmen der Trend-Variante angenommen, daß der Trend zu kleineren Haushaltsgrößen bei der deutschen Bevölkerung auch künftig noch grundsätzlich anhält – allerdings mit altersgruppenspezifisch unterschiedlich starken „Nachholeffekten“. Danach werden die Mitgliederquoten bei den Altersgruppen, die sich in der Vergangenheit bereits stark zugunsten kleinerer Haushalte verschoben haben, künftig nur noch wenig in diese Richtung modifiziert; die größten Quotenveränderungen werden dagegen bei den Altersgruppen angenommen, die derzeit noch überwiegend – sei es als Elternteil oder Kind – in den vergleichsweise großen Familien leben, die in den 60er Jahren gegründet wurden.

Für den Zeitraum 2000 – 2010 werden für die Deutschen unveränderte Mitgliederquoten eingesetzt, zumal der beschriebene – mit dem Geburtenrückgang von Mitte der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre verbundene – Trend zur Familienverkleinerung vorher abgeschlossen sein dürfte.

Für den ausländischen Bevölkerungsteil ist die Untersuchung der Entwicklung von Haushalts- und Familienstrukturen für die Vergangenheit bereits problematisch. Sie ist durch Sondereinflüsse, wie z. B. Perioden besonders starken „Familiennachzugs“, überlagert.

Im Rahmen der Konstanz-Variante wurde wiederum von einer künftig unveränderten Mitgliederquotenstruktur ausgegangen. Für die Trend-Variante wurde – vor dem Hintergrund der sich in den letzten Jahren verlängernden Aufenthaltsdauer im Gastland und der mittlerweile nahe an den Wert der Deutschen abgesunkenen Geburtenhäufigkeiten – von einer allmählichen Anpassung auch der Haushaltsstrukturen ausgegangen.

**Tabellenteil: 1 und 2**

Die in den Modellrechnungen angenommene Entwicklung der Mitgliederquoten ist im einzelnen in den Tabellen auf Seite 250 f. nachgewiesen.

## Ergebnisse der Modellrechnungen

### Haushalte insgesamt

**Kurzfristig Zuwachs, langfristig Rückgang der Haushaltszahl bei deutlichen Unterschieden zwischen den Varianten**

Bis Ende der 80er Jahre dürfte die Zahl der Haushalte in Nordrhein-Westfalen – ausgehend von 7,01 Millionen zum Basisstichtag 1. 1. 1984 – durch Zuwächse gekennzeichnet sein. Allein die demographische Entwicklung läßt – dies ergibt sich aus der Konstanz-Variante – bereits eine leichte Zunahme bis 1990 erwarten.

Nach der Trend-Variante fällt dieser Zuwachs mit 4 % erheblich deutlicher aus. Auch in den 90er Jahren ist die Entwicklung nach der Trend-Variante weiterhin leicht aufwärts gerichtet (+ 0,3 %). Bei konstanten Quoten würde dagegen bereits nach 1990 ein merklicher Rückgang der Haushaltszahlen einsetzen (bis 2000: – 2,6 %).

Nach dem Jahr 2000 ist nach beiden Varianten von einer Schrumpfung der Zahl von Haushalten auszugehen (bis 2010: jeweils knapp – 5 %). Während jedoch nach der Trend-Variante bis 2010 der Ausgangsbestand 1984 kaum unterschritten wird (– 0,6 %), liegt er nach der Konstanz-Variante erheblich (– 7 %) unter dem heutigen Niveau.

Verglichen mit dem für den Gesamtzeitraum prognostizierten Bevölkerungsrückgang von 12 %, bewegt sich aber die Haushaltsentwicklung auch nach der Konstanz-Variante mit – 7 % deutlich oberhalb. Dies ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß der Altersaufbau, gekennzeichnet durch die mit den derzeit rd. 20jährigen stark besetzten Geburtsjahrgänge aus den 60er Jahren, sich künftig in vermehrten Haushaltsgründungen niederschlägt und sich die durchschnittliche Haushalts-

Entwicklung der Bevölkerung und Privathaushalte bis 2010				
Merkmal	Jahr (jeweils Jahresanfang)			
	1984	1990	2000	2010
	Anzahl	Meßziffer 1984 = 100		
Gesamtbevölkerung				
Bevölkerung in Privathaushalten <sup>1)</sup>	16 826 900	97,4	94,2	88,0
Privathaushalte				
Trend-Variante <sup>2)</sup>	7 013 500 <sup>4)</sup>	104,0	104,3	99,4
Konstanz-Variante <sup>3)</sup>	7 013 500 <sup>4)</sup>	100,1	97,5	93,0
Deutsche				
Bevölkerung in Privathaushalten <sup>1)</sup>	15 447 600	98,0	93,5	85,9
Privathaushalte				
Trend-Variante <sup>2)</sup>	6 567 000 <sup>4)</sup>	104,1	102,9	96,5
Konstanz-Variante <sup>3)</sup>	6 567 000 <sup>4)</sup>	100,6	96,8	91,1
Mitglieder je Haushalt				
Gesamtbevölkerung				
Durchschnittliche Haushaltsgröße				
Trend-Variante <sup>2)</sup>	2,4 <sup>4)</sup>	2,2	2,2	2,1
Konstanz-Variante <sup>3)</sup>	2,4 <sup>4)</sup>	2,3	2,3	2,3
Deutsche				
Durchschnittliche Haushaltsgröße				
Trend-Variante <sup>2)</sup>	2,4 <sup>4)</sup>	2,2	2,1	2,1
Konstanz-Variante <sup>3)</sup>	2,4 <sup>4)</sup>	2,3	2,3	2,2

1) Ergebnisse der „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“ — Umrechnung auf „Personen in Privathaushalten“: — 2) Annahme: fortgesetzter Trend zu kleineren Haushalten — 3) Annahme: unveränderte Haushaltsmitgliederquoten aus dem Mikrozensus 1982 — 4) Basiswerte für die Privathaushalte unter Verwendung der Mitgliederquoten aus dem Mikrozensus 1982 berechnet

größe auch bei konstanten Mitgliederquoten durch Altersstruktureffekte weiter verringert. Im Rahmen der Trend-Variante werden diese Effekte durch die angenommenen Quotenveränderungen noch verstärkt; die Haushalte verkleinern sich demgemäß entsprechend stärker.

Für den deutschen Bevölkerungsanteil sind gegenüber der skizzierten Gesamtbevölkerung nur leichte Modifikationen zu verzeichnen. Beide Varianten liegen im Entwicklungspfad langfristig etwas niedriger; auch in der Trend-Variante wird bereits in den 90er Jahren eine Abnahme der Haushaltszahlen errechnet, und das Ergebnis für 2010 liegt merklich unter der Basiszahl.

Ergebnisse für den ausländischen Bevölkerungsteil sind mit besonderen Fehlerisiken behaftet und seien hier nur am Rande skizziert<sup>9)</sup>.

### Künftige Haushaltsgrößenstruktur

Überdurchschnittlich dürfte die Entwicklung bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten ausfallen. Auch nach der insgesamt niedrigeren Konstanz-Variante sind hierfür bis 1990 mit jeweils rd. + 4 % zunächst noch Zuwächse zu erwarten. Nach der Trend-Variante würden die Zuwächse bis 1990 mit 14 % für Ein-Personen-Haushalte und 8 % für Zwei-Personen-Haushalte noch deutlicher ausfallen.

Auch im Folgezeitraum liegt der Entwicklungspfad bei den kleinen Haushalten deutlich oberhalb der Gesamtentwicklung. Nach der Konstanz-Variante stehen einer Abnahme der Haushaltszahl insgesamt um 7 % bis 2010 bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten nur wenig veränderte Zahlen, verglichen mit 1984, gegen-

9) Unter den getroffenen Annahmen ergeben sich mittel- und längerfristig deutliche Zuwächse für die Zahl der Privathaushalte von Ausländern, die je nach Variante bei 20 % oder darüber liegen.

**Entwicklungspfad für die Haushalte auch künftig positiver als für die Bevölkerung**



Entwicklung der privaten Haushalte nach ihrer Größe				
Haushalte mit ... Personen	Jahr (jeweils Jahresanfang)			
	1984	1990	2000	2010
	Anzahl	Meßziffer 1984 = 100		
Gesamtbevölkerung				
Trend-Variante <sup>1)</sup>				
1	2 215 400	114,2	120,6	118,1
2	2 060 000	108,2	111,8	108,3
3	1 257 800	100,5	95,4	87,9
4	989 300	96,2	90,8	80,9
5 und mehr	490 900	65,6	50,0	44,1
Zusammen	7 013 500	104,0	104,3	99,4
Konstanz-Variante <sup>2)</sup>				
1	2 215 400	104,0	102,9	102,5
2	2 060 000	103,7	101,9	98,4
3	1 257 800	97,4	91,7	83,0
4	989 300	92,5	89,6	79,5
5 und mehr	490 900	90,0	85,7	80,0
Zusammen	7 013 500	100,1	97,5	93,0
Deutsche				
Trend-Variante <sup>1)</sup>				
1	2 115 700	113,8	117,9	114,1
2	1 969 000	107,9	109,8	104,9
3	1 174 200	99,8	92,9	83,8
4	897 100	96,1	89,5	77,6
5 und mehr	411 000	66,4	49,8	43,5
Zusammen	6 567 000	104,1	102,9	96,5
Konstanz-Variante <sup>2)</sup>				
1	2 115 700	104,3	102,0	100,7
2	1 969 000	103,9	100,9	96,4
3	1 174 200	97,8	90,8	80,9
4	897 100	92,8	88,9	77,0
5 und mehr	411 000	90,2	84,3	76,1
Zusammen	6 567 000	100,6	96,8	91,1

1) Annahme: fortgesetzter Trend zu kleineren Haushalten — 2) Annahme: unveränderte Haushaltsmitgliederquoten aus dem Mikrozensus 1982

über. Nach der Trend-Variante würde sich der Zuwachs, der sich bis Ende der 80er Jahre auf 14 % (Ein-Personen-Haushalte) bzw. 8 % (Zwei-Personen-Haushalte) beläuft, auch bis ins Jahr 2010 erhalten; gegenüber der Basiszahl wäre er bei den Ein-Personen-Haushalten mit 18 % sogar noch etwas angewachsen.

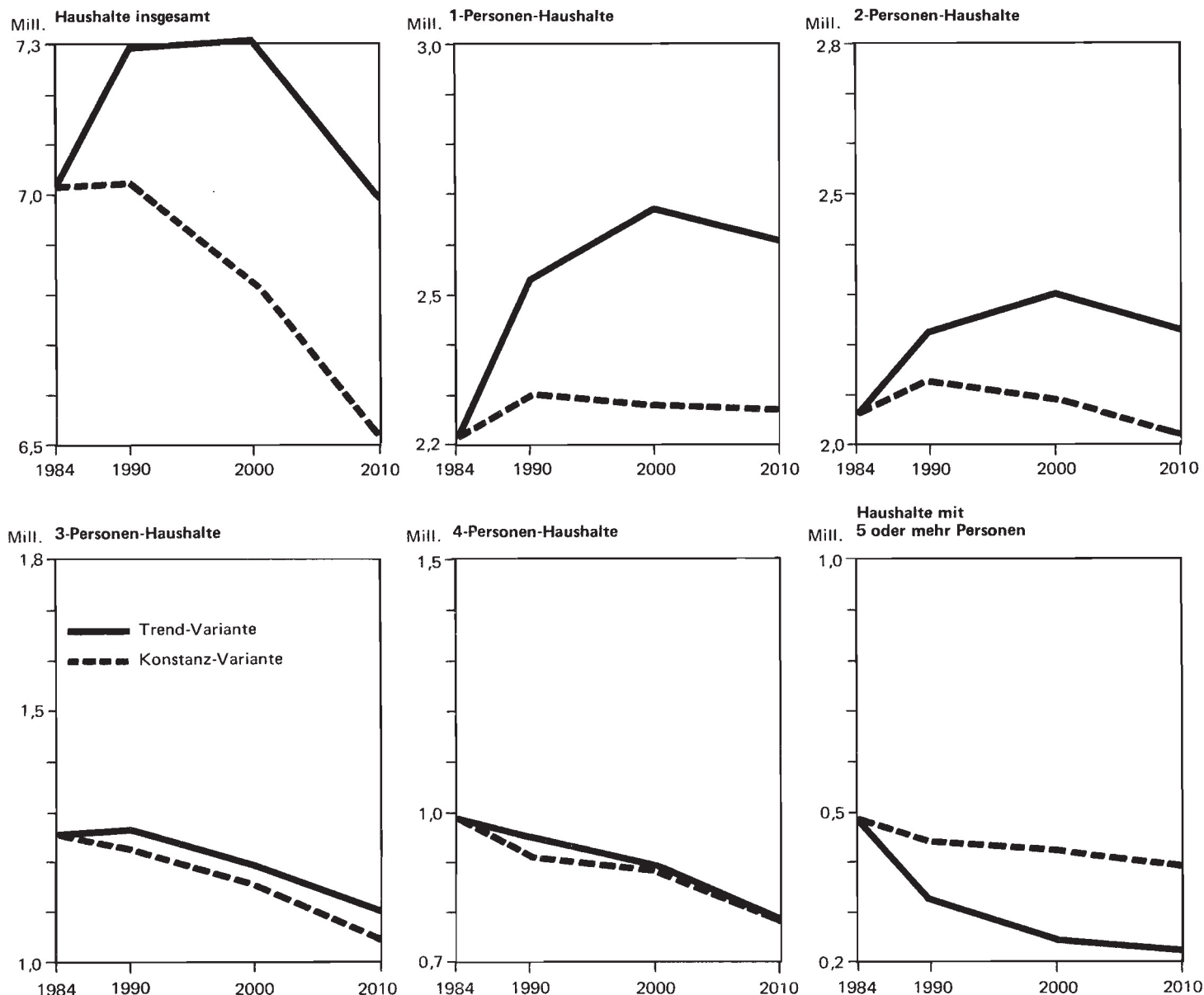
#### Überdurchschnittliche Entwicklung bei kleinen Haushalten

Die überdurchschnittliche Entwicklung bei den Ein-Personen-Haushalten geht zunächst vornehmlich auf Zuwächse in den jüngeren Altersgruppen zurück, da die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren — derzeit um die 20 Jahre alt — zunehmend eigene Haushalte gründen. Langfristig dürfte hierfür jedoch die Zunahme bei den älteren Menschen von besonderer quantitativer Bedeutung sein.

Abwärts gerichtet ist demgegenüber die Entwicklung bei den größeren Haushalten. Wie die Konstanz-Variante ausweist, ist unter der Annahme unveränderter Mitgliederquoten bei den Drei-Personen- und Vier-Personen-Haushalten sowie bei Haushalten mit fünf oder mehr Personen bis zum Jahr 2010 ein nachhaltiger Rückgang von je rd. 20 % zu erwarten, der weit über den prognostizierten Bevölkerungsrückgang von 12 % hinausgeht.

Im Rahmen der Trend-Variante wird diese Entwicklung bei den Haushalten mit fünf oder mehr Personen noch verstärkt. Bei den Drei-Personen-Haushalten ergibt sich gegenüber der Konstanz-Variante umgekehrt ein abgeschwächter Rückgang. Bei den Vier-Personen-Haushalten sind die Unterschiede zwischen den Varianten weniger ausgeprägt.

## Künftige Entwicklung der Zahl der privaten Haushalte nach ihrer Größe



### Fehlerrisiken der Modellrechnung

Modellrechnungen enthalten grundsätzlich bedingte Aussagen; ihre Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der getroffenen Annahmen zu interpretieren. Im Rahmen der vorliegenden Dokumentation zur künftigen Entwicklung der Zahl von privaten Haushalten sind Fehlerrisiken sowohl bei der demographischen Komponente – dies betrifft in besonderem Maße den ausländischen Bevölkerungsteil<sup>10)</sup> – als auch bei der Mitgliederquotenstruktur-Schätzung in Rechnung zu stellen.

Wie stark die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Mitgliederquoten auf die Modellrechnung durchschlagen, macht der Vergleich der Varianten deutlich. Während bei unveränderten Basisquoten (Konstanz-Variante) die Zahl der Haushalte sich insgesamt nur noch bis 1990 etwa auf dem Ausgangsniveau von 7,0 Millionen bewegen wird, bei deutlichem Rückgang in der Folgezeit, kommt es bei angenom-

10) Vgl. hierzu: A. Müller: „Einschätzung von Fehlerrisiken demographischer Prognosen“, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1982, Seite 499 ff.. Fehleinschätzungen bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung spielen für die künftige Zahl der privaten Haushalte eine untergeordnete Rolle: die Sterblichkeit ist vergleichsweise stabil, und die künftige Geburtenzahl hat für die nächsten 15 bis 20 Jahre zwar für die Größe, weniger aber für die Anzahl von Haushalten Bedeutung. Risiken im Bereich der künftigen Wanderung schlagen sich dagegen in Haushaltsmodellrechnungen voll nieder – schwer antizipierbar ist hier vornehmlich die Wanderung von Ausländern.



mener Fortsetzung der Tendenz zu kleineren Haushaltsgrößen in der Trend-Variante bis 1990 zu deutlichen Zuwächsen. Auch von 1990 bis 2000 sind nach der Trend-Variante noch leichte Zuwächse zu verzeichnen, denen sich erst im folgenden Jahrzehnt bis 2010 ein Rückgang anschließt, der praktisch wieder auf das Basisniveau zurückführt.

Da die Haushaltsstruktur derzeit noch durch vergleichsweise große Haushalte mit Kindern der geburtenstarken Jahrgänge aus der Mitte der 60er Jahre geprägt ist, erscheint für die kommenden Jahre eine unveränderte Mitgliederquotenstruktur weniger wahrscheinlich als eine weitere Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgrößen. Insofern markieren die Ergebnisse der Konstanz-Variante eher eine Untergrenze für den Entwicklungspfad, die mehr oder weniger überschritten werden dürfte. Die Trend-Variante erscheint demgegenüber realistischer.

### Schlußbemerkungen

Das Gebiet der Haushaltsmodellrechnungen befindet sich methodisch erst am Anfang der Entwicklung; auch die skizzierten Modellrechnungen sind punktuell als verbesserungsfähig anzusehen. Die Datenlage ist derzeit als besonders lückenhaft zu kennzeichnen; nicht nur ist die letzte Volkszählung (1970) wenig aktuell, auch bei den für die vorliegende Fragestellung unentbehrlichen Mikrozensus-Daten muß auf das Jahr 1982 zurückgegriffen werden.

Im Sommer 1986 werden die Ergebnisse des Mikrozensus 1985 voraussichtlich zur Verfügung stehen; hiermit könnte eine erste Überprüfung der vorliegenden Berechnungen vorgenommen werden.

Auch in methodischer Hinsicht bieten sich Entwicklungsmöglichkeiten, die bei künftiger Aktualisierung Berücksichtigung finden sollten<sup>11)</sup>.

Dipl.-Volksw., Dipl.-Kfm. Hermann Marré

## Bauabgänge 1981-1984

Das Zweite Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und Fortschreibung des Wohnungsbestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118) sieht u. a. die statistische Erfassung der Gebäude und Gebäudeteile vor, deren Nutzung geändert wird oder die durch bauaufsichtliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch der Nutzung entzogen werden. So werden gemäß § 2 2. BauStatG städtebauliche Kriterien sowie gebäude- und wohnungsspezifische Merkmale ähnlich wie bei den Statistiken der Baugenehmigungen oder Baufertigstellungen erfaßt. Aus den Ergebnissen der Statistiken der Baufertigstellungen und Bauabgänge wird zum 31. 12. eines jeden Jahres auch der fortgeschriebene Gebäude- und Wohnungsbestand errechnet. Bauabgänge bedürfen ebenso wie die Errichtung oder Veränderung von Gebäuden der Genehmigung der Bauaufsichtsbehörden (Bauordnung NW vom 26. Juni 1984).

Der Bauabgang von Gebäuden oder Gebäudeteilen kann bei der Ausführung von städtebaulichen Entwicklungsplänen, der Sanierung von Stadtteilen, den Investitionsvorhaben der Unternehmen oder im Rahmen des privaten Wohnungsbaus anfallen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Struktur der vom Bauabgang betroffenen Gebäude und das sie umgebende Umfeld näher zu betrachten.

Bei der Bildung einer Abgangsquote für Wohngebäude und Wohnungen kann entweder von der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes auf der Basis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung von 1968, die jedoch nur Wohngebäude

11) Die weitere Aufgliederung der Altersgruppe der unter 20jährigen in hinsichtlich der Mitgliederquoten homogenere Untergruppen erscheint angebracht — ebenso ggf. eine Differenzierung der Berechnungen nach Männern und Frauen.

und Nichtwohngebäude mit Wohnungen erfaßte, ausgegangen werden, oder man muß sich auf die Zahl der jährlich fertiggestellten Häuser und Wohnungen beziehen. Da wesentlich mehr Baufertigstellungen als Bauabgänge gemeldet werden und damit der am Jahresende festgestellte Bestand an Gebäuden und Wohnungen jährlich anwächst, sinkt die Abgangsquote der Wohngebäude und Wohnungen, bezogen auf den fortgeschriebenen Bestand, tendenziell im Zeitablauf. In den letzten Jahren lag in Nordrhein-Westfalen diese Quote sowohl bei den Wohngebäuden als auch bei den Wohnungen jeweils bei rd. einem Promille.

Die globale Ermittlung der genannten Abgangsquoten läßt keine Rückschlüsse auf Strukturveränderungen im Gebäude- und Wohnungsbestand zu. Solche Veränderungen ergeben sich nur durch einen Vergleich der Bestände über einen längeren Zeitraum hinweg, da auch einzelne Jahresergebnisse der Baufertigstellungsstatistik kaum die vorhandenen Strukturen beeinflussen. Strukturveränderungen werden deshalb erst durch die kommende Gebäude- und Wohnungszählung sichtbar. Die kurzfristigen Ergebnisse der Baufertigstellungs- bzw. Bauabgangsstatistik können bestenfalls regionale bzw. lokale Veränderungen in eng begrenzten Räumen aufzeigen. Da die vorhandene Bausubstanz im allgemeinen erhalten wird, ist die Zahl der jährlich gemeldeten Bauabgänge gering. Daher werden die Ergebnisse der Jahre 1981 bis 1984 zusammengefaßt und überwiegend für das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt betrachtet.

<b>Fertiggestellte Wohngebäude und Bauabgänge von Wohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart, Bauherren bzw. Eigentümern</b>						
Gebäudeart Bauherr/Eigentümer	Fertiggestellte Wohngebäude			Bauabgänge von Wohngebäuden		
	Gebäude	Wohnungen	Wohnfläche	Gebäude	Wohnungen	Wohnfläche
	Anzahl		1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl		1 000 m <sup>2</sup>
Wohngebäude mit ...						
1 Wohnung(en)	90 962	90 962	11 427,8	3 715	3 715	401,7
2	35 051	70 102	6 432,7	1 927	3 854	297,0
3 und mehr	20 735	170 220	12 490,4	2 463	12 293	717,6
Wohnheime	311	7 334	319,6	83	319	35,0
<b>Wohngebäude insgesamt</b>	<b>147 059</b>	<b>338 618</b>	<b>30 670,5</b>	<b>8 188</b>	<b>20 181</b>	<b>1 451,3</b>
davon waren Bauherr/Eigentümer						
öffentliche Bauherren	290	1 480	102,3	2 258	6 739	443,6
Unternehmen	46 948	143 629	12 027,4	3 280	8 642	621,9
davon						
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	8 211	32 738	2 567,6	677	2 391	139,9
sonstige Wohnungsunternehmen	31 707	88 735	7 521,6	770	2 045	146,2
Immobilienfonds	1 264	5 145	393,5	72	224	17,4
sonstige Unternehmen	5 766	17 011	1 544,7	1 761	3 982	318,4
private Haushalte	99 200	187 983	18 211,2	2 498	4 476	353,2
Organisationen ohne Erwerbszwecke	621	5 526	329,6	152	324	32,3

Die in den Jahren 1981 bis 1984 gemeldeten 8 188 Bauabgänge ganzer Gebäude mit 20 181 Wohnungen und 1,451 Mill. m<sup>2</sup> Wohnfläche gliedern sich in 3 715 Einfamilienhäuser (45,4 %), 1 927 Zweifamilienhäuser (23,5 %), 2 463 Mehrfamilienhäuser (30,1 %) mit 12 293 Wohnungen (60,9 %) sowie 83 Wohnheime (1,0 %). Die durchschnittliche Wohnfläche der abgegangenen Einfamilienhäuser betrug 108 m<sup>2</sup>, die der Zweifamilienhäuser 77 m<sup>2</sup> je Wohnung. Die abgegangenen Mehrfamilienhäuser hatten im Durchschnitt fünf Wohnungen; in diesen Gebäuden war eine Wohnfläche von 718 000 m<sup>2</sup> vorhanden, so daß umgerechnet eine Wohnung 58 m<sup>2</sup> im Durchschnitt umfaßte.

#### 20 181 Wohnungsabgänge in 5 Jahren

In dem gleichen Zeitraum (1981 – 1984) wurden 147 059 Gebäude fertiggestellt; daran waren Einfamilienhäuser mit 61,9 %, Zweifamilienhäuser mit 23,8 % und Mehrfamilienhäuser mit 14,1 % beteiligt. Es sind also relativ mehr Einfamilienhäuser fertiggestellt worden als abgegangen sind. Anders bei den Mehrfamilienhäusern (3 und mehr Wohnungen): sie waren an den Abgängen mit 30,1 % und an den fertiggestellten Gebäuden mit 14,1 % beteiligt.

Ein Vergleich der „Bauabgänge“ mit den „fertiggestellten Wohngebäuden“ zeigt, daß die fertiggestellten Wohnungen im Durchschnitt größer sind als die abgegangenen. So betrug die durchschnittliche Wohnfläche der abgegangenen Einfamilienhäuser 108 m<sup>2</sup>, die der fertiggestellten Einfamilienhäuser 126 m<sup>2</sup>. Ähnlich ist das Bild bei den Wohnungen, deren Durchschnittsgröße bei den abgegangenen Mehrfamilienhäusern bei



58 m<sup>2</sup>, bei den fertiggestellten dagegen bei 73 m<sup>2</sup> lag; bei den Zweifamilienhäusern betrug das Verhältnis 77 m<sup>2</sup> (Abgänge) zu 92 m<sup>2</sup> (Zugänge).

Die Abgangsquote der Bauabgänge 1981 – 1984 gemessen an den Fertigstellungen betrug insgesamt 5,6 % bei den Wohngebäuden, 6,0 % bei den Wohnungen und 4,7 % bei der Wohnfläche.

Interessiert bei den Baufertigstellungen die Beantwortung der Frage: „Wer investiert in den Wohnungsbau?“, so ergibt sich beim Bauabgang die Frage: „In wessen Namen wird Gebäudesubstanz vernichtet oder anderweitig genutzt?“. Ein gutes Viertel aller als Bauabgang gemeldeten Wohngebäude mit einem Drittel aller Wohnungen befand sich im Eigentum der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände). Viele Gebäude gehen vor dem Abriß in das Eigentum der öffentlichen Hand über, damit die für die Gemeinschaft notwendigen Projekte besser durchgeführt werden können. Dagegen baut die öffentliche Hand nur wenig neue Wohngebäude.

#### Unternehmen größte Eigentümergruppe

Unternehmen waren die größte Eigentümergruppe der Gebäude (40,1 %) und Wohnungen (42,8 %), welche im Beobachtungszeitraum abgerissen oder ihrer ursprünglichen Nutzung entzogen wurden. Andererseits waren sie bei fast einem Drittel der gesamten fertiggestellten Wohngebäude als Bauherren genannt. Die privaten Haushalte – mit Abstand größte Bauherrngruppe (zwei Drittel der fertiggestellten Wohngebäude mit 55,5 % der Wohnungen) – waren nur bei knapp einem Drittel der durch Bauabgang verlorengegangenen Wohngebäude und bei 22,2 % der Wohnungen als Eigentümer ausgewiesen. Die Organisationen ohne Erwerbszweck blieben mit ihrer Bautätigkeit sowohl in der Statistik der Bauabgänge als auch in der Statistik der Baufertigstellungen ohne größere quantitative Bedeutung.

Bauabgänge von Wohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart, Lage der Gebäude und Abgangsursache									
Gebäudeart Lage der Gebäude	Bauabgänge von Wohngebäuden								
	insgesamt	davon war die Abgangsursache							
		Schaffung öffentlicher Verkehrsflächen	Schaffung von Freiflächen	Errichtung eines neuen Wohngebäudes	Errichtung eines neuen Nichtwohngebäudes	bauordnungsrechtliche Unzulässigkeit	außergewöhnliches Ereignis	Nutzungsänderung	sonstiger Grund
Wohngebäude mit ...									
1	3 715	395	644	1 769	210	71	106	197	323
2	1 927	249	331	854	155	32	31	88	187
3 und mehr	2 463	388	331	1 059	184	80	66	81	274
Wohnheime	83	7	32	20	12	1	3	2	6
<b>Wohngebäude insgesamt</b>	<b>8 188</b>	<b>1 039</b>	<b>1 338</b>	<b>3 702</b>	<b>561</b>	<b>184</b>	<b>206</b>	<b>368</b>	<b>790</b>
davon entfielen auf									
Wohngebiete	3 964	464	438	2 279	138	76	105	115	349
Dorfgebiete	961	90	297	337	32	19	44	61	81
Mischgebiete	2 547	416	354	1 003	266	55	45	160	248
Gewerbegebiete	565	50	199	61	108	31	8	23	85
Sondergebiete	151	19	50	22	17	3	4	9	27
auf förmlich festgelegte Sanierungsgebiete entfielen	1 112	212	236	403	116	15	5	19	106

Als Abgangsursachen unterscheidet man im einzelnen die Errichtung neuer Wohnhäuser, den Bau neuer Gebäude für gewerbliche Zwecke, die Schaffung von Verkehrs- oder Freiflächen, Nutzungsänderungen, bauordnungsrechtliche Unzulässigkeiten oder außergewöhnliche Ereignisse sowie sonstige Gründe. Häufigste Abgangsursache war die Errichtung eines neuen Gebäudes. So waren in 3 702 Fällen (45,2 %) die Errichtung eines neuen Wohngebäudes und in 561 weiteren Fällen der Neubau eines Nichtwohngebäudes vorgesehen. Dies bedeutet, daß die Vernichtung von Wohnraum zu einem großen Teil durch entsprechende Neubauvorhaben ausgeglichen werden soll. Die 3 702 für die Errichtung eines neuen Wohngebäudes abgerissenen Häuser teilten sich in 47,8 % Einfamilienhäuser, 23,1 % Zweifamilienhäuser und 28,6 % Mehrfamilienhäuser (ohne Wohnheime) auf. Damit entspricht diese Verteilung etwa der Verteilung aller abgegangenen Wohngebäude.

#### Neubau häufigste Abgangsursache

Für die Schaffung von öffentlichen oder privaten Verkehrsflächen, für Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen usw. müssen häufig Wohngebäude abgerissen werden. Insgesamt waren 2 377 Wohngebäude (29,0 %) davon betroffen (darunter

1 039 Einfamilienhäuser). Darunter zählt auch die Entkernung von einzelnen Blockbebauungen, d. h. die Entfernung von alten Wohngebäuden (Mietskasernen), damit die „Hinterhöfe“ größer und wohnlicher gestaltet werden können.

Mit dem Begriff „bauordnungsrechtliche Unzulässigkeit“ sind sowohl technisch konstruktive Mängel als auch die Nutzungsuntersagung zu verstehen. „Außergewöhnliche Ereignisse“ sind Brand, Explosion, Wetterschäden usw. Unter diese beiden Kategorien fielen 390 registrierte Bauabgänge von Wohngebäuden.

Abgangsursache von Wohngebäuden kann auch „vollständige oder überwiegende Änderung des Nutzungszweckes“ sein. Hier bleibt die eigentliche Bausubstanz erhalten, wobei durchaus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden auftreten können. 368 Wohngebäude (darunter 197 Einfamilienhäuser) wurden 1981 bis 1984 ganz oder teilweise anderen Nutzungszwecken zugeführt.

Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Wohngebäuden (790) — besonders Einfamilienhäuser und Gebäude mit drei und mehr Wohnungen — wurde aus „sonstigen Gründen“ der Nutzung für Wohnzwecke entzogen, d. h., daß bei den Bauaufsichtsbehörden eine eindeutige Zuordnung zu den vorher genannten Abgangsursachen nicht möglich war.

Betrachtet man die vom Bauabgang betroffenen Gebäude nach ihrer Lage in den verschiedenen Baugebieten (verkürzte Baugebietsfestsetzung), so standen nahezu die Hälfte aller Häuser (3 964) in einem Wohngebiet. 2 279 (57,5 %) dieser Gebäude sollten durch neue Wohngebäude ersetzt werden, und 22,8 % der Gebäude mußten weichen, damit Verkehrs- und Freiflächen geschaffen werden konnten.

In den Mischgebieten — wo sich fast ein Drittel der verlorengegangenen Wohngebäude befand (2 547) — war der Anteil der Gebäude, welche wegen der Schaffung von Verkehrs- und Freiflächen abgerissen wurden (30,2 %) höher als in den Wohngebieten. Viele Häuser in diesem Baugebiet sollten auch zu einem größeren Teil durch Nichtwohngebäude ersetzt werden. Trotzdem war auch hier die häufigste Abgangsursache immer noch die Errichtung eines neuen Wohngebäudes (1 003 Gebäude; 39,4 %).

Die übrigen registrierten Bauabgänge vollzogen sich in Dorfgebieten (961 Gebäude), in Gewerbegebieten (565 Gebäude) und in Sondergebieten (151 Gebäude).

Aus den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten gemäß Städtebauförderungsgesetz meldeten die nordrhein-westfälischen Bauämter 1 112 (13,6 %) Bauabgänge von Wohngebäuden. Gut drei Viertel dieser Abgänge dienten der Schaffung von Verkehrs- und Freiflächen sowie der Errichtung eines neuen Wohngebäudes. Dabei ist von 1981 bis 1984 ein zahlenmäßiger Rückgang der abgerissenen Wohngebäude und Wohnflächen festzustellen.

Bauabgänge von Wohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart, Lage der Gebäude und Baualter								
Gebäudeart Lage der Gebäude	Bauabgänge von Wohngebäuden							
	insgesamt	davon in den Jahren ... errichteter Gebäude						
		bis 1900	1901 — 1918	1919 — 1948	1949 — 1960	1961 — 1970	1971 — 1980	1981 und später
Wohngebäude mit ... Wohnung(en)								
1	3 715	1 385	916	889	363	108	46	8
2	1 927	644	585	460	184	38	14	2
3 und mehr	2 463	786	890	451	246	77	8	5
Wohnheime	83	12	9	32	18	10	2	—
<b>Wohngebäude insgesamt</b>	<b>8 188</b>	<b>2 827</b>	<b>2 400</b>	<b>1 832</b>	<b>811</b>	<b>233</b>	<b>70</b>	<b>15</b>
davon entfielen auf								
Wohngebiete	3 964	1 191	1 769	928	496	127	42	11
Dorfgebiete	961	401	233	223	63	35	6	—
Mischgebiete	2 547	1 060	760	492	177	37	17	4
Gewerbegebiete	565	131	185	159	55	30	5	—
Sondergebiete	151	44	53	30	20	4	—	—
auf förmlich festgelegte Sanierungsgebiete entfielen	1 112	446	317	196	118	32	1	2



### Ein Drittel der abgerissenen Wohngebäude vor 1900 errichtet

Alte Wohngebäude werden häufig abgerissen, weil ihre Bauweise und Ausstattung nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit genügen. Die Aufgliederung der abgerissenen oder zweckentfremdeten Wohngebäude nach dem Baualter zeigt deshalb auch deutlich, daß von den 8 188 Häusern rd. ein Drittel (2 827) aus dem letzten Jahrhundert stammte, darunter befanden sich 1 385 Einfamilienhäuser. Gut die Hälfte (51,7 %) aller abgegangenen Wohngebäude wurde zwischen 1901 und 1948 gebaut. Von diesen abgegangenen Gebäuden gehörten besonders viele zu den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen (890) der Baualtersklasse 1901 bis 1918. Aber auch jüngere Gebäude waren vom Bauabgang betroffen. Bereits jedes zehnte abgerissene oder zweckentfremdete Wohngebäude stammte aus den Anfangsjahren (1949 bis 1960) der Bundesrepublik Deutschland.

Die 2 827 Wohngebäude, die im letzten Jahrhundert gebaut wurden, standen zu großen Teilen in Wohngebieten (1 191) oder in Mischgebieten (1 060). Dagegen befand sich der weitaus größte Anteil der abgegangenen Wohngebäude der Baualtersklasse 1901 bis 1918 (2 400 Gebäude) in einem Wohngebiet (1 769 Gebäude = 73,7 %). Im gleichen Baugebiet stand auch die Hälfte der Wohngebäude (928), welche zwischen 1919 und 1948 errichtet wurden.

Bei dem Bauabgang von Wohngebäuden läßt sich auch ein Stadt-Land-Gefälle feststellen. Allgemein wurde für die kreisfreien Städte ein verstärkter Abgang von Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen registriert als im Landesdurchschnitt, während in den Kreisen mehr Einfamilienhäuser betroffen waren. So meldeten die Baubehörden der Kreise eine insgesamt höhere Zahl von Wohngebäuden (4 593) als Bauabgang als die zuständigen Ämter in den kreisfreien Städten, obwohl hier die Zahl der betroffenen Wohnungen (11 151) höher war.

Eine Aufteilung der gemeldeten Bauabgänge auf die fünf nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke läßt erkennen, daß in dem mehr städtisch geprägten Regierungs-

### Abgang von Wohngebäuden 1981 – 1984

#### ● nach Eigentümern

Öffentliche Eigentümer  
Unternehmen  
Private Haushalte  
Organisationen  
ohne Erwerbszweck

#### ● nach Abgangsursachen

Schaffung von öffentlichen  
Verkehrsflächen  
Schaffung von Freiflächen  
Errichtung eines neuen  
Wohngebäudes  
Errichtung eines neuen  
Nichtwohngebäudes  
Bauordnungsrechtliche  
Unzulässigkeit  
Außergewöhnliches Ereignis  
Nutzungsänderung  
Sonstige Gründe

#### ● nach Baualter

bis 1900  
1901 bis 1918  
1919 bis 1948  
1949 bis 1960  
1961 und später



Fertiggestellte Wohngebäude und Bauabgänge von Wohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart, Kreisen und Regierungsbezirken												
Verwaltungsbezirk	Fertiggestellte Wohngebäude						Bauabgänge von Wohngebäuden					
	Ge- bäude	darunter mit ... Wohnung(en)				Wohn- ungen ins- gesamt	Ge- bäude	darunter mit ... Wohnung(en)				Wohn- ungen ins- gesamt
		1	2	3 und mehr				1	2	3 und mehr		
				Ge- bäude	Wohn- ungen					Ge- bäude	Wohn- ungen	
Reg.-Bez. Düsseldorf	34 564	20 869	7 074	6 523	57 131	94 664	2 329	893	555	862	4 324	6 374
Reg.-Bez. Köln	40 824	28 017	8 434	4 292	37 345	84 653	1 653	919	352	373	1 765	3 453
Reg.-Bez. Münster	25 394	16 152	5 891	3 308	24 499	53 321	1 633	887	342	391	1 879	3 551
Reg.-Bez. Detmold	18 877	11 736	5 005	2 107	15 681	38 193	760	429	187	136	608	1 425
Reg.-Bez. Arnsberg	27 400	14 188	8 647	4 505	35 564	67 787	1 813	587	491	701	3 717	5 378
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>147 059</b>	<b>90 962</b>	<b>35 051</b>	<b>20 735</b>	<b>170 220</b>	<b>338 618</b>	<b>8 188</b>	<b>3 715</b>	<b>1 927</b>	<b>2 463</b>	<b>12 293</b>	<b>20 181</b>
davon kreisfreie Städte	36 969	19 018	8 165	9 621	88 017	127 992	3 595	1 126	855	1 589	8 184	11 151
Kreise	110 090	71 944	26 886	11 114	113 588	210 626	4 593	2 589	1 072	874	4 109	9 030

bezirk Düsseldorf die meisten Bauabgänge gemeldet wurden, ermittelt sowohl hinsichtlich der Zahl der Gebäude (2 329) als auch der Zahl der Wohnungen (6 374). In dem stark ländlich geprägten Regierungsbezirk Detmold wurden dagegen die wenigsten Bauabgänge gemeldet (760 Gebäude; 1 425 Wohnungen). Bei der Relation Bauabgänge ganzer Gebäude zu Baufertigstellungen (Neubau) – gemessen an der Zahl der Wohnungen – ergab sich für den Regierungsbezirk Detmold mit einer Quote von 3,7 % das niedrigste Ergebnis und für den Regierungsbezirk Arnsberg mit 7,9 % die höchste Quote bei einem Landesdurchschnitt von 6,0 %.

Da keine amtlich festgestellte Zahl über den vollständigen Bestand von Nichtwohngebäuden vorliegt, ist es nicht möglich, eine Abgangsquote für Nichtwohngebäude, bezogen auf den Bestand, zu ermitteln.

In den Jahren 1981 bis 1984 waren insgesamt 6 740 Nichtwohngebäude mit einer Nutzfläche von 5,5 Mill. m<sup>2</sup> vom Bauabgang betroffen, darin befanden sich 2 188 Wohnungen. Im gleichen Zeitraum wurden 23 892 neue Nichtwohngebäude mit einer Nutzfläche von 22,2 Mill. m<sup>2</sup> geschaffen, die auch über 8 208 Wohnungen verfügten. Da die Nichtwohngebäude eine sehr heterogene Struktur aufweisen, ist es sinnvoll, eine Relation Bauabgänge zu Baufertigstellungen über das Merkmal Nutzfläche herzustellen. Die so ermittelte Quote betrug 24,6 % und lag damit wesentlich über der für Wohngebäude adäquat geltenden Wohnflächenquote von nur 4,7 %. Daraus wird deutlich, daß Bauabgänge bei den Nichtwohngebäuden von größerer quantitativer Bedeutung sind.

#### Abgang von Nichtwohngebäuden

Fertiggestellte Nichtwohngebäude und Bauabgänge von Nichtwohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart sowie Bauherren bzw. Eigentümer							
Gebäudeart Bauherr/Eigentümer	Fertiggestellte Nichtwohngebäude			Bauabgänge von Nichtwohngebäuden			Nutzfläche der Bauabgänge je 100 m <sup>2</sup> Nutzfläche der Baufertigstellungen
	Gebäude	Nutzfläche	Wohnungen	Gebäude	Nutzfläche	Wohnungen	
	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	
Anstaltsgebäude	410	1 017,1	589	83	96,2	7	9,5
Büro- und Verwaltungsgebäude	1 904	2 626,5	1 774	501	370,5	196	14,1
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	5 904	2 177,2	149	1 788	503,4	536	23,1
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	13 013	13 546,3	5 127	3 980	4 271,6	1 366	31,5
Sonstige Nichtwohngebäude	2 661	2 865,6	569	388	226,5	83	7,2
<b>Nichtwohngebäude insgesamt</b>	<b>23 892</b>	<b>22 232,5</b>	<b>8 208</b>	<b>6 740</b>	<b>5 468,1</b>	<b>2 188</b>	<b>24,6</b>
darunter ausgewählte Infrastrukturgebäude	4 325	5 089,9	1 702	615	797,6	117	15,7
davon waren Bauherr/Eigentümer							
öffentliche Bauherren	1 857	3 259,6	218	1 230	1 438,9	533	44,1
Unternehmen	18 413	16 621,3	5 816	3 818	3 469,0	1 080	20,9
davon							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	5 789	2 163,4	153	732	203,4	148	9,4
Produzierendes Gewerbe	6 279	7 049,0	823	1 413	1 829,2	254	25,9
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen	6 078	7 046,1	4 755	1 648	1 419,4	673	20,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	267	362,9	85	25	17,1	5	4,7
private Haushalte	2 389	1 169,5	1 523	1 489	413,6	530	35,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	1 233	1 182,0	651	203	146,6	45	12,4



# Überwiegend nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude abgerissen

Die größte Gebäudegruppe, welche durch Abriß oder Nutzungsänderung verloren ging, waren die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude; dazu zählen Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels- und Lagergebäude sowie Hotels und Gaststätten. Das waren insgesamt 3 980 Gebäude mit einer Nutzfläche von 4,3 Mill. m<sup>2</sup>. Damit gehörten fast 60 % aller abgegangenen Gebäude mit fast 80 % der gesamten Nutzfläche dieser Gebäudegruppe an. Das Verhältnis der abgegangenen Nutzfläche zu der im selben Zeitraum neu geschaffenen betrug bei den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden 31,5 % und lag damit über dem Durchschnitt aller Nichtwohngebäude in Nordrhein-Westfalen. Bedeutsam von der Anzahl war auch noch der Bauabgang von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (1 788 Gebäude; 26,5 %).

Die Unternehmen entzogen mit insgesamt 3,5 Mill. m<sup>2</sup> die meiste Nutzfläche ihrer Zweckbestimmung, das sind 63,4 % der abgegangenen Nutzfläche. Doch in der gleichen Zeit schufen sie als Bauherren eine neue Nutzfläche in den Nichtwohngebäuden von 16,6 Mill. m<sup>2</sup>, welche damit fast fünfmal so groß war wie die abgegangene Fläche.

Die öffentliche Hand ist als Eigentümer von abgerissenen oder anderweitig genutzten Nichtwohngebäuden mit 1 230 Objekten (18,2 %) und 1,4 Mill. m<sup>2</sup> Nutzfläche (26,3 %) stark vertreten. Hierfür gelten die gleichen Gründe wie schon beim Wohnungsbau. Weitere Gründe dürften Ortskernsanierungen, Gewerbeansiedlungen, Erholungsflächen usw. sein.

Am häufigsten wurden Bauabgänge von Nichtwohngebäuden in den Mischgebieten gemeldet (2 386 Gebäude mit rd. 1,8 Mill. m<sup>2</sup> Nutzfläche). Ein Viertel der abgegangenen Gebäude mit rd. 1 Mill. m<sup>2</sup> Nutzfläche stand in den Wohngebieten. In den Dorfgebieten befanden sich 18,3 % der Bauten und weitere 17,7 % in den Gewerbegebieten mit rd. 2 Mill. m<sup>2</sup> Nutzfläche. 187 Nichtwohngebäude in den Sondergebieten waren vom Bauabgang betroffen.

Bauabgänge von Nichtwohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart, Lage der Gebäude und Abgangsursache									
Gebäudeart Lage der Gebäude	Bauabgänge von Nichtwohngebäuden								
	insgesamt	davon war die Abgangsursache							
		Schaffung öffentlicher Verkehrsflächen	Schaffung von Freiflächen	Errichtung eines neuen Wohngebäudes	Errichtung eines neuen Nichtwohngebäudes	bauordnungsrechtliche Unzulässigkeit	außergewöhnliches Ereignis	Nutzungsänderung	sonstiger Grund
Anstaltsgebäude	83	4	23	8	29	—	1	10	8
Büro- und Verwaltungsgebäude	501	34	96	83	153	6	3	86	40
Landwirtschaftliches Betriebsgebäude	1 788	49	282	361	294	35	96	513	158
Nichtlandwirtschaftliches Betriebsgebäude	3 980	231	872	876	927	51	74	499	450
Sonstige Nichtwohngebäude	388	15	80	56	109	13	17	54	44
<b>Nichtwohngebäude insgesamt</b>	<b>6 740</b>	<b>333</b>	<b>1 353</b>	<b>1 384</b>	<b>1 512</b>	<b>105</b>	<b>191</b>	<b>1 162</b>	<b>700</b>
davon entfielen auf Wohngebiete	1 641	82	283	599	160	29	21	343	124
Dorfgebiete	1 233	28	212	167	217	20	75	389	125
Mischgebiete	2 386	189	364	518	642	38	53	376	206
Gewerbegebiete	1 193	18	397	77	414	11	34	34	208
Sondergebiete	287	16	97	23	79	7	8	20	37
auf förmlich festgelegte Sanierungsgebiete entfielen	659	122	163	170	134	3	5	25	37

Für die Nichtwohngebäude gilt dieselbe Gliederung der Abgangsursachen wie für Wohngebäude. Häufigster Grund war der Bau eines neuen Gebäudes. So sollten 1 512 Nichtwohngebäude (22,4 %) und 1 384 Wohngebäude (20,5 %) neu errichtet werden. Durch den Abriß oder die Nutzungsänderung von Nichtwohngebäuden wird wesentlich mehr neuer Wohnraum geschaffen als umgekehrt Wohngebäude diesem Zweck entzogen werden, um gewerblich oder industriell nutzbare Flächen zu schaffen. Für den Bau von gewerblichen Gebäuden sind rd. 140 000 m<sup>2</sup> Wohnfläche abgegangen, umgekehrt sind etwa 1 Mill. m<sup>2</sup> Nutzfläche zugunsten von Wohnungen abgerissen oder geändert worden. In den Wohn- und Mischgebieten wurden deshalb 599 bzw. 518 Nichtwohngebäude für die Errichtung eines neuen Wohngebäudes abgerissen. Dagegen sollten in den Wohngebieten nur noch in 160 Fällen wieder neue Nichtwohngebäude entstehen.

Der geplante Neubau von Nichtwohngebäuden war der Grund für den Bauabgang von 642 Bauten in Mischgebieten und 414 weiteren in den Gewerbegebieten.

Die Schaffung von öffentlichen Verkehrsflächen oder Freiflächen trat als Abgangsursache bei 1 686 Nichtwohngebäuden mit einer Nutzfläche von rd. 1,5 Mill. m<sup>2</sup> auf, das ist rd. ein Viertel der gemeldeten Bauabgänge. Bauordnungsrechtliche Unzulässigkeiten und außergewöhnliche Ereignisse waren nicht so häufig als Ursache gemeldet worden.

Eine Nutzungsänderung wurde in 1 162 Fällen (17,2 %) registriert. Diese Gebäude müssen nicht vollständig ihrem ursprünglichen Zweck entzogen worden sein, es kann sich der Schwerpunkt der Nutzung geändert haben, so daß ein Teil der Nutzfläche weiterhin gewerblichen Zwecken vorbehalten bleibt. Die Nutzungsänderungen traten besonders häufig in Wohn-, Dorf- und Mischgebieten auf.

Auch bei den abgegangenen Nichtwohngebäuden gibt es den Sammelbegriff „sonstige Gründe“ als Ursache. Genauso wie bei den Wohngebäuden handelt es sich hier um eine nicht eindeutig bestimmbare Abgangsursache.

Die Errichtung von neuen Gebäuden sowie von Verkehrs- und Freiflächen war in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten der häufigste Abgangsgrund bei den Nichtwohngebäuden. Ähnlich wie bei den Wohnungsabgängen ist auch hier ein tendenzieller Rückgang der Nichtwohngebäude und der Nutzfläche in den Sanierungsgebieten zu beobachten.

Bauabgänge von Nichtwohngebäuden 1981 bis 1984 nach Gebäudeart, Lage der Gebäude und Baualter								
Gebäudeart Lage der Gebäude	Bauabgänge von Nichtwohngebäuden							
	insgesamt	davon in den Jahren ... errichteter Gebäude						
		bis 1900	1901 — 1918	1919 — 1948	1949 — 1960	1961 — 1970	1971 — 1980	1981 und später
Anstaltsgebäude	83	14	17	15	33	4	—	—
Büro- und Verwaltungsgebäude	501	69	90	135	123	57	21	6
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 788	632	421	479	196	45	14	1
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	3 980	605	730	1 191	990	352	105	7
Sonstige Nichtwohngebäude	388	64	85	100	65	47	26	1
<b>Nichtwohngebäude insgesamt</b>	<b>6 740</b>	<b>1 384</b>	<b>1 343</b>	<b>1 920</b>	<b>1 407</b>	<b>505</b>	<b>166</b>	<b>15</b>
davon entfielen auf								
Wohngebiete	1 641	320	319	437	358	157	49	1
Dorfgebiete	1 233	401	287	351	136	38	19	1
Mischgebiete	2 386	487	457	685	527	185	39	6
Gewerbegebiete	1 193	120	227	373	310	110	47	6
Sondergebiete	287	56	53	74	76	15	12	1
auf förmlich festgelegte Sanierungsgebiete entfielen	659	160	167	192	106	27	6	1

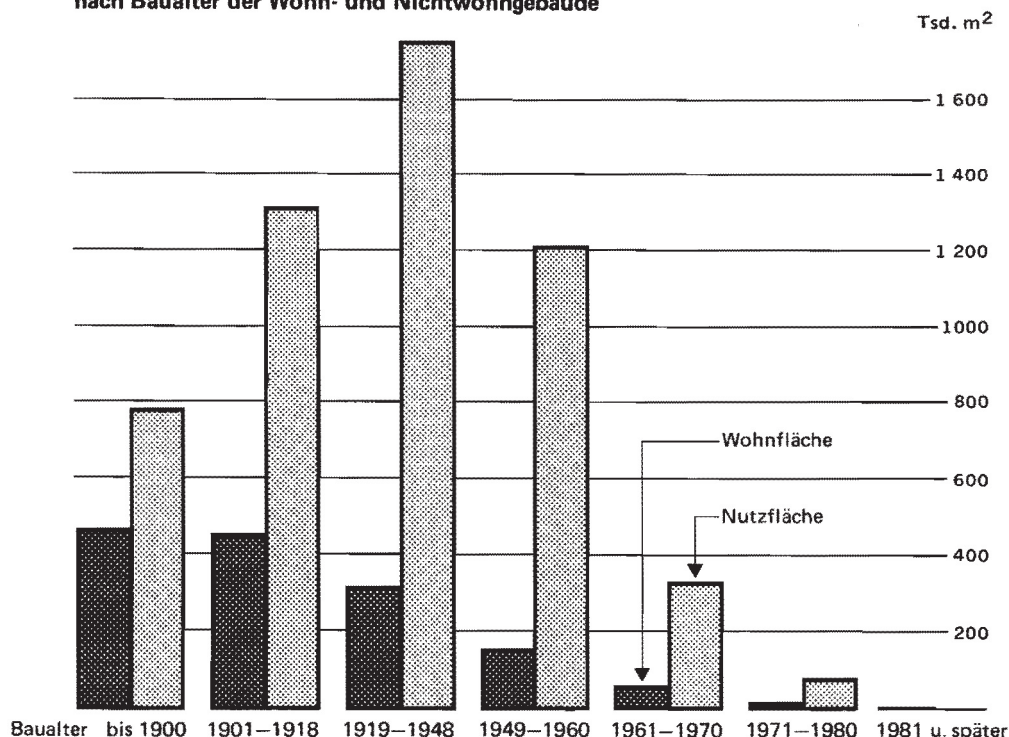
Von den 6 740 Nichtwohngebäuden, welche in den Jahren 1981 bis 1984 durch Abriß oder Nutzungsänderung verloren gingen, stammte rd. ein Viertel der Gebäude mit rd. 15 % der Nutzfläche aus dem letzten Jahrhundert. 1 343 der abgegangenen Nichtwohngebäude (mit rd. 24 % der Nutzfläche) wurden bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gebaut. Der größte Teil der abgegangenen Nichtwohngebäude wurde jedoch von 1919 bis 1948 errichtet (28,5 % der Bauten; rd. 32 % der Fläche). Wiederum ein Fünftel stammte aus den Folgejahren bis 1960. Jedes zehnte Nichtwohngebäude, welches als Bauabgang gemeldet wurde, war weniger als 25 Jahre alt.

Im Vergleich zu den Wohngebäuden ergibt sich damit für die vom Bauabgang betroffenen Nichtwohngebäude eine andere Altersstruktur. So sind rd. 31 % dieser Nichtwohngebäude seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gebaut worden, bei den Wohngebäuden waren es nur rd. 14 %. Auch für die Baualtersklasse 1919 bis 1948 ergab sich bei den Nichtwohngebäuden ein höherer Anteil als bei den Wohngebäuden. Umgekehrt sind rd. 64 % der abgegangenen Wohngebäude vor 1919 errichtet worden, jedoch nur 40 % der Nichtwohngebäude. Daraus wird ersichtlich, daß Nichtwohngebäude durchschnittlich eine kürzere Lebensdauer aufweisen als die Wohngebäude. Veränderungen in Industrie und Handwerk, Handel und Verwaltung sowie bei Infra-

**Geringere Nutzungsdauer der Nichtwohngebäude gegenüber den Wohngebäuden**



**Bauabgang von Wohn- und Nutzflächen 1981 – 1984  
nach Baualter der Wohn- und Nichtwohngebäude**



**Fertiggestellte Nichtwohngebäude und Bauabgänge von Nichtwohngebäuden 1981 bis 1984 nach  
Kreisen und Regierungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Fertiggestellte Nichtwohngebäude			Bauabgänge von Nichtwohngebäuden			Nutzfläche der Bauabgänge je 100 m <sup>2</sup> Nutz- fläche der Bau- fertigstellungen
	Gebäude	Nutzfläche	Wohnungen	Gebäude	Nutzfläche	Wohnungen	
	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	
Reg.-Bez. Düsseldorf	5 784	6 168,0	2 572	1 440	1 508,3	601	24,5
Reg.-Bez. Köln	3 854	4 232,6	2 043	1 417	1 098,2	442	25,9
Reg.-Bez. Münster	5 785	4 008,9	1 577	1 403	1 115,8	356	27,8
Reg.-Bez. Detmold	3 658	3 187,9	1 017	918	540,7	337	17,0
Reg.-Bez. Arnsberg	4 848	4 659,2	1 710	1 562	1 205,0	447	25,9
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>23 929</b>	<b>22 256,7</b>	<b>8 919</b>	<b>6 740</b>	<b>5 468,1</b>	<b>2 188</b>	<b>24,6</b>
davon							
kreisfreie Städte	5 644	7 771,0	3 561	2 449	2 674,9	759	34,4
Kreise	18 285	14 485,5	5 358	4 291	2 793,1	1 429	19,3

struktur- und Freizeiteinrichtungen machen es notwendig, die Nichtwohngebäude diesen veränderten Bedingungen anzupassen, und dieses kann häufig nur durch Abriß und Neubau geschehen.

Gemessen an der Zahl verteilen sich die Bauabgänge von Nichtwohngebäuden – mit Ausnahme des Regierungsbezirkes Detmold – fast gleichmäßig auf die einzelnen Regierungsbezirke des Landes. Wird jedoch die Nutzfläche als Maßstab genommen, so gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Regierungsbezirken. Mehr als ein Viertel (27,6 %) der gesamten durch Bauabgang verlorengegangenen Nutzfläche meldeten die Bauämter aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf (1,5 Mill. m<sup>2</sup>). Für die Regierungsbezirke Köln, Münster und Arnsberg ergeben sich etwa die gleichen Abgänge von Nutzfläche (1,1 bis 1,2 Mill. m<sup>2</sup>). Weniger Nutzfläche – nur etwas über eine halbe Mill. m<sup>2</sup> – ging im Regierungsbezirk Detmold durch Abriß oder Nutzungsänderung verloren.

**Regional unterschiedliche  
Abgangsquoten**

Der Anteil der abgegangenen Nutzfläche an der neu geschaffenen ergab im Regierungsbezirk Detmold den geringsten Wert (17,0 %). Der Regierungsbezirk Münster wies dagegen die Quote von 27,8 % auf, bei einem Landesdurchschnitt von 24,6 %. Diese Relation entsprach in etwa auch der in den drei übrigen Regierungsbezirken. In den kreisfreien Städten betrug diese Quote 34,4 %, während sie für Kreise nur bei 19,3 % lag. In den Großstädten besteht aus Platzgründen eher die Notwendigkeit, vor einem Neubau eines Nichtwohngebäudes das alte Objekt abzureißen.

Abschließend ist festzuhalten, daß die Bauabgänge in der Regel den Verlust von Bau- substanz bedeuten. Doch es können qualitativ gute Wohngebäude, wirtschaftlich bes- ser nutzbare Nichtwohngebäude und mehr Verkehrswege geschaffen werden. Da an- dererseits Gebäude langlebige Wirtschaftsgüter sind und nur bei etwa der Hälfte der insgesamt abgegangenen Bauten neue Hochbauvorhaben geplant sind, kann nicht von nennenswerten Impulsen aus diesem Bereich für die Bauwirtschaft in nächster Zu- kunft ausgegangen werden.

## RUNDBLICK

### Berufliche und sektorale Mobilität der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer 1982 — Ergebnisse des Jahreszeitraummaterials —

Indikatoren für eine problematische Situation auf dem Arbeitsmarkt sind neben hohen Arbeitslosenzahlen, nur in geringer Zahl verfügbaren offenen Stellen und Diskrepanzen im Qualifikationsprofil auch rückläufige Entwicklungen bei den Mobili- tätsprozessen. Bei ungünstiger Arbeitsmarktlage sinken auch für die im Berufsleben stehenden Personen die Möglichkeiten eines Arbeitsplatzwechsels.

Zur Untersuchung des letztgenannten Tatbestandes werden die Ergebnisse der 1 %- Stichproben aus dem Jahreszeitraummaterial der Beschäftigten- und Entgeltstatistik für die Jahre 1981 und 1982 herangezogen<sup>1)</sup>. Dabei zeigt sich, daß die Zahl der von den nordrhein-westfälischen Betrieben gemeldeten sozialversicherungspflichtig be- schäftigten Arbeitnehmer von 1981 auf 1982 um 1,2 % oder 75 000 Personen zu- rückging, das „Mobilitätsverhalten“ jedoch einer stärkeren Veränderung unterworfen war. So hatten 1981 noch 11,7 % der rd. 6,2 Mill. Beschäftigten mehr als ein Arbeits- verhältnis im Laufe des Jahres, 1982 waren es mit 10,3 % rd. 100 000 Personen we- niger. Dies ist gleichbedeutend mit einem Rückgang der Arbeitnehmergruppe mit Mehrfachbeschäftigung um 14,5 %. An dieser Entwicklung waren sowohl die weib- lichen als auch die männlichen Arbeitnehmer beteiligt: Bei den Frauen stieg der Wert für Personen mit nur einem Beschäftigungsfall von 88 % 1981 auf 89,4 % 1982, bei den Männern war ein Zuwachs von 88,4 auf 89,9 % feststellbar.

## Erwerbs- tätigkeit

<b>Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1981 und 1982</b> <b>nach Zahl der Beschäftigungsfälle</b> <b>— 1%-Stichprobe des Jahreszeitraummaterials —</b>					
Geschlecht	Jahr	Insgesamt	Zahl der Beschäftigungsfälle		
			1	2	3 und mehr
		1 000	%		
männlich	1981	3 975	88,4	9,5	2,1
	1982	3 912	89,9	8,5	1,6
weiblich	1981	2 307	88,0	10,2	1,8
	1982	2 295	89,4	9,1	1,5
Insgesamt	1981	6 282	88,3	9,7	2,0
	1982	6 207	89,7	8,7	1,6

Für die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer mit genau zwei Be- schäftigungsfällen innerhalb eines Jahres lassen sich Aussagen über die berufliche und sektorale Mobilität machen. Der Vergleich zwischen ausgeübtem Beruf und Branchen- zugehörigkeit im zeitlich ersten und zweiten Arbeitsverhältnis läßt Schlüsse im Hin- blick auf die „Bedeutsamkeit“ des Wechsels zu<sup>2)</sup>. So zeigt sich, daß der Anteil der

1) Zur Methodik vgl. „Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Bruttoar- beitsentgelt“ Statistische Rundschau NW, Heft 7/85.

2) Vgl. „Berufliche und sektorale Mobilität der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ar- beitnehmer 1981“, Statistische Rundschau NW, Heft 9 und 12/85.



Beschäftigten mit zwei Arbeitsverhältnissen, deren Arbeitsplatzwechsel weder einen Berufs- noch einen Wirtschaftszweigwechsel zur Folge hatte, von 45,5 % 1981 auf 51,6 % 1982 angestiegen ist. Gleichzeitig sank der Wert für diejenigen Arbeitnehmer, für die sich sowohl der ausgeübte Beruf als auch die Branchenzugehörigkeit veränderte von 31,9 auf 26,7 %. Dies bedeutet, daß sich nicht nur der Umfang der Mobilitätsprozesse verringert hat, sondern zusätzlich eine Qualitätsverschiebung hin zu „weniger grundlegenden“ Wechseln stattgefunden hat. Inwieweit diese Entwicklung auf eine veränderte Angebotssituation auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist, oder – zumindest teilweise – auf einem stärkeren „Sicherheitsbestreben“ der Arbeitnehmer beruht, muß hier offen bleiben.

Die genannte Veränderung der Mobilitätsvorgänge ist durchgängig für alle Beschäftigtengruppen zu konstatieren. In „vertrauter“ Arbeitsumgebung verblieben 1981 42,2 % der männlichen Arbeitnehmer auch in ihrem zweiten Beschäftigungsfall, 1982 waren es 48,9 %; bei den Frauen stieg der entsprechende Wert von 50,8 % auf 56,0 %. Mit einer sowohl beruflichen als auch sektoralen Neuorientierung setzten sich 1981 noch 34,7 %, 1982 jedoch nur noch 28,2 % der Männer bzw. 27,2 % gegenüber 24,3 % der Frauen nach einem Arbeitsplatzwechsel auseinander.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer mit 2 Beschäftigungsfällen 1981 und 1982 nach Berufs- und Wirtschaftszweigwechsel sowie demographischen Merkmalen – 1%-Stichprobe des Jahreszeitraummaterials –						
Geschlecht Altersgruppen Ausbildung Jahr		Insgesamt	Davon			
			ohne Wirtschafts- zweig-, ohne Berufswechsel	mit Wirtschafts- zweig-, ohne Berufswechsel	ohne Wirtschafts- zweig-, mit Berufswechsel	mit Wirtschafts- zweig-, mit Berufswechsel
		1 000	%			
männlich	1981	376,5	42,2	15,2	7,9	34,7
	1982	331,1	48,9	14,9	8,0	28,2
weiblich	1981	234,5	50,8	15,5	6,5	27,2
	1982	209,1	56,0	13,9	5,8	24,3
unter 25 Jahre	1981	211,8	34,5	15,5	7,4	42,6
	1982	180,6	41,9	16,2	6,3	35,6
25 — 45 Jahre	1981	280,6	44,6	16,4	8,0	31,0
	1982	236,2	48,7	16,3	8,2	26,8
45 und mehr Jahre	1981	118,6	67,3	12,3	5,7	14,7
	1982	123,4	71,7	8,8	6,4	13,1
mit abgeschlossener Berufsausbildung	1981	361,5	46,2	17,7	7,6	28,5
	1982	323,4	50,9	17,2	7,9	24,2
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1981	199,5	43,7	11,6	7,0	37,7
	1982	173,9	52,8	10,7	5,6	30,9
Insgesamt	1981	611,0	45,5	15,3	7,3	31,9
	1982	540,2	51,6	14,6	7,1	26,7

Bei den unter 25jährigen Beschäftigten entsprachen Beruf und Branche des zweiten Arbeitsverhältnisses im Jahre 1981 für 34,5 %, 1982 für 41,9 % den Gegebenheiten am ersten Arbeitsplatz, der Anteil der Wechsler sank von 42,6 auf 35,6 %. Für die 25- bis unter 45jährigen blieben 1981 die Verhältnisse in 44,6 % der Fälle unverändert, ein Jahr später in 48,7 %; einer neuen Arbeitsumgebung sahen sich 1981 31 %, 1982 nur noch 26,8 % gegenüber. Selbst für die über 45jährigen Arbeitnehmer, bei denen schon 1981 mit 67,3 % ein hoher Anteil an unveränderter beruflicher und sektoraler Zuordnung zu verzeichnen war, stieg dieser Wert weiter auf 71,7 % 1982 an. Einen Berufs- und Wirtschaftszweigwechsel wiesen in dieser Personengruppe 1981 nur 14,7 % auf, im Folgejahr lediglich 13,1 %.

Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung (wozu hier auch der Abschluß einer Fach-/Fachhochschule oder Universität gezählt wurde) verblieben 1981 zu 46,2 % nach einem Arbeitsplatzwechsel im selben Beruf und im selben Wirtschaftszweig; 1982 galt dies für 50,9 %. Eine Veränderung beider erwerbsstatistischer Merkmale fand 1982 nur noch in 24,2 % der Fälle statt, 1981 waren es noch 28,5 %. Deutlicher fiel die Verschiebung bei den Arbeitnehmern ohne berufliche Ausbildung aus: Konstanz bezüglich des Berufs und der Branche war in beiden Beschäftigungsfällen 1981 bei 43,7 % konstatiert worden, 1982 lag der Anteil bei 52,8 %. Eine veränderte Berufs- und Wirtschaftszweigzugehörigkeit wurde für diesen Personenkreis 1981 bei 37,7 % nach dem Arbeitsplatzwechsel ermittelt, 1982 nur noch bei 30,9 %.

Pö.

## Brut und Schlachtungen von Geflügel 1985

### Brütereien und Kükenerzeugung

# Land- wirtschaft

Aufgrund der §§ 1 und 2 des Gesetzes über eine Geflügelstatistik vom 29. 3. 1967 (BGBl. I S. 388) sowie des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über eine Geflügelstatistik vom 17. 4. 1974 (BGBl. I S. 972) wird u. a. für Zwecke der kurzfristigen Vorausberechnung der Geflügelfleisch- und Eierproduktion monatlich in den Brütereien eine Erhebung über die Einlage von Bruteiern zur Erzeugung von Hühnern, Enten, Gänsen und Truthühnern und über die geschlüpften Küken in der Untergliederung nach Geflügelarten bzw. -kategorien und Nutzungszwecken durchgeführt. Vor allem für die Vorausschau auf die innerhalb recht kurzer Zeit anfallende Masthühnerproduktion und für evtl. zu ergreifende Maßnahmen im Bereich der Geflügelwirtschaft ist eine kurzfristige Erstellung und Weiterleitung der Monatsergebnisse an die Konsumenten dieser Statistik erforderlich. Am Jahresende folgt eine Zusammenfassung der Monatsergebnisse zum Jahresergebnis sowie eine Aufgliederung der Ergebnisse nach Größenklassen der Betriebe.

In die Erhebung über Brut und Schlupf von Nutzgeflügel sind nur Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 und mehr Eiern einzubeziehen. Aufgrund einer EG-Verordnung haben Brütereien die Zulassung und Eintragung ihres Betriebes in ihrem Bundesland an zentraler Stelle zu beantragen. Diese zentrale Stelle ist in Nordrhein-Westfalen das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd NW.

Im Jahre 1985 nahmen die Bruteiereinlagen zur Erzeugung von Legehennen (nur für Legezwecke) in den Brütereien Nordrhein-Westfalens mit insgesamt 23,7 Mill. Eiern gegenüber dem Vorjahr um 10,4 % ab. Der Kükenschlupf an weiblichen Tieren aus diesen Bruteiern war mit 9,0 Mill. um 11,4 % niedriger als im Jahre 1984 und erreichte damit den niedrigsten Stand in Nordrhein-Westfalen. Die Bruteiereinlagen zur Erzeugung von Masthühnern (Schlachtküken — nur zur Mast) wurden 1985 mit 32,2 Mill. Stück — nach rückläufiger Entwicklung in beiden vorangegangenen Jahren — wieder ausgedehnt, und zwar gegenüber dem Vorjahr um 4,6 %; die Anzahl der hier geschlüpften Küken lag mit 27,6 Mill. um 6,4 % über dem Ergebnis von 1984. In der Zahl über den Kükenschlupf sind auch die zur Mast aussortierten Zucht-, Vermehrungs- und Gebrauchshahnenküken enthalten. Die Schlupfzahlen von Enten, Gänsen und Truthühnern zeigten 1985 mit 1,9 Mill., 160 100 und 662 700 Küken gegenüber dem Vorjahr Veränderungsquoten von + 71 %, + 0,8 % und + 27,6 %. Die Schlupfergebnisse bei Enten und Truthühnern sind die höchsten, die seit Einführung dieser Statistik im Jahre 1966 bei diesen Tierarten in Nordrhein-Westfalen jemals festgestellt wurden.

Dem langjährigen Trend entsprechend verringerte sich auch 1985 die Zahl der berichtspflichtigen Brütereien mit Bruteiereinlage in Nordrhein-Westfalen, allerdings nur minimal um lediglich einen auf nunmehr 86 Betriebe.

Brut und Schlupf von Geflügel			
Erhebungsmerkmal	1984	1985	Veränderung <sup>1)</sup> 1985 gegenüber 1984
	1 000		%
Legehennen (nur für Legezwecke) eingelegte Bruteier	26 429,9	23 691,0	—10,4
geschlüpfte Hennenküken	10 208,2	9 044,2	—11,4
Masthühner (nur zur Mast) eingelegte Bruteier	30 764,0	32 171,3	+ 4,6
geschlüpfte Hühnerküken <sup>2)</sup>	25 973,3	27 631,3	+ 6,4
Enten geschlüpfte Küken	1 087,8	1 860,5	+71,0
Gänse geschlüpfte Küken	158,8	160,1	+ 0,8
Truthühner geschlüpfte Küken	519,3	662,7	+27,6

1) Die Veränderungsquoten wurden aufgrund der absoluten Zahlen in Stück errechnet. — 2) einschließlich der zur Mast aussortierten Zucht-, Vermehrungs- und Gebrauchshahnenküken



Betrachtet man die Brütereien in der Aufgliederung nach Größenklassen, so ist zu erkennen, daß bei den Brütereien neben den kleinen Einheiten auch Betriebe von mittlerer Größe zahlenmäßig noch eine gewisse Bedeutung aufweisen. Der Schwerpunkt der Kükenerzeugung liegt jedoch in Nordrhein-Westfalen in den acht Großbrütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 200 001 und mehr Bruteiern. Aus ihnen kamen 1985 allein nahezu sämtliche Hühnerküken zur Mast (97,7 %) sowie die Hälfte der Hennenküken für Lege Zwecke (50,5 %). An der Brut von Hennenküken für Lege Zwecke waren jedoch auch die mittleren Betriebe mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 30 001 bis 200 000 Eiern noch im großen Umfang beteiligt (41,7 %). Die Erzeugung von Entenküken liegt seit jeher fast ausschließlich in Brütereien mittlerer Größe (30 001 bis 200 000 Bruteier). Im Jahre 1985 entfielen allein 96,4 % der geschlüpften Entenküken auf derartige Betriebe. Auch Gänse waren 1985 mit einem Anteil von 62,5 % wieder überwiegend in den Betrieben mittlerer Größe geschlüpft. Auf die kleinen Betriebe mit einer Kapazität von bis zu 30 000 Eiern entfiel aber ebenfalls noch ein beachtlicher Anteil von immerhin 37,5 %. Truthühnerküken waren — wie in den Vorjahren — auch im Berichtsjahr wieder nahezu ausnahmslos in Betrieben mittlerer Größe geschlüpft. Aus Gründen der Geheimhaltung sind zahlenmäßige Angaben hierzu jedoch nicht möglich.

Brütereien und geschlüpfte Küken 1985 nach Größenklassen der Brütereien und Verwaltungsbezirken							
Fassungsvermögen der Brutanlagen von ... bis ... Bruteiern  Verwaltungsbezirk	Brütereien <sup>1)</sup>		Hühner		Enten	Gänse	Truthühner
			Hennenküken für Legezwecke	Hühnerküken zur Mast <sup>2)</sup>			
			Anteile an dem gesamten Kükenschlupf der jeweiligen Geflügelart bzw. -kategorie				
	Anzahl	%					
1 000 — 30 000	49	57,0	7,8	.	3,6	37,5	.
30 001 — 200 000	29	33,7	41,7	.	96,4	62,5	.
200 001 und mehr	8	9,3	50,5	97,7	—	—	—
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>86</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Reg.-Bez. Düsseldorf, Köln	11	12,8	21,4	—	1,2	40,0	.
Reg.-Bez. Münster, Detmold, Arnsberg darunter Reg.-Bez. Detmold	75	87,2	78,6	100	98,8	60,0	.
	60	69,8	74,5	97,8	18,5	6,7	.

1) nur Brütereien mit Bruteiereinlagen und einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 und mehr Eiern — 2) einschließlich der zur Mast aussortierten Zucht-, Vermehrungs- und Gebrauchshahnenküken

Die regionale Zuordnung der Brütereien gibt zu erkennen, daß mit 75 Betrieben mit Abstand die meisten Brütereien in Westfalen-Lippe liegen (87,2 %), während im Rheinland nur noch 11 Betriebe anzutreffen sind (12,8 %). Den Schwerpunkt der Kükenerzeugung innerhalb von Westfalen-Lippe bildet der Regierungsbezirk Detmold, wo 1985 mit allein 60 Brütereien sieben von zehn aller Betriebe in Nordrhein-Westfalen festgestellt wurden. Auch die Schlupfzahlen bestätigen die überragende Stellung der Brütereien im Regierungsbezirk Detmold. Mit Anteilen von 97,8 % der Hühnerküken zur Mast und 74,5 % der Hennenküken für Lege Zwecke am Landeswert entfiel im Berichtsjahr ein sehr großer Teil der gesamten Hühnerkükenproduktion auf diesen Regierungsbezirk. Enten wurden 1985 mit 98,8 % fast durchweg in Westfalen-Lippe erbrütet. Die Erzeugung von Gänseküken stammte mit 60 % zu drei Fünfteln aus Westfalen-Lippe und die restlichen zwei Fünftel aus dem Rheinland. Ein regionaler Nachweis der Erzeugung von Truthühnerküken ist wiederum aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich.

#### Geflügelschlachtereien und geschlachtetes Geflügel

Um einen kurzfristigen und kontinuierlichen Überblick über den Anfall an Geflügelfleisch zu erhalten, werden aufgrund der §§ 1 und 3 des Gesetzes über eine Geflügelstatistik vom 29. 3. 1967 (BGBl. I S. 388) monatlich Erhebungen in den Geflügelschlachtereien über geschlachtetes Geflügel, untergliedert nach Geflügelarten bzw. -kategorien und sog. Herrichtungsformen und Angebotszuständen, durchgeführt. Am Jahresende erfolgt eine Zusammenstellung der Monatsergebnisse zum Jahresergebnis sowie eine Aufgliederung der Ergebnisse nach Größenklassen der Betriebe.

In die Erhebung über geschlachtetes Geflügel sind Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren einzubeziehen. Da hierzu auch Betriebe zu rechnen sind, die die Schlachtung nur zum Teil mechanisiert, z. B. mit Hilfe einer kleineren Rupfmaschine, durchführen, ist davon auszugehen, daß das geschlachtete Geflügel fast vollständig erfaßt wird. Das Adressenmaterial der auskunftspflichtigen Betriebe wird durch entsprechende Rückfrage bei den Kreisordnungsbehörden einmal jährlich auf Vollständigkeit überprüft und ggf. um Neuzugänge ergänzt.

In den Geflügelschlachtereien Nordrhein-Westfalens erhöhte sich die Schlachtmenge an Geflügel im Jahre 1985 gegenüber dem Vorjahr um 10,6 % auf 39 856 t. Von dieser Schlachtmenge entfielen 25 072 t auf Jungmasthühner, 3 421 t auf Suppenhühner, 11 247 t auf Truthühner und restliche 66 bzw. 51 t auf Enten bzw. Gänse. Die Schlachtmenge an Jungmasthühnern lag um 3,8 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Sie übertraf die bisher niedrigste Zahl von 23 811 t im Jahre 1983 zwar um 5,3 %, war aber erheblich, und zwar um etwa ein Drittel (32,7 %), niedriger als der bisherige Spitzenwert von 37 261 t aus dem Jahre 1981. Bei den Suppenhühnern gab es gegenüber 1984 eine kräftige Zunahme um 14,5 %. Trotz dieser Steigerung wurde die höchste Schlachtmenge der letzten Jahre, die 1983 3 931 t betragen hatte, jedoch noch um 13 % unterschritten. Die Schlachtmenge an Truthühnern, die seit Anfang der 80er Jahre jährlich zwischen etwa 8 300 und 8 800 t geschwankt hatte, war 1985 sprunghaft angestiegen. Die Zunahme betrug gegenüber den 8 759 t im Vorjahr 28,4 %. Bei den ohnehin nur sehr geringen Schlachtmengen des Saisongeflügels Enten und Gänse gab es im Berichtsjahr für diese Tiere gegenüber 1984 dagegen weitere Abnahmen, und zwar um 11,0 % bei Enten sowie um 21,4 % bei Gänsen.

Schlachtungen von Geflügel			
Geflügel	1984	1985	Veränderung <sup>1)</sup> 1985 gegenüber 1984
	t	t	%
<b>Geschlachtetes Geflügel insgesamt</b>	<b>36 037,4</b>	<b>39 856,2</b>	<b>+10,6</b>
davon Jungmasthühner	24 150,7	25 071,8	+ 3,8
Suppenhühner	2 988,3	3 420,5	+14,5
Enten	73,7	65,6	-11,0
Gänse	65,4	51,4	-21,4
Truthühner	8 759,3	11 246,9	+28,4

1) Die Veränderungsquoten wurden aufgrund der absoluten Zahlen in kg errechnet.

Im Jahre 1985 war die Anzahl der berichtspflichtigen Geflügelschlachtereien in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Sie verringerte sich lediglich um einen auf nunmehr 77 Betriebe.

Eine Aufgliederung der Geflügelschlachtereien nach Größenklassen der Schlachtkapazität der Schlachthanlagen läßt erkennen, daß im Jahre 1985 allein 60 Betriebe (77,9 %) lediglich eine monatliche Schlachtkapazität von 2 000 bis unter 30 000 Tieren hatten. 11 Betriebe hatten eine mittlere Schlachtkapazität von 30 000 bis unter 200 000 Tieren und sechs Großbetriebe eine monatliche Kapazität von 200 000 Tieren und mehr. In der letztgenannten Größenklasse wurden 1985 in Nordrhein-Westfalen allein knapp zwei Drittel (65,4 %) des gesamten Geflügels geschlachtet. In den 11 Betrieben der mittleren Größenklasse mit einer Schlachtkapazität von 30 000 bis unter 200 000 Tieren wurde aber immerhin noch ein Drittel (33,2 %) des Geflügelfleisches gewonnen, während der Fleischanteil in den 60 Betrieben der untersten Größenklasse 1985 nur 1,4 % des gesamten Geflügelfleisches betrug. In den letztgenannten Betrieben spielt die Selbstvermarktung des Geflügels noch eine beachtliche Rolle.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die in den drei Betriebsgrößenklassen angefallenen Schlachtmengen nach Geflügelarten bzw. -kategorien getrennt betrachtet. So wurden die Suppenhühner 1985 zu 79,7 % in den größten Betrieben (200 000 Tiere und mehr) geschlachtet, gefolgt von den Betrieben der mittleren Größenklasse mit 15,4 %. Auf die unterste Größenklasse entfielen lediglich noch 4,9 %. Die Masthühner werden fast ausschließlich an Großschlachtereien geliefert. Die größten Betriebe (200 000 Tiere und mehr) verbuchten 1985 einen Anteil von allein 93,1 % und die Betriebe der mittleren Größenklasse (30 000 bis unter 200 000 Tiere) von 5,8 %. Auf die kleinsten Einheiten entfiel lediglich ein kleiner Rest von 1,1 %. Auf das



Geflügelschlachtereien und geschlachtetes Geflügel 1985 nach Größenklassen der Geflügelschlachtereien und Verwaltungsbezirken								
Schlachtkapazität der Schlachthanlagen von ... bis unter ... Tieren Verwaltungsbezirk	Geflügelschlachtereien <sup>1)</sup>		Ge- schlachtetes Geflügel insgesamt	Jungmast- hühner	Suppen- hühner	Enten	Gänse	Trut- hühner
			Anteile an der Gesamtfleischmenge der jeweiligen Geflügelart bzw. -kategorie					
	Anzahl		%					
2 000 — 30 000	60	77,9	1,4	1,1	4,9	42,3	46,0	0,7
30 000 — 200 000	11	14,3	33,2	5,8	15,4	57,6	54,0	99,3
200 000 und mehr	6	7,8	65,4	93,1	79,7	—	—	—
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>77</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Reg.-Bez. Düsseldorf, Köln	24	31,2	3,8	5,1	6,0	8,5	7,6	0,3
Reg.-Bez. Münster, Detmold, Arnsberg darunter Reg.-Bez. Detmold	53	68,8	96,2	94,9	94,0	91,5	92,4	99,7
	30	39,0	91,6	94,5	91,6	24,1	34,3	85,7

1) nur Schlachtereien mit einem Schlachthanfall und einer monatlichen Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

Schlachten von Truthühnern haben sich mit 99,3 % nahezu ausschließlich Betriebe mit einer Schlachtkapazität von 30 000 bis 200 000 Tieren spezialisiert. Das Schlachten von Enten und Gänsen erfolgte mit Anteilen von 57,6 bzw. 54,0 % hauptsächlich in Betrieben mittlerer Größe. Mit 42,3 % bei Enten und 46,0 % bei Gänsen sind die restlichen Schlachtanteile in den kleinsten Betrieben festzustellen.

Die regionale Zuordnung der Geflügelschlachtereien läßt erkennen, daß sich — ähnlich wie bei den Brütereien — mit 53 Betrieben auch die meisten Geflügelschlachtereien in Westfalen-Lippe befinden (68,8 %), gegenüber 24 Geflügelschlachtereien im Rheinland (31,2 %). Innerhalb von Westfalen-Lippe liegt die Mehrzahl der Schlachtbetriebe im Regierungsbezirk Detmold (30). Bei Betrachtung der im Regierungsbezirk Detmold anfallenden Schlachtmengen wird die Vorrangstellung dieses Regierungsbezirkes — wie bei den Brütereien — noch wesentlich deutlicher. 1985 wurde allein 91,6 % der gesamten Schlachtmenge an Geflügel in Nordrhein-Westfalen in diesem Regierungsbezirk gewonnen, in Westfalen-Lippe insgesamt 96,2 % und im Rheinland lediglich die restlichen 3,8 %. Die Anteilswerte am Landesergebnis lauten bei Jungmasthühnern 94,9 % für Westfalen-Lippe, darunter 94,5 % für den Regierungsbezirk Detmold, und 5,1 % für das Rheinland, sowie bei Suppenhühnern 94,0 % für Westfalen-Lippe, darunter 91,6 % für den Regierungsbezirk Detmold, und 6,0 % für das Rheinland. Truthühner wurden 1985 sogar zu 99,7 % in Westfalen-Lippe, darunter zu 85,7 % im Regierungsbezirk Detmold, und nur zu dem verschwindend geringen Anteil von 0,3 % im Rheinland geschlachtet. Die nur geringen Schlachtmengen an Enten und Gänsen fielen 1985 mit Anteilsquoten von 91,5 % und 92,4 % ebenfalls fast durchweg in Westfalen-Lippe an, so daß die entsprechenden Werte für das Rheinland lediglich 8,5 und 7,6 % betragen.

Kö.

### Subunternehmen im Bauhauptgewerbe

Das nordrhein-westfälische Bauhauptgewerbe erwirtschaftete im Jahre 1984 einen baugewerblichen Umsatz von 24,6 Mrd. DM. Die baugewerblichen Umsätze schließen Umsätze aus Nachunternehmertätigkeit und aus Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer ein. Der Anteil des Umsatzes, der aus Subunternehmertätigkeit, d. h. Leistungen für andere Bauunternehmen, resultierte, belief sich im Jahre 1984 auf 2,5 %.

## Produzierendes Gewerbe

Die Kostenstrukturhebung<sup>1)</sup> weist für das Berichtsjahr 1983 im Bundesgebiet einen Kostenanteil für Fremd- und Nachunternehmerleistungen von 16,3 % am Bruttoproduktionswert aus. Die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen umfassen dabei Entgelte für Leistungen, die an andere Unternehmer weitergegeben worden sind, unabhängig davon, ob der Subunternehmer, gemessen am Schwerpunkt seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, dem Bauhauptgewerbe, dem Ausbaugewerbe oder dem Verarbeitenden Gewerbe angehört (z. B. bei Tischler-, Maler- und Montageleistungen).

Da die amtliche Statistik im Rahmen der Totalerhebung nur die bauhauptgewerblichen Leistungen von Subunternehmen erfaßt, kann damit der verhältnismäßig niedrige Anteil von 2,5 % Subunternehmerumsätze am baugewerblichen Umsatz im Vergleich zum Kostenanteil von 16,3 % in der Kostenstrukturhebung erklärt werden.

Gründe die ausschlaggebend dafür sein können, den Auftrag bzw. Auftragsteile nicht selbst auszuführen, sind beispielsweise die Verteilung des unternehmerischen Risikos bei Großaufträgen, die Verbesserung der Auftragslage, die stetige Kapazitätsauslastung, fehlendes fachliches Know-How sowie der Einsatz von Bauträgern.

In der Regel schließen sich Betriebe bei größeren Bauprojekten, die der einzelne aufgrund seiner Kapazitäten, der Geräte- und Personalausstattung nicht eingehen kann oder will, zusammen. Eine kurzfristige Ausweitung des Geräte- und Personalbestandes lediglich für ein Projekt soll durch den Zusammenschluß vermieden werden. In diesen Fällen spricht man von Arbeitsgemeinschaften, das sind Zusammenschlüsse von Betrieben bzw. Betriebsteilen mehrerer rechtlich selbständiger Unternehmen zur Durchführung von bestimmten Bauprojekten.

Eine andere Möglichkeit der Durchführung des Auftrages ist die Weitergabe von Aufträgen oder Auftragsteilen an eine oder mehrere andere Baufirmen, die Subunternehmen. Aussage über den Einsatz von Subunternehmen gibt die amtliche Statistik in der jährlichen Totalerhebung bei sämtlichen Betrieben des Bauhauptgewerbes im Rahmen der Fragestellung nach dem baugewerblichen Jahresumsatz. Als Darunter-Position hierzu wird der Umsatz aus Nach-/Subunternehmertätigkeit im gesamten Vorjahr erfragt.

Nachdem auf die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften im Bauhauptgewerbe bereits eingegangen wurde<sup>2)</sup>, ist es Ziel dieses Beitrages, die Bedeutung von Subunternehmer-einsätzen im Bauhauptgewerbe zu untersuchen.

## Konjunkturelle Situation

Die Bauwirtschaft war in den Jahren 1981/82 erneut in eine schwere Wirtschaftskrise geraten. Nach dem Einbruch Mitte der 70er Jahre kam der sich anschließende Anstieg der Bautätigkeit im Jahre 1980 weitgehend zum Stillstand und wurde 1981 von einem Rückgang der Bauproduktion abgelöst, der sich in den Folgejahren noch verstärkte. Ursache für den starken Kapazitätsabbau war die geringe Nachfrage nach Bauleistungen, bedingt durch Einsparungen in öffentlichen Haushalten, bei Unternehmen und privaten Haushalten, ein hohes Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt und eine Bedarfssättigung in Teilbereichen des Bausektors.

In dieser Lage wird die Bauwirtschaft bei einer kurzfristigen Anpassung an Steigerungen wohl kaum mit einer größeren Aufstockung der Baukapazität reagieren, da bei einem möglichen weiteren Nachfragerückgang dies zu neuerlichen Schrumpfungen führen würde.

Aus dieser Situation heraus dürfte bei einer kurzfristigen Nachfragebelebung eher mit Bildung von Arbeitsgemeinschaften und Einsatz von Subunternehmen seitens der Baubetriebe zu rechnen sein.

Bevor auf die Entwicklung des Subunternehmerumsatzes in den Jahren 1977 bis 1984 eingegangen wird, soll die Struktur der Betriebe mit Subunternehmerumsatz im Vergleich zu den übrigen Baubetrieben untersucht werden.

1) Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 4 Reihe 5.3, Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe 1983.

2) Vgl. hierzu H.-J. Altmann, Arbeitsgemeinschaften im Bauhauptgewerbe, Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 5/1984.



## Struktur der Betriebe mit Subunternehmerumsatz

Im Jahre 1984<sup>3)</sup> erwirtschafteten 1 315 Betriebe (d. h. 9,3 % aller 14 146 Betriebe des Bauhauptgewerbes zum Stand 30. 6. 1985) Umsätze aus Subunternehmertätigkeit. Rund 85 % dieser Betriebe mit Subunternehmertätigkeit hatten weniger als 20 Beschäftigte; es handelt sich also in erster Linie um Klein- und Kleinstbetriebe, die als Subunternehmen tätig sind. So war im Jahr 1984 bei den Subunternehmen der Anteil des Subunternehmerumsatzes am baugewerblichen Umsatz innerhalb der Beschäftigtengrößenklassen stetig rückläufig von 85,6 % bei Einmannbetrieben bis zu 18,6 % in der Größenklasse von 50 bis 99 Beschäftigte. Der hohe Anteil in der Größenklasse 100 bis 199 Beschäftigte ist auf eine Spezialfirma zurückzuführen.

Betriebe des Bauhauptgewerbes mit Subunternehmerumsatz 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen						
Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe	Anteil der Betriebe mit Subunternehmer- umsatz an allen Betrieben	Beschäftigte	Baugewerblicher Umsatz	Umsatz aus Subunternehmer- tätigkeit	Anteil des Subunternehmer- umsatzes am baugewerblichen Umsatz
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 DM		%
1	364	17,5	364	21 308	18 243	85,6
2 — 4	368	10,7	1 011	59 030	42 494	72,0
5 — 9	208	6,3	1 360	114 603	55 820	48,7
10 — 19	185	6,4	2 625	249 361	97 155	39,0
20 — 49	97	6,1	2 895	329 622	102 277	31,0
50 — 99	56	10,3	3 991	402 265	74 679	18,6
100 — 199	23	10,5	3 157	400 285	127 234	31,8
200 und mehr	14	14,7	5 226	666 615	101 805	15,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1 315</b>	<b>9,3</b>	<b>20 629</b>	<b>2 243 089</b>	<b>619 706</b>	<b>27,6</b>

Während Großbetriebe, bedingt durch notwendige Personalstärke wie auch Verfügung von Großgeräten, eher in der Lage sind, Partner in Arbeitsgemeinschaften für Großprojekte zu sein als kleinere Betriebe, ist der Zusammenschluß in Arbeitsgemeinschaften für kleinere Betriebe von geringerer Bedeutung. Allein aus organisatorischen Gründen sind die Voraussetzungen für kleinere Betriebe, Arbeitsgemeinschaften zu bilden, ungünstiger. Kleinere Unternehmen ziehen es daher vor, wenn sie nicht die Bauleistung eigenverantwortlich erbringen, Aufträge an Subunternehmen weiterzugeben bzw. selbst als Subunternehmer tätig zu werden.

Der Anteil kleinerer Betriebe mit Subunternehmertätigkeit ist besonders hoch. Allein 364 (17,5 %) der 2 080 Einmannbetriebe traten 1984 als Subunternehmer auf, viele von ihnen ausschließlich oder nahezu ausschließlich.

Bei den Betrieben mit über 200 Beschäftigten spielen Subunternehmertätigkeiten auch eine — wenn auch nicht so große — Rolle. Von den 95 Betrieben mit 200 und mehr Beschäftigten waren 14 (14,7 %) ganz oder hauptsächlich nur teilweise als Subunternehmer tätig. Während jedoch Einmannbetriebe als Subunternehmen 85,6 % ihres Umsatzes aus Subunternehmertätigkeit erzielten, lag dieser Anteil bei den Betrieben ab 200 Beschäftigten lediglich bei 15,3 %. Pro Beschäftigten betrug der Subunternehmerumsatz bei Einmannbetrieben rd. 50 000 DM, bei Großbetrieben knapp 20 000 DM.

Die Struktur der Betriebe mit Subunternehmerumsatz weicht bei einigen ordnungspolitischen Merkmalen erheblich von den übrigen Betrieben des Bauhauptgewerbes ab. Während bei rd. 80 % der Betriebe des Bauhauptgewerbes der Inhaber oder Leiter dieser Betriebe in die Handwerksrolle eingetragen ist, liegt dieser Anteil bei den Subunternehmen bei knapp zwei Drittel.

Die Aufgliederung nach der Rechtsform ist in beiden Bereichen vergleichbar. 60 % der Betriebe (66 % der Subunternehmen) sind als Einzelfirma tätig. Zahlenmäßig von Bedeutung sind außerdem die Rechtsformen GmbH (19,6 % bzw. 16,3 %) und GmbH & Co. KG (8,7 % bzw. 6,8 %).

Nahezu identisch ist die Aufgliederung nach der Art der Betriebe. In beiden Fällen sind 98 % der Betriebe der einzige Betrieb des Unternehmens (Einbetriebsunterneh-

3) Angaben für 1985 liegen im Rahmen der Bautotalerhebung im November 1986 vor.

## Struktur der Betriebe des Bauhauptgewerbes

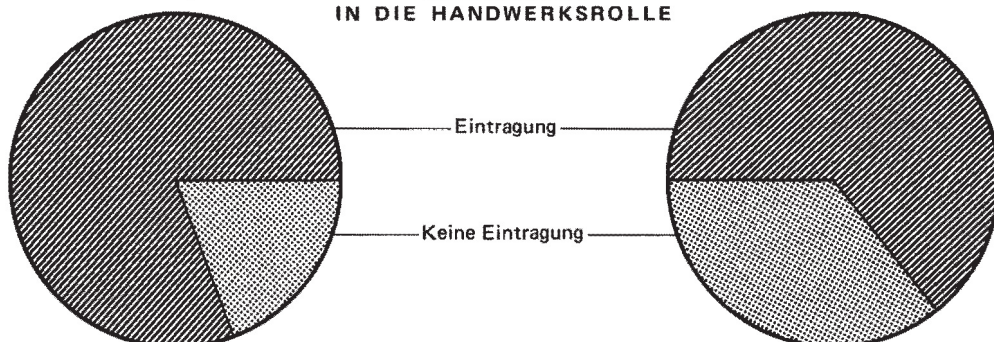
Betriebe  
des Bauhauptgewerbes



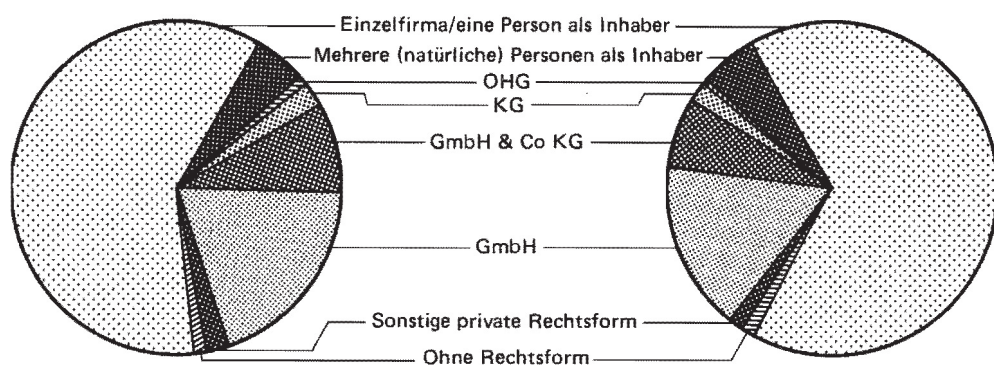
darunter Betriebe  
mit Subunternehmerumsatz



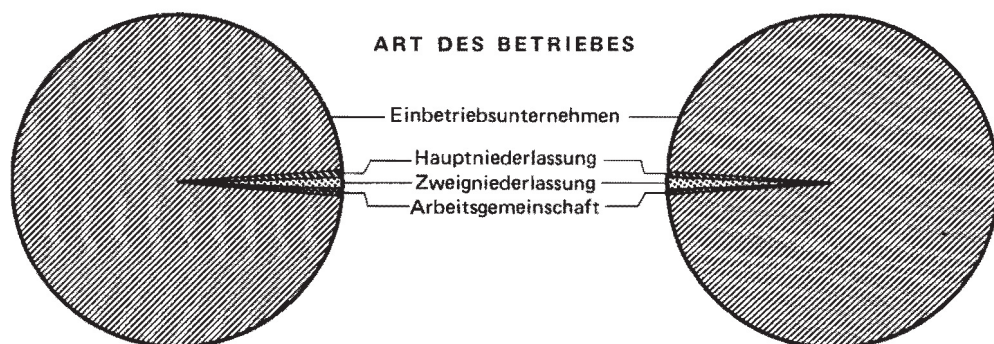
### EINTRAGUNG IN DIE HANDWERKSROLLE



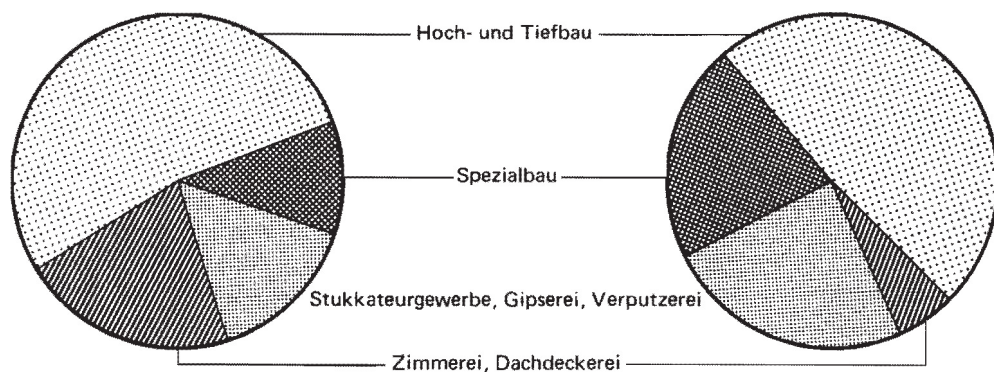
### RECHTSFORM



### ART DES BETRIEBES



### WIRTSCHAFTSZWEIG





men). Arbeitsgemeinschaften als Subunternehmen traten 1984 so gut wie gar nicht in Erscheinung.

Unterschiedlich ist dagegen die Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen. Zwar haben sowohl bei den Betrieben insgesamt als auch bei den Subunternehmen rd. die Hälfte der Betriebe ihren Schwerpunkt in verschiedenen Wirtschaftszweigen des Hoch- und Tiefbaus; beim Spezialbau (21,3 %) und beim Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei (24,2 %) ist der Anteil der Subunternehmer dagegen wesentlich höher als bei den Betrieben insgesamt (10,8 bzw. 14,8 %). Geringere Bedeutung haben Subunternehmertätigkeiten bei Zimmereien und Dachdeckereien (5,7 % im Vergleich zu 21,1 % bei sämtlichen Betrieben).

Betriebe des Bauhauptgewerbes mit Subunternehmerumsatz 1984 nach Wirtschaftszweigen						
Wirtschaftszweig	Betriebe	Anteil der Betriebe mit Subunternehmerumsatz an allen Betrieben	Beschäftigte	Baugewerblicher Umsatz	Umsatz aus Subunternehmertätigkeit	Anteil des Subunternehmerumsatzes am baugewerblichen Umsatz
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 DM		%
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	137	8,2	5 106	573 490	147 252	25,7
Hochbau (ohne Fertigteilbau)	246	6,9	4 016	392 188	129 006	32,9
Herstellung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau	7	20,6	216	23 278	8 760	37,6
Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau	4	10,8	22	2 960	2 460	83,1
Herstellung von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau	3	10,0	.	.	.	.
Montage von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau	6	12,0	27	5 670	3 028	53,4
Erdbewegungsarbeiten, Landeskulturbau	47	14,0	224	19 364	14 643	75,6
Wasser- und Wasserspezialbau	4	15,4	71	6 725	1 938	28,8
Straßenbau	58	10,9	3 071	402 898	62 326	15,5
Brunnenbau, nichtbergbauliche Tiefbohrung	7	17,9	148	20 814	14 538	69,8
Bergbauliche Tiefbohrung u. ä. (ohne Erdölbohrung)	1	12,5	.	.	.	.
Tiefbau (anderweitig nicht genannt)	109	10,5	3 433	375 973	63 066	16,8
Gerüstbau	12	10,4	219	21 276	4 784	22,5
Fassadenreinigung	1	4,5	.	.	.	.
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	3	2,5	340	44 157	7 421	16,8
Gebäudetrocknung	6	14,3	10	324	287	88,6
Abdichtung gegen Wasser, Feuchtigkeit	151	20,7	613	68 984	44 084	63,9
Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und ähnl.	97	18,8	551	44 905	25 569	56,9
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	23	18,4	189	19 454	11 040	56,7
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	318	15,2	1 288	102 112	41 094	40,2
Zimmerei, Ingenieurholzbau	25	3,2	291	34 982	11 741	33,6
Dachdeckerei	50	2,3	597	71 642	15 209	21,2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 315</b>	<b>9,3</b>	<b>20 629</b>	<b>2 243 089</b>	<b>619 706</b>	<b>27,6</b>

Betrachtet man den Anteil der Betriebe mit Subunternehmerumsatz an allen Betrieben des Bauhauptgewerbes — insgesamt belief sich der Anteil 1984 auf 9,3 % —, so sind in einigen Spezialwirtschaftszweigen stärkere Subunternehmereinsätze bemerkenswert. Hervorgehoben seien dabei die Isoliertätigkeiten, wie Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit (20,7 %) und Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und ähnliches (18,8 %), die Herstellung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau (20,6 %), das Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe (18,4 %) und der Brunnenbau sowie nichtbergbauliche Tiefbohrung (17,9 %).

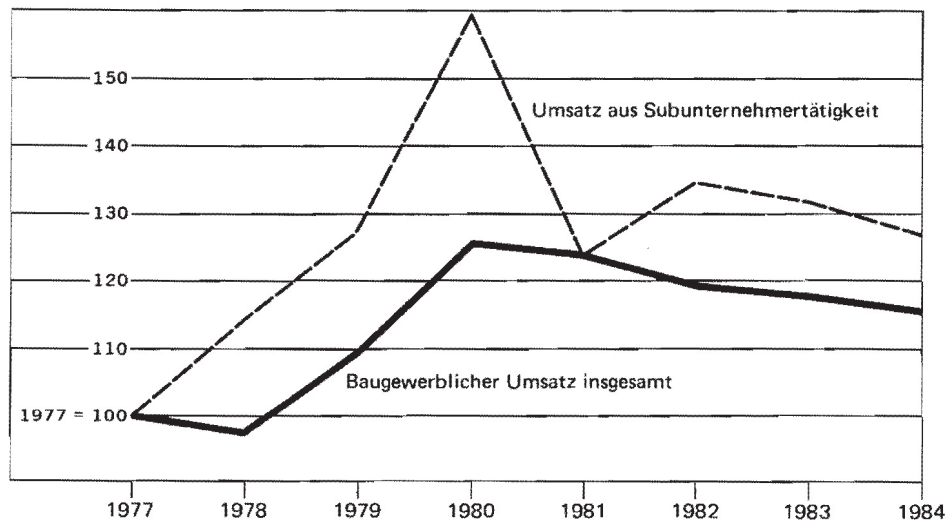
Eine Betrachtung nach den Umsätzen weicht von diesem Bild jedoch ab, da eine Reihe von Betrieben zwar u. a. auch Subunternehmereinsätze haben, dieses jedoch nicht der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist. Subunternehmer hatten 1984 im Durchschnitt einen Anteil des Subunternehmerumsatzes am baugewerblichen Umsatz von 27,6 %. Wesentlich über diesem Durchschnittswert lag der Anteil bei den Wirtschaftszweigen Gebäudetrocknung (88,6 %), Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau (83,1 %), Erdbewegungsarbeiten, Landeskulturbau (75,6 %), Brunnenbau sowie nichtbergbauliche Tiefbohrung (69,8 %) und Abdichtung gegen Wasser, Feuchtigkeit (63,9 %).

## Entwicklung der Subunternehmertätigkeiten 1977 bis 1984

Von den 24,6 Mrd. DM, die 1984 anbaugewerblichem Umsatz erwirtschaftet wurden, entfielen 620 Mill. DM auf Subunternehmertätigkeiten (2,5 %). Der Anteil war im betrachteten Zeitraum in etwa gleich. Er schwankte zwischen 2,3 % (1981) und 2,9 % (1980). Wenn auch damit Subunternehmertätigkeiten für das Bauhauptgewerbe insgesamt nur eine Randbedeutung haben, ist diese Art der Durchführung von Aufträgen bei kleineren Betrieben und in einigen Spezialwirtschaftszweigen entscheidender. So erwirtschafteten Kleinbetriebe unter 10 Beschäftigten im Zeitraum 1980 bis 1984 zwischen 4 und knapp 5 % des bauhauptgewerblichen Umsatzes aus Subunternehmertätigkeit.

Baugewerblicher Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit 1980 bis 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen								
Jahr		Betriebe mit Beschäftigten						Betriebe insgesamt
a = baugewerblicher Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit in 1 000 DM	b = Anteil am baugewerblichen Umsatz insgesamt in %	1 — 9	10 — 19	20 — 49	50 — 99	100 — 199	200 — 499	
1980	a	126 366	99 932	122 574	147 124	157 820	66 764	780 457
	b	4,8	2,9	2,1	2,8	4,0	2,2	2,9
1981	a	103 017	95 295	125 018	130 141	92 084	33 671	604 526
	b	4,0	2,7	2,2	2,8	2,3	1,1	2,3
1982	a	105 420	106 214	108 399	89 197	86 648	111 918	657 807
	b	4,1	3,0	1,9	2,2	2,3	3,7	2,6
1983	a	109 524	91 430	113 188	72 803	100 293	94 446	643 693
	b	4,4	2,7	2,2	1,8	2,7	3,0	2,6
1984	a	116 557	97 155	102 277	74 679	127 234	55 098	619 706
	b	4,3	2,7	2,1	1,8	3,4	2,1	2,5

## Baugewerblicher Umsatz und Umsatz aus Subunternehmertätigkeit 1977 — 1984



Die Tatsache, daß 1980, dem Jahr mit dem höchsten Produktionsindex der letzten Jahre, auch der Subunternehmerumsatz am höchsten war, könnte die eingangs angeführte These bestärken, daß Betriebe bei kurzfristiger Nachfragebelebung eher auf Subunternehmen ausweichen, als selbst die eigenen Kapazitäten zu erweitern.

Alt.



## Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

---

### Zusammenfassende Schriften

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1985  
(690 S., 39,00 DM; Bestell-Nr. Z 02 1 8500)

Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1985  
(122 S., 9,00 DM; Bestell-Nr. Z 03 1 8500)

Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Informationen aus der amtlichen  
Statistik, Ausgabe 1985  
(344 S., 13,00 DM; Bestell-Nr. Z 04 1 8500)

Statistische Rundschau Ruhrgebiet 1985  
(198 S., 10,00 DM; Bestell-Nr. Z 05 1 8500)

---

### Sonderveröffentlichungen

MAGS/LDS: Jahresgesundheitsbericht NRW 1984  
(176 S., 16,50 DM; Bestell-Nr. A 52 4 8400)

Postanschriften der Kreise und Gemeinden Nordrhein-Westfalens,  
Ausgabe 1985  
(68 S., 6,00 DM; Bestell-Nr. Z 13 5 8500)

Verzeichnis der Krankenhäuser in NRW, Ausgabe 1985  
(358 S., 17,00 DM; Bestell-Nr. A 53 5 8500)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder,  
Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Landesämter,  
Heft 14: Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise  
in der Bundesrepublik Deutschland  
(102 S., 10,00 DM; Bestell-Nr. P 51 4 1400)

Bundestagswahl in NRW 1987, Heft 1: Ergebnisse früherer Wahlen  
(86 S., 7,00 DM; Bestell-Nr. B 71 3 8700)

---

### Beiträge zur Statistik

Heft 545: Vorausberechnung der Bevölkerung in NRW 1984 – 2000/2010  
(104 S., 9,50 DM; Bestell-Nr. A 18 2 8400)

Heft 553: Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 1984,  
Wanderungsströme in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln  
(322 S., 32,50 DM; Bestell-Nr. A 32 2 8400)

Heft 554: Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 1984,  
Wanderungsströme in den Regierungsbezirken Münster, Detmold und Arnsberg  
(302 S., 30,50 DM; Bestell-Nr. A 33 2 8400)

Heft 541: Berufsbildende Schulen in NRW 1984  
(210 S., 20,00 DM; Bestell-Nr. B 21 2 8400)

Heft 543: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in NRW, Produktion  
ausgewählter Erzeugnisse 1978 – 1984  
(158 S., 15,50 DM; Bestell-Nr. E 79 2 8400)

Heft 546: Berufsbildungsstatistik NRW 1984  
(246 S., 23,50 DM; Bestell-Nr. B 25 2 8400)

Heft 549: Die Kapitalgesellschaften in NRW 1981 bis 1984  
(176 S., 17,00 DM; Bestell-Nr. D 11 2 8400)

Heft 550: Kunststoffverarbeitende Industrie in NRW 1978 bis 1984  
(134 S., 13,00 DM; Bestell-Nr. E 92 2 8400)

Heft 551: Das Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbe in NRW 1978 bis 1984  
(146 S., 14,00 DM; Bestell-Nr. E 91 2 8400)

---

Zu beziehen  
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),  
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unser Veröffentlichungsverzeichnis.





# 1

## Entwicklung der Haushaltsmitgliederquoten bis 2010 – Annahmen der Trend-Variante\*) –

Altersgruppe von ... bis ... Jahren	Jahr (jeweils Jahres- anfang)	Anteil der Personen in Privathaushalten mit ... Personen				
		1	2	3	4	5 und mehr
		%				
Deutsche						
unter 20	1984 <sup>1)</sup>	0,71	3,89	24,39	40,48	30,53
	1990	0,93	5,10	27,54	45,11	21,32
	2000/2010	1,05	6,31	29,04	45,11	18,49
20 — 24	1984 <sup>1)</sup>	16,09	20,73	24,05	21,09	18,03
	1990	20,69	23,31	25,00	18,00	13,00
	2000/2010	22,69	24,31	26,00	16,00	11,00
25 — 29	1984 <sup>1)</sup>	16,56	29,55	30,13	17,31	6,45
	1990	19,93	26,26	27,58	20,06	6,16
	2000/2010	23,34	27,17	27,59	17,71	4,20
30 — 34	1984 <sup>1)</sup>	10,28	20,97	31,31	28,42	9,03
	1990	14,06	22,75	28,84	26,33	8,03
	2000/2010	18,57	19,68	25,50	28,75	7,50
35 — 39	1984 <sup>1)</sup>	7,61	14,99	29,04	35,14	13,22
	1990	9,99	19,45	29,77	31,50	9,29
	2000/2010	13,69	21,32	27,65	29,23	8,11
40 — 44	1984 <sup>1)</sup>	6,56	14,78	26,97	33,08	18,61
	1990	9,76	18,17	29,25	32,30	10,52
	2000/2010	11,61	23,12	29,52	28,60	7,15
45 — 49	1984 <sup>1)</sup>	6,27	20,76	27,74	27,24	17,99
	1990	8,45	22,40	28,84	28,09	12,21
	2000/2010	10,39	26,54	30,09	26,45	6,52
50 — 54	1984 <sup>1)</sup>	8,04	36,50	27,97	17,19	10,30
	1990	9,21	33,56	27,61	20,21	9,41
	2000/2010	11,88	34,63	27,45	19,94	6,10
55 — 59	1984 <sup>1)</sup>	12,75	49,77	23,05	9,57	4,85
	1990	11,61	49,89	23,65	10,50	4,35
	2000/2010	13,46	46,41	23,62	12,49	4,02
60 — 64	1984 <sup>1)</sup>	20,89	57,27	14,46	4,66	2,73
	1990	19,30	59,91	13,94	4,65	2,20
	2000/2010	17,74	60,65	14,46	5,15	2,00
65 — 69	1984 <sup>1)</sup>	31,41	56,01	8,18	2,36	2,04
	1990	28,52	59,21	7,99	2,39	1,89
	2000/2010	26,37	62,00	7,72	2,38	1,53
70 — 74	1984 <sup>1)</sup>	40,50	50,90	4,82	1,62	2,16
	1990	41,94	50,63	4,22	1,62	1,58
	2000/2010	38,52	54,16	4,17	1,67	1,49
75 und mehr	1984 <sup>1)</sup>	51,07	37,18	5,52	2,68	3,55
	1990	51,07	37,18	5,52	2,68	3,55
	2000/2010	51,07	37,18	5,52	2,68	3,55

\*) Konstanz-Variante demgegenüber mit konstanten 84er-Basisquoten — 1) Für Basis 1984 wurden Ergebnisse des Mikrozensus 1982 verwandt.

Entwicklung der Haushaltsmitgliederquoten bis 2010  
– Annahme der Trend-Variante\*) –

2

Altersgruppe von ... bis ... Jahren	Jahr (jeweils Jahres- anfang)	Anteil der Personen in Privathaushalten mit ... Personen				
		1	2	3	4	5 und mehr
		%				
Ausländer						
unter 20	1984 <sup>1)</sup>	0,35	1,98	14,40	30,77	52,50
	1990	0,69	3,83	20,88	38,64	35,97
	2000	0,87	5,35	24,04	40,25	29,48
	2010	0,93	5,67	25,71	41,87	25,81
20 — 24	1984 <sup>1)</sup>	12,42	19,37	24,84	22,52	20,85
	1990	18,24	22,40	25,53	18,95	14,88
	2000	20,85	23,63	26,40	16,72	12,41
	2010	21,47	23,86	26,26	16,48	11,94
25 — 29	1984 <sup>1)</sup>	10,66	19,50	26,60	26,26	16,98
	1990	16,00	19,56	25,23	26,03	13,18
	2000	20,39	22,14	25,82	22,19	9,47
	2010	21,37	23,82	26,41	20,69	7,71
30 — 34	1984 <sup>1)</sup>	8,49	15,70	20,69	30,12	25,00
	1990	12,87	19,24	21,76	27,46	18,68
	2000	17,67	17,04	20,19	29,60	15,49
	2010	17,97	17,92	21,96	29,32	12,82
35 — 39	1984 <sup>1)</sup>	7,78	11,05	17,02	28,36	35,78
	1990	10,10	16,82	21,76	26,98	24,33
	2000	13,78	19,35	21,64	25,84	19,39
	2010	13,75	20,01	23,64	26,97	15,63
40 — 44	1984 <sup>1)</sup>	8,46	11,82	16,68	27,80	35,24
	1990	11,03	16,20	22,39	28,78	21,61
	2000	12,56	21,64	24,37	25,96	15,47
	2010	12,24	22,13	26,09	26,84	12,69
45 — 49	1984 <sup>1)</sup>	9,94	17,82	20,73	26,89	24,62
	1990	10,90	20,44	24,17	27,86	16,63
	2000	12,23	25,07	26,58	26,27	9,84
	2010	11,61	25,56	27,75	26,33	8,73
50 — 54	1984 <sup>1)</sup>	14,37	28,94	22,36	17,76	16,57
	1990	13,43	28,52	23,87	20,59	13,59
	2000	15,05	30,85	24,64	20,23	9,24
	2010	13,99	32,11	25,58	20,13	8,19
55 — 59	1984 <sup>1)</sup>	20,00	44,56	17,19	10,18	8,07
	1990	16,44	46,42	19,74	10,91	6,50
	2000	17,09	43,80	20,69	12,80	5,63
	2010	15,88	44,67	21,67	12,69	5,09
60 — 64	1984 <sup>1)</sup>	15,76	49,09	24,85	3,64	6,67
	1990	15,88	54,46	20,87	3,97	4,83
	2000	15,17	56,56	19,66	4,64	3,97
	2010	16,03	57,92	17,92	4,81	3,31
65 — 69	1984 <sup>1)</sup>	26,61	53,21	11,01	2,75	6,42
	1990	25,32	57,34	9,88	2,65	4,81
	2000	23,97	60,60	9,14	2,58	3,72
	2010	24,77	61,07	8,66	2,51	2,99
70 — 74	1984 <sup>1)</sup>	35,00	50,00	6,25	1,25	7,50
	1990	38,27	50,03	5,17	1,37	5,14
	2000	35,77	53,71	4,89	1,48	4,16
	2010	36,69	53,86	4,65	1,55	3,27
75 und mehr	1984 <sup>1)</sup>	33,82	48,53	—	5,88	11,76
	1990	39,57	44,75	1,84	4,81	9,02
	2000	42,44	42,86	2,76	4,28	7,66
	2010	45,32	40,96	3,68	3,75	6,29

Anmerkungen S. 250



Zur Beurteilung und zum Verständnis der vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge eines Raumes, den wir als „engere Heimat“ umschreiben können, ist eine statistische Erfassung seiner maßgeblichen Strukturmerkmale unentbehrlich. Einen solchen Überblick sozio-ökonomischer Fakten – mit vielen heimatkundlichen Zügen – bietet die Reihe der LDS-„Kreisbeschreibungen“. In dieser Reihe wurde unlängst ein Band über den Kreis Düren publiziert; eine Ausgabe über den Kreis Soest erscheint in Kürze.

**Statistische Rundschau für den Kreis Düren, 3. neubearb. Auflage 1985**  
(120 S. + 2 Karten, 11,00 DM; Bestell-Nr. Y 11 4 2900)

Nach der 1968er Darstellung des „alten Kreises“ Düren entstand 1977 die erste Gesamtdokumentation des 1972 gebildeten und später nochmals geringfügig veränderten heutigen Verwaltungsbezirkes.

In der aktualisierten Neufassung werden eingangs die geographisch-naturräumlichen Gegebenheiten und die (Verwaltungs-)Geschichte seit dem vorigen Jahrhundert eingehend beschrieben. Die folgenden fachstatistischen Kapitel durchleuchten beispielsweise die Bevölkerungsstruktur und ihre Wohnverhältnisse, die Bodennutzung und Erträge der Landwirtschaft oder die Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in allen ihren Zweigen einschl. des Handels, Gastgewerbes oder Fremdenverkehrs. Ein jeweils umfassendes Kapitel gilt dem Wahlverhalten, der Finanzsituation der Kommunen, Problemen des Umweltschutzes sowie den oft verzahnten Bereichen des Schulwesens oder der Jugend-, Alters- und Sozialhilfe und nicht zuletzt auch Aspekten des Gesundheitswesens.

**Statistische Rundschau für den Kreis Soest, 2. neubearb. Auflage 1986**  
(ca. 120 S. + Karten, 11,00 DM; Bestell-Nr. Y 11 4 3000)

Nach der 1972er, längst ausverkauften Darstellung des „alten Kreises“ Soest gibt das LDS nun in Erstfassung eine Gesamtdokumentation des Mitte 1969 durch Umlandgemeinden „angereicherten“ und umgegliederten, dann am 1. 1. 1975 durch Zusammenschluß mit dem früheren Kreis Lippstadt schließlich neu konstituierten Kreises Soest heraus. Darin werden territoriale, verwaltungspolitische und wirtschafts-soziologische Veränderungen dieses Raumes seit der Herrschaft des kölnischen Herzogtums Westfalens bis zur heutigen Einbindung in das Bundesland Nordrhein-Westfalen umrissen.

Die aktualisierte Neufassung beschreibt in zwei großen Einführungskapiteln eingehend die geographisch-naturräumlichen Gegebenheiten und die (Verwaltungs-)Geschichte. Vergleichende Karten und graphische Zuordnungen erleichtern heimatkundlich Interessierten den Nachvollzug des bunten, über gut zwei Jahrhunderte hinweg skizzierten Geschehens.

Die folgenden fachstatistischen Kapitel durchleuchten u. a. die Struktur der Bevölkerung und ihre Wohnverhältnisse, die Bodennutzung und Erträge der Landwirtschaft sowie die Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in allen ihren Zweigen einschl. des Handels, Gastgewerbes oder Fremdenverkehrs. Ein jeweils umfassender Abschnitt verfolgt das Wahlverhalten, die Finanzsituation der Kommunen, schildert Probleme des Umweltschutzes und die Bereiche des Schulwesens, der Jugend-, Alters- und Sozialhilfe und nicht zuletzt auch Aspekte des Gesundheitswesens.

# **ZAHLENSPIEGEL**



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup> . . . . .	1 000	16 777	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>1)</sup>				
2	* Eheschließungen <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	8 503	...
3	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr . . . . .		6,1	...
4	* Lebendgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	13 192	...
5	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr . . . . .		9,4	...
6	Totgeborene . . . . .	je 1 000 Geborene	4,7	...
7	* Gestorbene <sup>4)</sup> ohne Totgeborene . . . . .	Anzahl	15 710	...
8	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr . . . . .		11,2	...
9	* darunter im ersten Lebensjahr . . . . .	Anzahl	148	...
10	* je 1 000 Lebendgeborene . . . . .		11,2	...
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (—) . . . . .	Anzahl	—2 517	...
12	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr . . . . .		— 1,8	...
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene . . . . .	Anzahl	16 719	...
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene . . . . .	"	25 276	...
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (—) . . . . .	"	—8 557	...
16	* innerhalb des Landes Umgezogene <sup>6)</sup> . . . . .	"	36 562	...
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende . . . . .	1 000	717	734
18	* darunter Männer . . . . .	"	411	414
Landwirtschaft				
Viehbestand <sup>7)</sup>				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern) . . . . .	1 000	2 077	2 069
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe) . . . . .	"	639	622
21	* Schweine . . . . .	"	6 177	6 356
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine . . . . .	"	2 319	2 296
23	* Zuchtsauen . . . . .	"	706	731
24	* darunter trächtig . . . . .	"	466	474
Schlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft, Tieren aus der DDR und Berlin (Ost)				
25	* Rinder . . . . .	1 000 St.	77	74
26	* Kälber . . . . .	"	22	23
27	* Schweine . . . . .	"	989	1 021
28	* darunter Hausschlachtungen . . . . .	"	16	14
29	* Schlachtmengen <sup>8)</sup> . . . . .	1 000 t	106	107
30	* darunter Rinder . . . . .	"	22	21
31	* Kälber . . . . .	"	3	3
32	* Schweine . . . . .	"	81	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier <sup>9)</sup>				
33	* für Legehennenküken . . . . .	1 000	2 222	1 997
34	* für Masthühnerküken . . . . .	"	2 782	2 852
35	* Geflügelfleisch <sup>10)</sup> . . . . .	1 000 kg	3 003	3 321
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung . . . . .	1 000 t	271	264
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert . . . . .	%	96,9	96,4
38	* Milchleistung je Kuh und Tag . . . . .	kg	13,3	13,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>11)</sup>				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	AuftragseingangsindeX (nominal) . . . . .	1980 = 100	114	121
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1980 = 100	96	100
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber) . . . . .	1 000	1 942	1 947
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	1 357	1 363
43	* geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	190 156	189 383
44	* Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	4 004	4 174
45	* Gehälter (brutto) . . . . .	"	2 694	2 797
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	33 635	35 360
47	* darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	9 737	10 476

1) Bei den Werten des Jahres 1985 handelt es sich um vorläufige Werte. — 2) nach dem Ereignisort — 3) nach der Wohngemeinde der Mutter — 1984 — 6) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 7) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Viehbestand am 3. Dezember 1984 bzw. Fassungsvormögen von 1 000 und mehr Eiern — 10) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von

1984		1985				1986	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
16 731	16 704	16 699	16 678	16 673	...	...	1
7 392	9 739	3 546	8 748	6 609	...	...	2
5,4	6,9	2,5	6,2	4,8	...	...	3
12 776	12 631	12 599	14 094	12 356	...	...	4
9,3	8,9	8,9	9,9	9,0	...	...	5
3,7	4,8	3,7	4,0	4,0	...	...	6
15 621	15 817	17 762	15 540	16 164	...	...	7
11,4	11,2	12,5	11,0	11,8	...	...	8
149	124	158	133	139	...	...	9
11,7	9,8	12,5	9,4	11,2	...	...	10
-2 845	-3 186	-5 163	-1 446	-3 808	...	...	11
-2,1	-2,3	-3,6	-1,0	-2,8	...	...	12
16 790	13 653 <sup>5)</sup>	16 705	21 010	15 824	...	...	13
17 877	37 196 <sup>5)</sup>	16 203	23 488	17 250	...	...	14
-1 087	-23 543 <sup>5)</sup>	+502	-2 478	-1 426	...	...	15
36 591	32 135	37 774	42 743	35 906	...	...	16
702	720	769	709	718	739	777	17
396	412	455	384	393	412	440	18
.	2 077	.	.	.	2 069	.	19
.	639	.	.	.	622	.	20
.	6 177	.	.	.	6 356	.	21
.	2 319	.	.	.	2 296	.	22
.	706	.	.	.	731	.	23
.	466	.	.	.	474	.	24
91	75	80	91	87	74	82	25
22	21	22	26	22	23	24	26
986	911	1 048	1 113	1 037	1 022	1 070	27
27	28	27	11	28	25	27	28
106	96	110	121	111	107	113	29
24	21	22	26	24	21	24	30
3	3	3	3	3	3	3	31
79	72	84	90	84	82	86	32
1 799	1 187	1 843	1 380	1 404	1 342	1 989	33
2 598	2 218	2 484	2 998	2 496	2 903	2 865	34
3 043	3 055	3 213	3 613	3 292	3 505	3 741	35
220	235	244	242	224	241	251	36
95,5	95,5	95,4	96,2	95,7	95,7	96,2	37
11,0	11,4	11,8	12,2	11,7	12,2	13,0	38
117	107	123	131	121	109	126	39
106	100	90	102	111	99	94	40
1 942	1 931	1 929	1 962	1 959	1 947	1 950	41
1 356	1 347	1 346	1 374	1 371	1 360	1 363	42
196 514	169 321	192 172	208 843	193 014	171 000	195 218	43
4 695	4 168	3 893r	4 723	4 855	4 333	4 054	44
3 528	2 871	2 611r	2 733	3 688	2 994	2 742	45
35 276	34 376	33 282r	38 976	35 711	36 136	34 990	46
10 011	10 656	9 742r	11 202	10 363	11 969	10 195	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) einschl. nachträglich einbezogener Buchungsvorgänge des Zeitraumes Januar bis November 3. Dezember 1985 — 8) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien — 9) in Betrieben mit einem 2 000 und mehr Tieren im Monat — 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>				
1	* Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t SKE <sup>2)</sup>	2 245	2 195
2	* Gasverbrauch <sup>3)</sup> . . . . .	Mill. m <sup>3</sup>	949	947
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas . . . . .	"	304	311
4	* Erd- und Erdölgas . . . . .	"	645	636
5	* Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	437	393
6	* leichtes Heizöl . . . . .	"	109	102
7	* schweres Heizöl . . . . .	"	328	291
8	* Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	6 389	6 493
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung) . . . . .	"	2 824	2 717
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1980 = 100	88	90
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	168	163
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	136	133
13	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	15 963	15 878
14	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	428	439
15	Gehälter (brutto) . . . . .	"	169	171
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	2 143	2 135
17	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	335	294
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangindex (nominal) . . . . .	1980 = 100	118	122
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1980 = 100	97	98
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	530	528
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	356	354
22	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	50 374	49 480
23	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	1 159	1 197
24	Gehälter (brutto) . . . . .	"	869	905
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	13 684	14 371
26	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	4 241	4 582
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangindex (nominal) . . . . .	1980 = 100	112	124
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1980 = 100	96	104
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	822	839
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	561	575
31	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	79 931	81 178
32	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	1 629	1 736
33	Gehälter (brutto) . . . . .	"	1 197	1 247
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	10 708	11 627
35	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	4 101	4 437
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangindex (nominal) . . . . .	1980 = 100	112	114
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1980 = 100	95	96
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	319	315
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	237	234
40	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	33 585	32 677
41	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	616	625
42	Gehälter (brutto) . . . . .	"	325	335
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	4 307	4 434
44	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	862	947
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt) . . . . .	1980 = 100	102	106
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	103	102
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden) . . . . .	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden . . . . .	"	10 303	10 170
49	Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	172	177
50	Gehälter (brutto) . . . . .	"	134	139
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	2 793	2 793
52	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	198	216
Handwerk <sup>5)</sup>				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>6)</sup> . . . . .	30. 9. 76 = 100	96,9	95,5
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) . . . . .	Vj.-D. 1976 = 100	128,1	125,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; — ab 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich  
kohle — 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169 kJ/m<sup>3</sup> — 4) am Monatsende — 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe — 6) am Ende des

1984		1985				1986	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
2 317	2 105	.	.	.	6 706	.	1
958	936	.	.	.	2 937	.	2
302	282	.	.	.	1 025	.	3
656	654	.	.	.	1 912	.	4
455	457	.	.	.	1 307	.	5
114	121	.	.	.	336	.	6
341	336	.	.	.	971	.	7
6 509	6 094	6 508r	6 860	6 631	6 135	6 666	8
2 932	2 838	3 289	2 819	2 985	2 758	3 044	9
93	86	88	91	97	88	94	10
166	165	164	163	162	162	162	11
135	134	133	133	132	132	132	12
16 429	13 699	16 935	17 684	15 809	13 886	17 569	13
415	389	403	759	419	405	426	14
237	164	157	166	241	168	160	15
2 203	2 630	2 131	2 107	2 141	2 613	2 214	16
337	441	294	265	226	307	253	17
123	110	127	131	114	109	126	18
100	89	91	96	101	87	94	19
528	526	524	530	529	525	524	20
354	352	350	356	355	352	350	21
51 737	44 540	48 975	53 454	50 251	44 890	49 994	22
1 303	1 253	1 117r	1 284	1 362	1 239	1 143	23
1 139	932	847r	907	1 184	965	899	24
14 305	12 542	13 848r	15 442	13 800	12 260	13 979	25
4 406	3 954	4 463r	4 768	4 258	4 089	4 452	26
114	114	129r	133	134	120	134	27
111	116	87	109	122	115	93	28
827	823	824	850	850	846	849	29
564	561	563	584	584	580	583	30
82 906	72 088	82 116	90 283	83 552	73 278	83 449	31
1 988	1 719	1 603	1 851	2 068	1 844	1 699	32
1 543	1 274	1 162	1 194	1 620	1 334	1 224	33
11 256	12 814	10 168r	13 205	12 342	14 604	11 271	34
4 147	5 321	3 838r	4 849	4 715	6 557	4 259	35
115	90	111	134	117	92	119	36
104	91	90	100	107	88	92	37
317	315	315	315	315	313	315	38
235	233	234	234	233	231	233	39
34 595	29 344	33 893	36 183	33 032	29 246	34 029	40
769	629	602	643	775	662	618	41
424	356	314	330	447	375	325	42
4 536	3 746	4 353	5 186	4 606	3 906	4 691	43
885	757	941r	1 072	926	813	1 029	44
118	108	95	111	123	107	99	45
104	102	102	104	103	101	100	46
68	67	66	67	67	65	65	47
10 847	9 650	10 253	11 239	10 370	9 700	10 177	48
220	178	168	186	231	183	168	49
185	145	131	136	196	152	134	50
2 976	2 644	2 782	3 036	2 822	2 753	2 835	51
236	183	206	248	238	203	202	52
.	97,5	.	.	.	94,5	.	53
.	145,6	.	.	.	144,8	.	54

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsvierteljahres



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto) . . . . .	Mill. kWh	11 828	11 167
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten) . . . . .	"	9 836	9 997
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde . . . . .	"	1 877	1 814
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) <sup>1)</sup> . . . . .	Anzahl	251 343	234 019
5	* geleistete Arbeitsstunden . . . . .	1 000	27 973	24 256
6	* darunter für Wohnungsbauten . . . . .	"	11 593	8 470
7	* gewerbliche und industrielle Bauten <sup>2)</sup> . . . . .	"	8 624	8 499
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten . . . . .	"	7 757	7 286
9	* Löhne (brutto) . . . . .	Mill. DM	605,8	540,5
10	* Gehälter (brutto) . . . . .	"	140,2	136,3
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.) . . . . .	"	2 076,7	1 858,8
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau) . . . . .	Anzahl	2 761	2 292
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen . . . . .	"	2 359	2 074
14	* Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	3 193	2 321
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke . . . . .	1 000 DM	1 015 365	724 340
16	* Wohnfläche . . . . .	1 000 m <sup>2</sup>	551	397
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau) . . . . .	Anzahl	430	407
18	* Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	2 181	2 127
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke . . . . .	1 000 DM	423 105	374 397
20	* Nutzfläche . . . . .	1 000 m <sup>2</sup>	360	352
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	6 898	4 701
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel <sup>3)</sup> . . . . .	1980 = 100	109,5	112,1
23	davon des Einzelhandels mit	"		
24	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	"	115,3	115,7
25	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren . . . . .	"	103,3	109,2
26	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgröße) . . . . .	"	102,4	100,4
27	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgröße-geräten, Musikinstrumenten . . . . .	"	107,4	110,7
28	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen . . . . .	"	118,6	123,6
29	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln . . . . .	"	114,5	120,0
30	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen) . . . . .	"	121,0	122,7
31	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen . . . . .	"	122,3	126,8
32	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art <sup>4)</sup> . . . . .	"	101,0	104,0
33	Index der Umsätze im Großhandel <sup>5)</sup> . . . . .	1980 = 100	115,6	120,9
34	davon des Großhandels mit	"		
35	Rohstoffen und Halbwaren . . . . .	"	116,5	123,4
36	Fertigwaren . . . . .	"	114,3	117,2
37	* Index der Umsätze im Gastgewerbe <sup>3)</sup> . . . . .	1980 = 100	108,1	108,2
38	davon Beherbergungsgewerbe . . . . .	"	114,1	115,4
39	Gaststättengewerbe . . . . .	"	106,2	105,6
40	Kantinen . . . . .	"	115,6	123,0
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
41	Bezüge Nordrhein-Westfalens . . . . .	1 000 DM	182 534	173 385
42	Lieferungen Nordrhein-Westfalens . . . . .	"	156 534	190 994
Ausfuhr insgesamt				
43	* Ausfuhr insgesamt . . . . .	Mill. DM	10 838,7	11 995,2
44	* davon Güter der Ernährungswirtschaft . . . . .	"	308,2	337,8
45	* Güter der gewerblichen Wirtschaft . . . . .	"	10 530,5	11 659,9
46	* davon Rohstoffe . . . . .	"	318,4	313,6
47	* Halbwaren . . . . .	"	1 112,9	1 150,1
48	* Fertigwaren . . . . .	"	9 099,2	10 196,2
49	* davon Vorerzeugnisse . . . . .	"	3 104,2	3 412,0
50	* Enderzeugnisse . . . . .	"	5 995,0	6 784,2
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
51	Belgien und Luxemburg . . . . .	Mill. DM	1 198,3	1 333,7
52	Dänemark . . . . .	"	207,4	253,8
53	Frankreich . . . . .	"	1 055,2	1 153,4
54	Griechenland . . . . .	"	90,0	101,8
55	Großbritannien . . . . .	"	897,7	1 049,9
56	Italien . . . . .	"	687,8	769,8
57	Niederlande . . . . .	"	1 229,6	1 337,5
58	Republik Irland . . . . .	"	55,3	68,1
59	* EG-Länder zusammen . . . . .	"	5 421,2	6 062,5
60	* EFTA-Länder zusammen . . . . .	"	1 348,9	1 528,1
61	übrige Länder . . . . .	"	4 068,7	4 407,0

1) am Monatsende — 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus — 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse

1984		1985				1986	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
11 448	11 797	14 030	12 048	12 458	11 926	13 060	1
9 988	10 598	12 085	10 075	10 849	10 666	...	2
1 949	1 885	2 217	1 886	1 969	1 854	1 990	3
246 993	243 080	234 909	235 903	233 357	228 955	221 357	4
28 600	21 503	13 474	31 144	22 788	19 275	17 731	5
11 020	8 203	4 435	10 469	7 314	6 259	5 533	6
9 032	7 047	5 951	10 676	8 464	7 116	7 294	7
8 548	6 253	3 088	9 999	7 010	5 900	4 904	8
805,3	533,2	322,8	655,7	706,0	497,1	410,5	9
187,1	139,3	128,9	133,3	186,5	140,6	127,6	10
2 482,6	2 556,3	1 061,5	2 390,1	2 151,4	2 265,2	1 196,4	11
2 087	2 368	2 121	2 229	1 819	1 962	1 512	12
1 804	2 109	1 860	2 050	1 641	1 793	1 388	13
2 272	2 502	2 135	2 210	1 863	1 889	1 432	14
726 271	797 490	673 880	675 393	582 294	587 621	449 293	15
395	430	371	377	325	329	243	16
496	424	330	429	374	415	269	17
2 183	2 329	1 606	1 687	1 929	3 376	1 567	18
381 781	558 953	353 630	266 450	348 159	659 673	300 495	19
322	427	271	289	304	520	258	20
4 975	5 309	4 463	4 288	3 933	3 844	2 867	21
116,3	139,7	102,8	121,8	124,4	140,6	109,5	22
117,4	131,8	109,4	119,9	119,6	134,5	111,9	23
119,6	154,1	98,3	134,4	144,2	147,1	103,8	24
114,1	133,1	79,6	117,6	116,8	128,0	89,2	25
125,6	181,6	102,4	121,0	137,7	193,2	113,5	26
132,3	180,1	113,1	127,7	136,9	185,1	128,7	27
115,2	135,6	113,6	125,1	122,4	142,1	122,5	28
112,0	117,4	106,7	134,8	122,7	118,6	112,9	29
114,0	101,2	105,1	141,5	126,5	119,6	126,8	30
112,7	151,1	100,0	107,7	117,1	145,4	102,8	31
120,2	111,6	110,9	138,1	122,4	111,8	110,1	32
119,7	106,9	111,2	141,8	123,3	106,6	107,4	33
120,9	118,6	110,4	132,5	121,1	119,5	114,1	34
105,6	110,9	95,4	116,1	107,7	109,7	99,5	35
105,7	103,9	95,6	139,1	112,4	105,5	109,2	36
104,5	112,6	93,9	108,7	105,2	110,2	95,8	37
127,4	112,2	125,0	146,3	135,3	121,8	126,3	38
206 071	190 531	171 368	190 370	160 120	189 232	229 072	39
171 854	197 868	173 582	224 363	205 499	255 506	260 652	40
11 552,1	10 832,8	11 442,7	13 372,9	11 586,2	11 705,1	11 580,1	41
341,9	309,7	318,1	379,0	326,0	327,4	300,8	42
11 210,2	10 523,1	11 124,6	12 993,9	11 260,2	11 377,7	11 279,3	43
337,3	322,4	295,0	316,0	287,0	271,3	311,9	44
1 203,8	1 060,7	1 160,4	1 235,3	1 024,1	985,4	1 013,6	45
9 669,1	9 140,0	9 669,1	11 442,6	9 949,1	10 121,0	9 953,8	46
3 341,4	2 878,7	3 464,3	3 754,6	3 265,0	3 126,4	3 390,9	47
6 327,7	6 261,3	6 204,8	7 688,0	6 684,1	6 994,6	6 562,9	48
1 265,5	1 144,6	1 309,2	1 503,3	1 343,9	1 164,8	1 321,9	49
221,3	215,1	248,2	308,2	252,5	253,0	236,9	50
1 142,1	982,8	1 128,4	1 290,9	1 104,9	1 070,0	1 239,4	51
94,2	93,7	89,7	109,9	70,7	86,6	86,1	52
920,2	813,0	912,4	1 260,7	1 056,6	1 003,4	1 031,8	53
760,0	657,1	694,4	866,7	740,2	742,7	782,5	54
1 325,8	1 144,1	1 289,5	1 486,9	1 256,6	1 206,6	1 333,2	55
56,8	45,1	55,0	73,9	61,3	65,1	68,0	56
5 785,9	5 095,5	5 727,0	6 900,6	5 886,7	5 592,2	6 390,5	57
1 449,5	1 329,7	1 418,6	1 781,6	1 547,2	1 452,3	1 525,8	58
4 316,7	4 407,6	4 297,1	4 690,7	4 152,3	4 660,5	3 663,8	59

gültige Ergebnisse — 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel — 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	<b>Noch: Handel und Gastgewerbe</b>			
	<b>Fremdenverkehr<sup>1)</sup></b>			
1	* Gästeankünfte . . . . .	1 000	750	748
2	* darunter von Auslandsgästen . . . . .	"	140	141
3	* Gästeübernachtungen . . . . .	"	2 342	2 385
4	* darunter von Auslandsgästen . . . . .	"	321	330
	<b>Verkehr</b>			
	<b>Binnenschifffahrt</b>			
5	Güterumschlag in den Binnenhäfen . . . . .	1 000 t	11 639	11 086
6	* davon Gütereingang . . . . .	"	6 615	6 592
7	* Gütersendung . . . . .	"	5 024	4 494
8	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich . . . . .	1 000 t	11 415	10 860
9	davon Bergverkehr . . . . .	"	7 484	7 418
10	Talverkehr . . . . .	"	3 931	3 442
	<b>Kraftfahrzeuge</b>			
11	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	56 756	55 130
12	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen . . . . .	"	50 120	49 804
13	Lastkraftwagen . . . . .	"	2 194	2 189
14	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern . . . . .	"	3 363	2 179
	<b>Straßenverkehrsunfälle</b>			
15	Unfälle insgesamt . . . . .	Anzahl	40 111	41 010
16	* davon mit Personenschaden . . . . .	"	7 812	6 783
17	mit nur Sachschaden . . . . .	"	32 299	34 227
18	* getötete Personen . . . . .	"	182	141
19	* verletzte Personen . . . . .	"	9 864	8 502
20	darunter schwerverletzte Personen . . . . .	"	2 956	2 445
	<b>Deutsche Bundesbahn<sup>3)</sup></b>			
21	Güterempfang . . . . .	1 000 t	7 366	...
22	Güterversand . . . . .	"	9 307	...
23	Güterwagenstellung . . . . .	1 000	340	...
	<b>Deutsche Bundespost<sup>4)</sup></b>			
24	Briefsendungen . . . . .	Mill.	239	368
25	Paketsendungen . . . . .	1 000	4 727	4 627
26	abgehende Ferngespräche . . . . .	Mill.	229	...
27	aufgegebene Telegramme . . . . .	1 000	140	136
	<b>Geld und Kredit</b>			
	<b>Kredite und Einlagen<sup>5)</sup></b>			
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) . . . . .	Mill. DM	407 144	421 981
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken . . . . .	"	398 767	413 403
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.) . . . . .	"	89 864	89 364
31	* an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	88 049	86 974
32	* an öffentliche Haushalte . . . . .	"	1 815	2 390
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre) . . . . .	"	40 333	38 485
34	* an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	36 033	34 301
35	* an öffentliche Haushalte . . . . .	"	4 300	4 184
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber) . . . . .	"	269 898	286 008
37	* an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	215 609	231 185
38	* an öffentliche Haushalte . . . . .	"	54 289	54 823
39	durchlaufende Kredite . . . . .	"	7 049	8 124
40	an Unternehmen und Privatpersonen . . . . .	"	6 447	7 228
41	an öffentliche Haushalte . . . . .	"	602	896

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze — 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt — 3) Ergebnisse für die Bereiche Angaben umfassen die in NW gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentral Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und bis Dezember 1985 ohne die Kreditgenossenschaften, deren



# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>1)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	348 765	366 837
2	* Sichteinlagen und Termingelder <sup>1)</sup>	"	202 385	212 770
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	166 313	174 510
4	* von öffentlichen Haushalten	"	36 072	38 260
5	* Spareinlagen	"	146 380	154 067
6	* bei Sparkassen	"	89 259	93 990
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	8 900	9 422
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 476	8 783
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	420	478
10	* Vergleichsverfahren	"	2	3
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	4 274	4 208
12	* Wechselsumme	Mill. DM	34	36
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	470 202	463 137
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	449 079	443 080
15	von Lastenzuschuß	"	21 124	20 060
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	119	122
17	Mietzuschuß je Fall	"	118	121
18	Lastenzuschuß je Fall	"	140	139
Gesetzliche Krankenversicherung <sup>2)</sup> (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 834	9 865
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 620	5 665
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 930	2 950
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	7 639,0	7 989,3
23	* Steuern vom Einkommen	"	4 487,4	4 861,6
24	* Lohnsteuer <sup>3)</sup>	"	3 160,7	3 428,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	688,9	725,0
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	117,2	142,5
27	* Körperschaftsteuer <sup>3)</sup>	"	520,5	565,4
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 151,6	3 127,7
29	* Umsatzsteuer	"	1 465,4	1 330,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 686,3	1 797,2
31	* Bundessteuern	"	1 194,1	1 246,7
32	darunter Ergänzungsabgaben	"	0,2	0,4
33	* Zölle	"	119,4	120,9
34	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	991,7	1 030,2
35	darunter Mineralölsteuer	"	558,6	612,7
36	* Landessteuern <sup>4)</sup>	"	391,6	394,0
37	* darunter Vermögensteuer	"	102,0	100,7
38	* Kraftfahrzeugsteuer	"	161,6	161,2
39	* Biersteuer	"	32,2	31,9
40	* Gemeindesteuern <sup>4)5)</sup>	"	2 643,6	2 756,4
41	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 990,3	2 105,4
42	* Grundsteuer A	"	13,0	13,4
43	* Grundsteuer B	"	461,1	475,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>				
44	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	15 780,8	16 394,5
45	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
46	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 193,0	6 145,9
47	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
48	* Steuereinnahmen des Landes	"	9 793,2	10 280,6
49	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
50	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 612,9	2 590,2
51	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
52	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 094,6	4 324,1
53	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 732,4	1 869,1
54	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>6)</sup>	"	1 708,9	1 804,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 2) Anmerkungen und weitere  
ern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer — 5) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt

1984		1985				1986	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktobre	November	Dezember	Januar	
338 376	348 765	342 345	348 979	354 361	366 837	368 498	1
198 619	202 385	195 941	201 788	206 835	212 770	213 450	2
163 255	166 313	159 932	165 088	169 765	174 510	175 124	3
35 364	36 072	36 009	36 700	37 070	38 260	38 826	4
139 757	146 380	146 404	147 191	147 526	154 067	155 048	5
85 233	89 259	89 489	89 869	90 113	93 990	93 733	6
7 735	14 415	13 136	8 709	7 428	15 365	15 158	7
7 074	7 793	13 111	8 519	7 093	8 825	15 595	8
431	422	433	515	348	480	463	9
4	2	1	2	1	3	1	10
4 040	4 145	4 061	4 254	3 645	3 789	3 608	11
31	35	34	33	27	30	28	12
472 765	467 276	446 553	462 671	474 643	463 600	...	13
451 704	446 250	427 503	442 904	454 505	443 878	...	14
21 061	21 026	19 050	19 767	20 138	19 722	...	15
120	120	121	121	122	122	...	16
119	119	120	121	121	121	...	17
139	139	140	137	138	138	...	18
9 906	9 896	9 848	9 934	9 929	9 917	9 894	19
5 686	5 681	5 653	5 732	5 725	5 715	5 701	20
2 935	2 937	2 941	2 953	2 954	2 952	2 954	21
6 341,6	13 031,2	7 637,6	6 302,9	6 517,5	13 915,7	6 863,1	22
2 944,3	9 663,2	4 312,4	3 380,4	3 193,4	10 292,8	4 296,9	23
2 862,2	5 286,4	3 762,4	3 372,1	3 050,2	5 962,3	3 718,8	24
13,3	2 613,7	177,4	-101,6	-42,5	2 823,3	59,6	25
56,2	49,5	176,4	87,0	83,1	80,0	210,1	26
12,6	1 713,6	196,1	22,9	102,6	1 427,2	308,4	27
3 397,3	3 368,0	3 325,2	2 922,5	3 324,1	3 623,0	2 566,1	28
1 593,8	1 623,3	1 770,3	1 014,9	1 547,6	1 723,3	980,6	29
1 803,5	1 744,7	1 554,9	1 907,5	1 776,5	1 899,7	1 585,6	30
1 417,2	2 164,0	312,1	1 248,2	1 295,9	2 350,3	339,9	31
0,2	0,2	0,2	1,1	0,5	0,8	5,1	32
135,1	119,2	102,5	125,2	119,3	120,4	117,8	33
1 204,1	2 006,4	112,9	1 045,9	1 040,5	2 159,7	132,6	34
762,2	1 158,7	59,6	681,0	639,7	1 291,1	66,6	35
532,6	208,4	417,3	327,1	499,8	231,0	244,8	36
259,7	18,5	41,5	16,4	250,6	22,5	12,2	37
147,2	96,5	205,8	180,3	118,5	85,3	60,7	38
33,9	31,1	33,0	32,8	33,4	29,9	35,5	39
.	2 630,6	.	.	.	2 741,2	.	40
.	2 061,3	.	.	.	2 168,2	.	41
.	11,9	.	.	.	12,0	.	42
.	402,2	.	.	.	415,5	.	43
.	18 163,1	.	.	.	18 955,3	.	44
.	6 952,9	.	.	.	7 303,5	.	45
.	6 351,5	.	.	.	6 464,5	.	46
.	256,7	.	.	.	292,8	.	47
.	10 964,3	.	.	.	11 388,3	.	48
.	6 952,9	.	.	.	7 303,5	.	49
.	2 686,7	.	.	.	2 734,0	.	50
.	256,7	.	.	.	292,8	.	51
.	4 182,6	.	.	.	4 415,2	.	52
.	2 065,5	.	.	.	2 259,6	.	53
.	1 547,8	.	.	.	1 582,5	.	54

Merkmale auf der letzten Seite — 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung — 4) Landessteuern (Gemeindesteuern — 6) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	<b>Preise</b>			
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			
1	* Gesamtlebenshaltung . . . . .	1980 = 100	118,4	120,9
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren . . . . .	"	115,3	115,9
3	Wohnungsmieten <sup>1)</sup> , Energie . . . . .	"	122,5	126,4
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung . . . . .	"	115,6	117,2
5	Bekleidung, Schuhe . . . . .	"	117,1	120,0
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen			
6	Gesamtlebenshaltung . . . . .	1980 = 100	118,4	120,9
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren . . . . .	"	115,0	115,6
8	Wohnungsmieten <sup>1)</sup> , Energie . . . . .	"	122,6	126,6
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung . . . . .	"	115,5	117,2
10	Bekleidung, Schuhe . . . . .	"	117,6	120,7
	Preisindex <sup>2)</sup> für Wohngebäude			
11	* Bauleistungen am Bauwerk . . . . .	1980 = 100	114,4	114,8
12	davon Rohbauarbeiten . . . . .	"	111,3	110,7
13	Ausbauarbeiten . . . . .	"	118,7	120,8
14	Preisindex <sup>2)</sup> für gemischt genutzte Gebäude . . . . .	"	114,9	115,5
15	für Bürogebäude . . . . .	"	115,9	116,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude . . . . .	"	116,2	116,8
17	Preisindex für den Straßenbau <sup>2)</sup> . . . . .	"	100,6	102,1
	<b>Löhne und Gehälter</b>			
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau <sup>3)</sup>			
	Bruttowochenverdienste			
18	* männliche Arbeiter . . . . .	DM	694	719
19	* darunter Facharbeiter . . . . .	"	732	760
20	* weibliche Arbeiter . . . . .	"	473	491
21	* darunter Hilfsarbeiter . . . . .	"	461	478
	Bruttostundenverdienste			
22	* männliche Arbeiter . . . . .	DM	16,70	17,42
23	* darunter Facharbeiter . . . . .	"	17,66	18,39
24	* weibliche Arbeiter . . . . .	"	11,82	12,40
25	* darunter Hilfsarbeiter . . . . .	"	11,48	12,10
	bezahlte Wochenarbeitszeit			
26	männliche Arbeiter . . . . .	h	41,5	41,3
27	weibliche Arbeiter . . . . .	"	40,0	39,6
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste <sup>3)</sup>			
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau			
	kaufmännische Angestellte			
28	* männlich . . . . .	DM	4 253	4 428
29	* weiblich . . . . .	"	2 922	3 030
	technische Angestellte			
30	* männlich . . . . .	DM	4 450	4 649
31	* weiblich . . . . .	"	2 998	3 101
	in Handel, Kredit und Versicherungen			
	kaufmännische Angestellte			
32	* männlich . . . . .	DM	3 485	3 644
33	* weiblich . . . . .	"	2 358	2 468
	<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>			
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung <sup>4)</sup> . . . . .		-0,5	+0,1

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen — 2) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt — 3) mit der jeweiligen von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Glättung der Vormonatswerte; zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)



1984		1985				1986	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktobre	November	Dezember	Januar	
119,1	119,2	119,8	121,0	121,2	121,3	121,5	1
114,5	114,5	115,1	115,0	115,3	115,6	116,2	2
124,3	124,5	125,2	127,1	127,4	126,8	126,2	3
116,1	116,1	116,3	117,6	117,9	117,9	118,0	4
118,5	118,6	118,8	120,7	121,1	121,2	121,3	5
119,1	119,2	119,8	120,9	121,2	121,3	121,5	6
114,2	114,2	114,8	114,7	114,9	115,3	116,0	7
124,6	124,7	125,3	127,3	127,6	127,1	126,7	8
116,1	116,1	116,3	117,6	117,8	117,9	117,9	9
119,0	119,1	119,3	121,5	121,9	122,0	122,0	10
114,5	.	.	.	115,1	.	.	11
111,2	.	.	.	110,7	.	.	12
119,4	.	.	.	121,5	.	.	13
115,1	.	.	.	115,9	.	.	14
116,2	.	.	.	117,5	.	.	15
116,2	.	.	.	117,3	.	.	16
101,2	.	.	.	102,8	.	.	17
.	.	700	726	.	.	718	18
.	.	736	768	.	.	759	19
.	.	480	494	.	.	493	20
.	.	467	481	.	.	479	21
.	.	16,91	17,57	.	.	17,62	22
.	.	17,83	18,56	.	.	18,56	23
.	.	12,00	12,52	.	.	12,55	24
.	.	11,67	12,21	.	.	12,24	25
.	.	41,4	41,3	.	.	40,8	26
.	.	40,0	39,4	.	.	39,2	27
.	.	4 347	4 462	.	.	4 490	28
.	.	2 976	3 053	.	.	3 064	29
.	.	4 535	4 685	.	.	4 677	30
.	.	3 048	3 128	.	.	3 136	31
.	.	3 582	3 668	.	.	3 717	32
.	.	2 424	2 481	.	.	2 507	33
-0,4	-0,4	-0,3	+0,3	+0,4	+0,4	+0,5	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monats- oder Jahresdurchschnitt bzw. Stichtag	
	<b>Bevölkerung</b>			
1	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup> . . . . .	1 000	61 049	.
2	Eheschließungen . . . . .	je 1 000 der	5,9	6,0p
3	Lebendgeborene . . . . .	Bevölkerung	9,5	9,6p
4	Gestorbene . . . . .	und 1 Jahr	11,3	11,5p
	<b>Erwerbstätigkeit</b>			
5	Erwerbstätige . . . . .	1 000	25 352p	25 531p
6	Arbeitslose <sup>1)</sup> . . . . .	"	2 266	2 304
	<b>Landwirtschaft</b>			
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge . . . . .	1 000 t	387	387
8	Milcherzeugung . . . . .	"	2 179	2 140
	<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>			
9	Beschäftigte . . . . .	1 000	6 854	6 940
10	Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill.	653	659
11	Umsatz . . . . .	Mill. DM	116 481	124 691
12	darunter Auslandsumsatz . . . . .	"	33 544	37 006
13	Index der Nettoproduktion . . . . .	1980 = 100	98,6	103,7
	<b>Bauhauptgewerbe</b>			
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte . . . . .	1 000	1 106	1 026
16	geleistete Arbeitsstunden . . . . .	Mill.	122	106
	darunter für Wohnungsbau . . . . .	"	52	40
	<b>Handel</b>			
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt . . . . .	1980 = 100	111,3	114,0
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge . . . . .	Mill. DM	2 924	3 137
	Lieferungen . . . . .	"	2 174	2 307
20	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
21	Bezüge . . . . .	Mill. DM	645	636
	Lieferungen . . . . .	"	534	659
22	Außenhandel			
23	Einfuhr . . . . .	Mill. DM	36 188	38 651
	Ausfuhr . . . . .	"	40 685	44 764
	<b>Verkehr</b>			
24	Beförderte Güter			
25	Eisenbahnen <sup>2)</sup> . . . . .	1 000 t	27 482	...
26	Binnenschifffahrt . . . . .	"	19 707	...
	Seeschifffahrt . . . . .	"	11 026	...
27	Beförderte Personen			
	Eisenbahnen <sup>2)</sup> . . . . .	Mill.	90,5	...
	<b>Geld und Kredit</b>			
28	Bargeldumlauf <sup>1)</sup> . . . . .	Mrd. DM	99,8	104,2p
29	Spareinlagen <sup>1)</sup> . . . . .	"	568,8	601,6p
30	Kredite an			
31	Unternehmen und Privatpersonen <sup>1)</sup> . . . . .	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2p
	öffentliche Haushalte <sup>1)</sup> . . . . .	"	446,8	465,8
	<b>Steuern</b>			
32	Einnahmen aus Steuern insgesamt . . . . .	Mill. DM	29 789	31 303
33	Steuern vom Einkommen . . . . .	"	16 218	17 854
34	Lohnsteuer . . . . .	"	11 363	12 303
35	veranlagte Einkommensteuer . . . . .	"	2 197	2 381
36	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag . . . . .	"	466	517
37	Körperschaftsteuer . . . . .	"	2 193	2 653
38	Bundessteuern . . . . .	"	4 505	4 586
39	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) . . . . .	"	4 222	4 264
40	Landessteuern . . . . .	"	1 548	1 540
	<b>Preise</b>			
41	Preisindex ausgewählter Grundstoffe . . . . .	1980 = 100	121,2	122,1
42	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) . . . . .	1980 = 100	114,0	114,5
43	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte . . . . .	1980 = 100	119,2	121,8
44	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte . . . . .	1980 = 100	106,9	103,1
45	Preisindex für die Lebenshaltung			
46	aller privaten Haushalte . . . . .	1980 = 100	118,4	121,0
	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen . . . . .	"	118,4	120,9

1) Jahres- bzw. Monatsende — 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs — 3) gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung

1984		1985				1986	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
61 063	61 049	61 037	...	...	...	...	1
4,7	5,7	2,3	5,9	4,3	5,8	...	2
9,3	8,6	9,5	9,9	8,9	8,7	...	3
11,6	11,4	13,0	11,0	11,7	11,7	...	4
25 294p				25 761			5
2 189	2 325	2 619	2 149	2 211	2 347	2 590p	6
403	373	394	440	399	394	402	7
1 833	1 972	2 047	2 026	1 913	2 049	...	8
6 904	6 864	6 844	7 029	7 028	6 984	6 977	9
693	584	668	740	681	590	670	10
126 259	119 022	116 813	138 092	128 864	126 836	119 029	11
37 278	36 437	33 919	39 842	38 282	40 012	35 290	12
109,9	100,2	93,9	114,5	114,7	102,0	97,2	13
1 107	1 078	981	1 058	1 042	1 013	938	14
130	92	48	144	105	85	65	15
52	36	18	53	38	32	24	16
119,6	140,2	103,2	123,4r	126,1r	141,9p	107,7p	17
3 288	2 494	2 846	3 904	3 474	2 885	3 166	18
2 316	1 986	2 235	2 687	2 558	2 175	2 487	19
686	639	646	706	606	645	717	20
555	602	586	698	631	795	692	21
38 009	36 111	39 550	40 590	37 190	37 075	36 840	22
44 988	42 209	42 107	49 254	44 210	45 024	43 801	23
30 944	25 171	25 976	32 490	30 473	...	...	24
19 064	17 905	12 324	16 738	16 738	...	...	25
11 291	12 151	12 027	11 235p	10 895p	11 718p	...	26
92,3	107,0	92,2	99,8	94,1	...	...	27
101,1	99,8	97,1	100,7	104,3	104,2	102,6 <sup>3)</sup>	28
543,0	568,8	570,1	574,4	576,1	601,6	623,2 <sup>3)</sup>	29
1 446,8	1 468,8	1 460,8	1 520,7	1 530,9	1 548,2	1 567,1 <sup>3)</sup>	30
443,2	446,8	446,9	458,3	463,1	465,8	465,1 <sup>3)</sup>	31
25 832	51 601	25 231	25 321	26 621	55 563	24 709p	32
10 346	35 046	14 928	11 656	11 386	38 652	15 047	33
10 615	18 570	13 108	11 796	11 499	20 575	13 387	34
-397	8 573	382	-368	-452	9 317	231	35
206	233	910	264	380	267	1 067	36
-78	7 671	527	-37	-42	8 493	363	37
4 788	8 602	1 046	4 613	4 711	8 775	1 118p	38
4 520	8 415	798	4 345	4 405	8 505	846p	39
2 034	1 055	1 389	1 295	1 942	1 099	1 338p	40
122,6	123,0	123,9	118,8	117,9	116,9	115,2	41
114,2				114,9			42
120,3	120,4	121,2	121,9	121,9	121,5	121,2	43
106,0	105,7	104,6	101,6	103,0	103,5	101,5p	44
119,2	119,3	120,0	121,1	121,3	121,4	121,6	45
119,2	119,3	119,9	121,0	121,3	121,4	121,6	46

veränderte Ergebnisse — — — Quelle: Statistisches Bundesamt



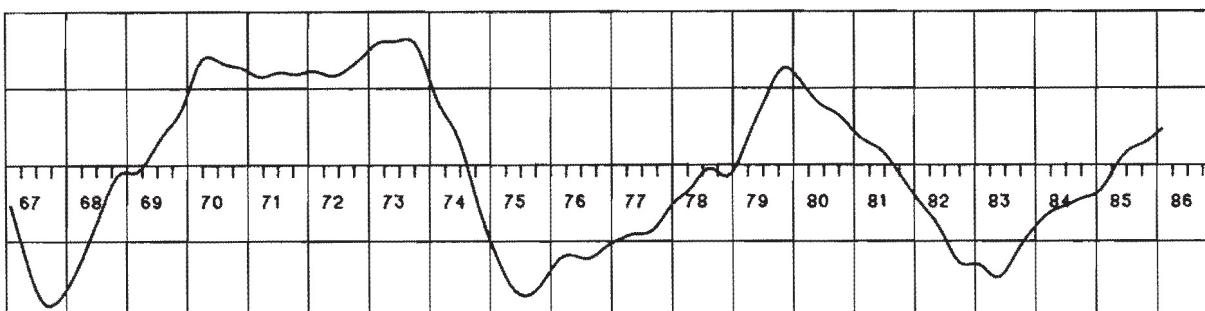
# Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Ergänzende Daten zu Sozialleistungen

Merkmal	Einheit	1985	1985					1986
		Monats- durchschnitt	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
<b>Gesetzliche Krankenversicherung<sup>1)</sup></b> (ohne mitversicherte Familienangehörige)								
Mitglieder insgesamt . . . . .	1 000	9 865	9 845	9 919	9 934	9 929	9 917	9 894
darunter								
Pflichtmitglieder . . . . .	"	5 665	5 636	5 708	5 732	5 725	5 715	5 701
darunter								
krankenversicherte Arbeitslose . . .	"	481	464	458	457	461	468	482
Rentner und Rentenantragsteller . . . .	"	2 950	2 950	2 952	2 953	2 954	2 952	2 954
Altenteiler . . . . .	"	50	49	49	49	49	49	49
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,68	4,17	4,13	4,70	4,87	4,93	3,92
Männer . . . . .	"	5,00	4,56	4,50	5,08	5,17	5,26	4,15
Frauen . . . . .	"	4,21	3,60	3,60	4,15	4,43	4,45	3,58
<b>Darunter</b> <b>RVO-Kassen</b>								
<b>Ortskrankenkassen</b>								
Mitglieder insgesamt . . . . .	1 000	3 451	3 447	3 462	3 464	3 463	3 457	3 449
darunter								
Pflichtmitglieder . . . . .	"	2 028	2 023	2 039	2 042	2 043	2 038	2 032
Rentner . . . . .	"	1 232	1 231	1 230	1 229	1 229	1 227	1 226
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,00	4,59	4,41	5,37	5,07	5,15	3,84
Männer . . . . .	"	4,94	4,64	4,38	5,34	4,98	5,11	3,82
Frauen . . . . .	"	5,13	4,49	4,46	5,43	5,28	5,25	3,88
<b>Innungskrankenkassen</b>								
Mitglieder insgesamt . . . . .	1 000	805	793	814	816	812	809	806
darunter								
Pflichtmitglieder . . . . .	"	587	574	595	597	594	591	587
Rentner . . . . .	"	149	149	149	149	149	149	149
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,02	3,65	3,61	4,05	4,18	4,21	3,57
Männer . . . . .	"	4,19	3,84	3,81	4,29	4,37	4,38	3,68
Frauen . . . . .	"	3,37	2,99	2,89	3,21	3,51	3,56	3,17
<b>Betriebskrankenkassen<sup>2)</sup></b>								
Mitglieder insgesamt . . . . .	1 000	1 263	1 259	1 267	1 272	1 272	1 273	1 271
darunter								
Pflichtmitglieder . . . . .	"	721	716	722	729	728	729	726
Rentner . . . . .	"	435	435	437	436	436	436	436
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,56	4,70	5,11	5,63	6,03	6,07	4,69
Männer . . . . .	"	5,61	4,80	5,20	5,73	6,11	6,14	4,71
Frauen . . . . .	"	5,40	4,38	4,81	5,30	5,77	5,85	4,62

1) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW sowie Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundespost, Bundesbahn, des Bundesverkehrsministeriums, Bundesknappschaft, Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft und der Krankenkasse für den Gartenbau mit Anteil Nordrhein-Westfalens — 2) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW

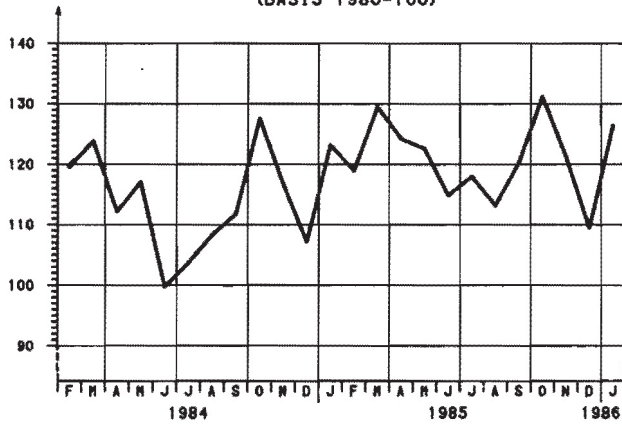
## MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG JANUAR 1967 BIS JANUAR 1986



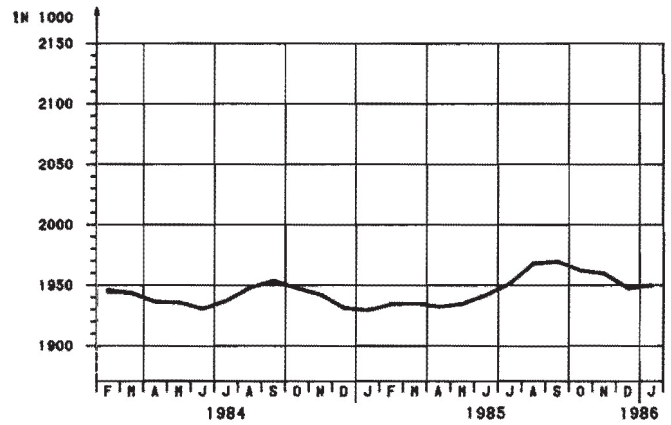
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG • LDS NW

# BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE FEBRUAR 1984 BIS JANUAR 1986

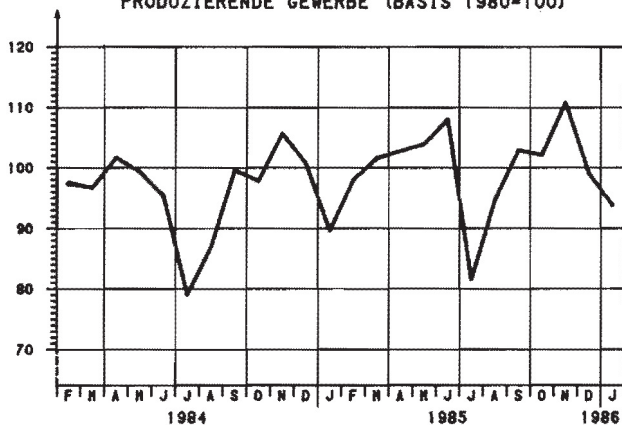
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)  
(BASIS 1980=100)



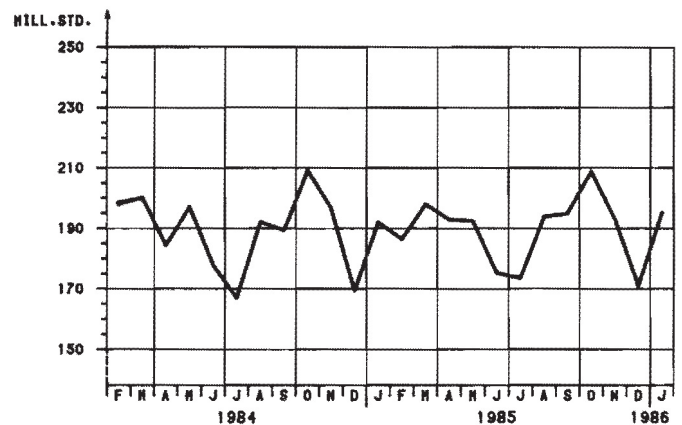
BESCHÄFTIGTE



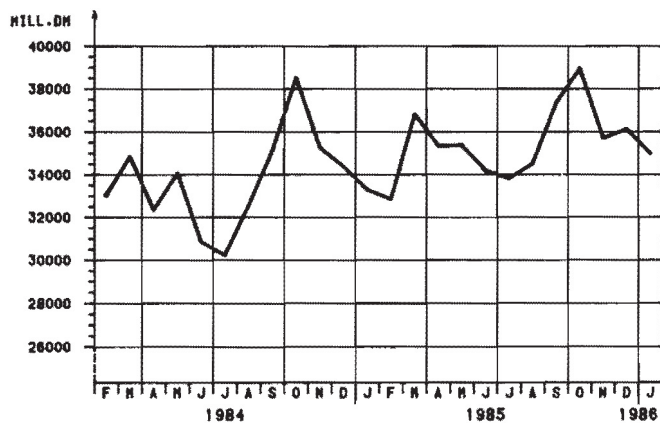
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS  
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1980=100)



GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



GESAMTENERGIEVERBRAUCH  
(IN STEINKOHLEEINHEITEN)

